

Organisation, Führungsstruktur und Tätigkeit

Dieses Kapitel skizziert die interne Organisation und die Führungsstruktur der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und blickt auf die Tätigkeit der Bank und der bei ihr angesiedelten internationalen Gremien im vergangenen Geschäftsjahr zurück. Im Mittelpunkt stehen dabei die Förderung der Zusammenarbeit unter Zentralbanken und anderen Instanzen aus dem Finanzbereich sowie die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen für Zentralbankkunden.

Organisation und Führungsstruktur der Bank

Die Bank, ihr Management und ihre Aktionäre

Die BIZ ist eine internationale Organisation, die die internationale Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich fördert und Zentralbanken als Bank dient. Sie hat ihren Hauptsitz in Basel, Schweiz, sowie eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China und eine in Mexiko-Stadt. Gegenwärtig sind bei der Bank 562 Personen aus 49 Ländern beschäftigt.

Die BIZ erfüllt ihre Aufgaben als:

- Forum, das den Austausch unter Zentralbanken fördert und ihre Entscheidungsfindung erleichtert sowie den Dialog mit anderen Gremien unterstützt, die Verantwortung für die Förderung der Finanzstabilität tragen
- Forschungszentrum, das den Grundsatzfragen nachgeht, mit denen Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors konfrontiert sind
- Erste Adresse für Finanzgeschäfte von Zentralbanken
- Agent oder Treuhänder im Zusammenhang mit internationalen Finanztransaktionen

Die Bank stellt auch das Sekretariat für verschiedene Ausschüsse und Organisationen, die sich um die Förderung der Stabilität im Finanzbereich bemühen:

- Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS), der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS), der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) und der Märkteausschuss wurden zu verschiedenen Zeitpunkten in den letzten 40 Jahren von den Präsidenten der G10-Zentralbanken eingesetzt und entscheiden recht autonom über ihre Arbeitsthemen und die Organisation ihrer Tätigkeiten
- Das Forum für Finanzstabilität (FSF), die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS) und die internationale Vereinigung

der Einlagensicherungen (IADI) haben ihr Sekretariat ebenfalls bei der BIZ, sind aber als unabhängige Organisationen weder ihr noch ihren Mitgliedszentralbanken direkt unterstellt

- Das Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics wird durch die internationale Zentralbankengemeinschaft geführt und ist unter der Ägide der BIZ tätig

Die Aufgaben und jüngsten Aktivitäten dieser Ausschüsse und Organisationen werden weiter unten näher erläutert.

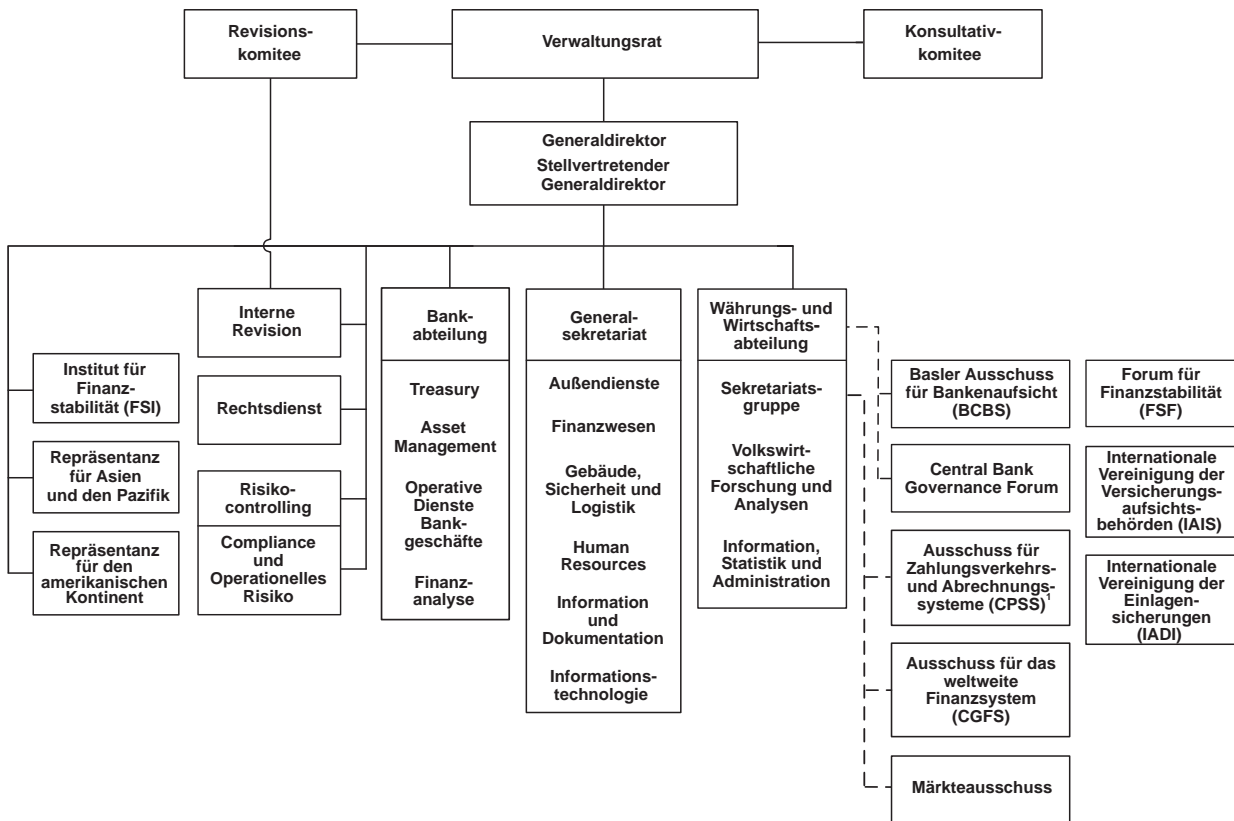
Die Bank umfasst drei Hauptabteilungen: die Währungs- und Wirtschaftsabteilung, die Bankabteilung und das Generalsekretariat. Diese werden ergänzt durch den Rechtsdienst, durch die Abteilungen Compliance und Operationelles Risiko, Interne Revision und Risikocontrolling sowie durch das Institut für Finanzstabilität (FSI), das die Verbreitung von Standards und Praxisempfehlungen in der Finanzaufsicht weltweit unterstützt.

Die drei wichtigsten Führungs- und Verwaltungsgremien der Bank sind:

- Die Generalversammlung der Mitgliedszentralbanken. 55 Zentralbanken und Währungsbehörden sind derzeit bei der Generalversammlung stimm- und teilnahmeberechtigt. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb von vier Monaten nach dem 31. März, dem Ende des Geschäftsjahres der Bank, statt. 2006 waren 100 Zentralbanken vertreten, davon 77 durch ihren Präsidenten. Zudem nahmen Delegierte von 20 internationalen Organisationen teil
- Der Verwaltungsrat, der gegenwärtig 19 Mitglieder umfasst. Zu seinen Hauptaufgaben gehören die Festlegung der strategischen Ausrichtung der Bank und ihrer Geschäftspolitik sowie die Überwachung der Geschäftsleitung. Unterstützt wird er vom Revisionskomitee und vom Konsultativkomitee, denen bestimmte Verwaltungsratsmitglieder angehören
- Die Geschäftsleitung unter dem Vorsitz des Generaldirektors, die sich außerdem aus dem Stellvertretenden Generaldirektor, den Leitern der drei Hauptabteilungen sowie anderen vom Verwaltungsrat ernannten Beamten gleichen Ranges zusammensetzt. Die Geschäftsleitung berät den Generaldirektor in allen wichtigen Fragen, die die Bank als Ganzes betreffen

Die Mitgliedszentralbanken, die Verwaltungsratsmitglieder und die Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank sowie jüngste Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene sind am Ende dieses Kapitels aufgeführt.

Organigramm der BIZ per 31. März 2007



¹ Das CPSS-Sekretariat ist auch für die Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (CBCDG) zuständig.

Führungsstruktur der Bank

Erweiterung des Verwaltungsrats

In dem Bestreben, die Zusammenarbeit unter den Zentralbanken weiter zu stärken, und angesichts der vermehrt globalen Ausrichtung der Bank beschloss der Verwaltungsrat am 26. Juni 2006, entsprechend Artikel 27.3 der Statuten der Bank drei weitere Zentralbankpräsidenten als Mitglieder in den Verwaltungsrat zu berufen. Mit Wirkung vom 1. Juli 2006 wurden daher gewählt: Guillermo Ortiz, Gouverneur des Banco de México, Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, und Zhou Xiaochuan, Gouverneur der People's Bank of China. Ihre Amtszeit beträgt drei Jahre; sie kann verlängert werden.

Nach den Erweiterungen des Aktionärskreises der BIZ in den letzten Jahren kommt die stärkere globale Ausrichtung der Bank nun auch im Verwaltungsrat zum Ausdruck.

Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanz- und Währungsbereich: direkte Beiträge der BIZ

Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen

Alle zwei Monate treffen sich die Präsidenten und andere hochrangige Vertreter der BIZ-Mitgliedszentralbanken, um in einer Reihe von Sitzungen die aktuellen Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzbereich wie auch die Aussichten für die Weltwirtschaft und die Finanzmärkte zu diskutieren. Außerdem tauschen sie Gedanken und Erfahrungen zu aktuellen Themen von besonderem Interesse für Zentralbanken aus. Diese Treffen im 2-Monats-Rhythmus, die in der Regel in Basel stattfinden, sind eines der wichtigsten Mittel, mit denen die BIZ die Kooperation unter den Zentralbanken fördert. Das Treffen vom November 2006 fand in Sydney statt. Gastgeber war die Reserve Bank of Australia.

Zu diesen Treffen gehören insbesondere auch die Weltwirtschaftssitzung und die Sitzung der Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken. Im Rahmen der Weltwirtschaftssitzungen diskutieren über 30 Zentralbankpräsidenten der wichtigsten Industrieländer und aufstrebenden Volkswirtschaften die Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzbereich und beurteilen die Risiken und Chancen in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten weltweit. Im Mai 2006 beschloss der Verwaltungsrat ein neues Format für die Weltwirtschaftssitzung, welches im September 2006 erstmals zum Tragen kam. Eine wichtige Änderung war die Erhöhung der Teilnehmerzahl, indem grundsätzlich mehr Zentralbankpräsidenten von kleinen und mittelgroßen Volkswirtschaften eingeladen werden. Gleichzeitig wird für einen regional ausgewogeneren Teilnehmerkreis gesorgt.

In den Sitzungen der Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken stehen ausgewählte Fragen von allgemeinem Interesse für sämtliche BIZ-Mitgliedszentralbanken auf der Tagesordnung. Themen des Jahres 2006/07 waren:

- Messung der Inflation als ein wesentliches Element der Geldpolitik
- Weiterentwicklung von Großbetragszahlungs- und -abwicklungssystemen
- Trends bei der Finanzintegration in den aufstrebenden Volkswirtschaften und Herausforderungen für die Geldpolitik
- Statistische Herausforderungen für die Politik der Zentralbanken sowie Rolle und Aufgaben des Irving Fisher Committee
- Organisation und Umsetzung des Risikomanagements in den Führungsmechanismen großer Finanzinstitute des privaten Sektors

Im Rahmen dieser Treffen im 2-Monats-Rhythmus finden stets auch die Sitzung der G10-Zentralbankpräsidenten und die Sitzung der Gouverneure der wichtigsten aufstrebenden Volkswirtschaften statt, an denen Fragen von besonderer Relevanz für diese beiden Ländergruppen vertieft werden. Auch die Zentralbankpräsidenten, die der Central Bank Governance Group angehören, treffen sich in regelmäßigen Abständen.

Da nicht alle Zentralbanken direkt an der Arbeit der in Basel angesiedelten Ausschüsse und anderer bei der BIZ ansässiger Organisationen beteiligt sind, werden nach Bedarf Sondersitzungen abgehalten, an denen Zentralbankpräsidenten über die Aktivitäten dieser Gremien informiert werden oder

Themen von unmittelbarer Bedeutung diskutiert werden. 2006/07 wurden in ausgewählten Gruppen von Zentralbankpräsidenten folgende Themen erörtert:

- Verhältnis zwischen Zentralbank und Regierung
- Herausforderungen, die sich Zentralbanken aufgrund der gegenwärtigen Veränderungen des globalen Wirtschafts- und Finanzumfelds stellen, insbesondere durch ihre Auswirkungen auf kleinere Industrie- und aufstrebende Länder
- Folgen des Vormarsches aufstrebender Volkswirtschaften für das internationale Währungsgefüge

Bei der Analyse von Fragen zur Finanzstabilität legen die Zentralbankpräsidenten Wert auf einen Dialog mit den Leitern von Aufsichtsinstanzen, anderen Finanzbehörden und hochrangigen Vertretern des privaten Finanzsektors. Die BIZ organisiert regelmäßig informelle Gespräche von Vertretern des öffentlichen und des privaten Sektors, bei denen die gemeinsamen Anliegen beider Seiten hinsichtlich Aufbau und Aufrechterhaltung eines soliden, gut funktionierenden internationalen Finanzsystems im Mittelpunkt stehen. Zudem organisiert die Bank für hochrangige Mitarbeiter der Zentralbanken weitere regelmäßige Sitzungen und Ad-hoc-Treffen. Bei diesen Treffen werden immer wieder auch andere Finanzbehörden sowie Vertreter aus dem privaten Finanzsektor und aus wissenschaftlichen Kreisen eingeladen, sich am Dialog zu beteiligen.

Weitere, weniger regelmäßig stattfindende Treffen von hochrangigen Vertretern von Zentralbanken sind:

- Die Seminare zur Geldpolitik, die teils in Basel, teils auf regionaler Basis unter der Ägide einer Reihe von Zentralbanken in Asien, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika stattfinden
- Die Sitzung der Stellvertretenden Gouverneure der Zentralbanken aufstrebender Volkswirtschaften, deren Thema in diesem Jahr der Wandel der geldpolitischen Transmissionsmechanismen in den aufstrebenden Volkswirtschaften war

Repräsentanzen

Die Repräsentanz für Asien und den Pazifik und die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent sollen die Beziehungen zwischen der BIZ und den Zentralbanken, Währungsbehörden und Finanzaufsichtsinstanzen in diesen Regionen stärken und die Zusammenarbeit innerhalb der jeweiligen Region fördern. Sie organisieren verschiedene Sitzungen, verbessern den Austausch von Informationen und Daten und tragen zur finanz- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung der Bank bei. Die Repräsentanzen unterstützen außerdem die Bankdienstleistungen der BIZ durch regelmäßige Besuche der für das Reservenmanagement der Zentralbanken Verantwortlichen und durch diverse Treffen sowohl auf Experten- als auch auf Managementebene.

Asien-Pazifik-Raum

Im vergangenen Jahr verstärkte die Repräsentanz Asien ihre Beziehungen zu BIZ-Aktionärszentralbanken in der Region. Zu diesem Zweck stellten sowohl

der Dealing-Room als vor allem auch das Forschungsteam zusätzliches Personal ein.

Die Repräsentanz Asien veranstaltete bzw. unterstützte Sitzungen zur Geldpolitik, zur Entwicklung der Finanzmärkte und zur Finanzstabilität. Hervorzuheben ist ein hochrangig besetztes Treffen über die Beobachtung der Finanzmärkte durch die Zentralbanken, das im November 2006 gemeinsam mit der People's Bank of China in der SVR Hongkong organisiert wurde. Andere Sitzungen wurden in Zusammenarbeit mit den Arbeitsgruppen über Bankenaufsicht und Finanzmärkte der EMEAP (Executives' Meeting of East Asia-Pacific Central Banks) sowie mit dem Hong Kong Institute for Monetary Research abgehalten.

Bankdienstleistungen und Asian Bond Funds

Der Dealing-Room der Repräsentanz Asien kam dem Ziel näher, die ganze Palette der BIZ-Bankdienstleistungen den Kunden im Asien-Pazifik-Raum anbieten zu können. Er entwickelte den Devisenhandel weiter und baute auch die Investitionen in der Region durch Platzierungen bei bestehenden Gegenparteien und durch Erschließung neuer Anlagemöglichkeiten aus.

Als Verwalter des ersten Asian Bond Fund (ABF1), einer Initiative der EMEAP-Gruppe, investiert die BIZ nach wie vor ein Portfolio von US-Dollar-Anleihen staatlicher und staatsnaher Emittenten aus acht EMEAP-Volkswirtschaften.

Als Administrator des zweiten Asian Bond Fund (ABF2) der EMEAP-Gruppe half die BIZ, das öffentliche Angebot der entsprechenden Anleihefonds zu erweitern. Elf Zentralbanken und Währungsbehörden haben Währungsreserven für den Erwerb von Fonds in Inlandswährungsanleihen staatlicher und staatsnaher Emittenten aus acht EMEAP-Volkswirtschaften bereitgestellt. Nach den vier ABF2-Länderfonds im vergangenen Jahr wurden im Berichtszeitraum auch die Länderfonds für Indonesien, Korea und die Philippinen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt; damit erreichte der ABF2 Ende März 2007 einen Umfang von \$ 3,1 Mrd. Private Investitionen in Höhe von rund \$ 800 Mio. ergänzen nun die Währungsreserven der Zentralbanken, die von \$ 2 Mrd. auf \$ 2,3 Mrd. angewachsen sind. Der Pan Asia Bond Index Fund wies in den ersten 21 Monaten seines Bestehens bis März 2007 eine Rendite von rund 17% auf.

Asian Consultative Council und BIZ-Sondersitzung der Zentralbankpräsidenten in Asien

Der Asian Consultative Council (ACC) setzt sich aus den Präsidenten der BIZ-Mitgliedszentralbanken im Asien-Pazifik-Raum zusammen. Er fördert die Kommunikation zwischen den BIZ-Mitgliedern der Region und dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der BIZ über Themen, die für die Zentralbankengemeinschaft in Asien von Interesse und Bedeutung sind. Die BIZ-Repräsentanz Asien stellt das Sekretariat des ACC.

An zwei Sitzungen des ACC erhielten die asiatischen BIZ-Aktionärszentralbanken Gelegenheit, den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung der BIZ in ihren Bemühungen zur Stärkung ihrer Beziehungen zu diesen Zentral-

banken zu unterstützen. Diese Bemühungen bestehen in einer Erweiterung der Bankdienstleistungen, einem Ausbau der Arbeit des Instituts für Finanzstabilität (FSI) und einem 3-jährigen asiatischen Forschungsprogramm, das auf die Verbesserung der Geldpolitik und der geldpolitischen Maßnahmen, die Weiterentwicklung der Geld- und Kapitalmärkte sowie die Förderung der Finanzstabilität und Finanzaufsicht abzielt. An beiden Sitzungen diskutierten die ACC-Mitglieder einzelne Forschungsthemen und erläuterten die ihren Vorschlägen zugrundeliegenden geldpolitischen Anliegen. Bei seiner Februar-Sitzung in der SVR Hongkong konnte sich der ACC zu einigen abgeschlossenen Forschungsarbeiten äußern, insbesondere zur Arbeit über den Sektor der Finanzprodukte für private Haushalte in Asien. Außerdem berichtete die Vorsitzende der Task Force on Regional Cooperation among Central Banks über ihre Arbeit, die in der Klausursitzung des ACC im vergangenen Jahr angeregt worden war.

Jedes Jahr organisiert die BIZ eine Sondersitzung der Zentralbankpräsidenten in Asien. Dieses informelle Treffen von Zentralbankpräsidenten bietet diesen eine Gelegenheit, die weltweite Wirtschafts- und Finanzlage zu erörtern, mit Schwerpunkt auf den Entwicklungen im Asien-Pazifik-Raum. Im Anschluss an die Februar-Sitzung des ACC trafen sich die Gouverneure der Zentralbanken und Währungsbehörden im Asien-Pazifik-Raum mit mehreren Amtskollegen von anderen Regionen zur neunten Sondersitzung. Sie erörterten geeignete geldpolitische Reaktionen auf hohe Kapitalzuflüsse aus nicht asiatischen Regionen, die Wirtschaftsaussichten und die Frage, wie die Zentralbanken das Geschehen an den Finanzmärkten am besten beobachten.

Asiatisches Forschungsprogramm

Das 3-jährige asiatische Forschungsprogramm startete im September 2006. Vertreter von Zentralbanken und Bankenaufsichtsinstanzen der Region haben zwei Forschungsnetzwerke gebildet; das eine befasst sich mit Geldpolitik und Wechselkursen, das andere analysiert Finanzmärkte und -institute. Die Netzwerke tauschen Informationen über Grundsatzfragen aus, ermitteln gemeinschaftliche Projekte und organisieren Workshops. Neu sind in der Repräsentanz Asien fünf Volkswirte mit bis zu 3-jährigen Arbeitsverträgen beschäftigt. Darüber hinaus werden im Rahmen des Forschungsprogramms immer wieder Experten aus regionalen Zentralbanken, Universitäten und sog. Think Tanks berufen.

Amerikanischer Kontinent

In der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent standen im vierten Tätigkeitsjahr die Stärkung der Kontakte zu den Zentralbanken der Region und eine engere Zusammenarbeit mit den regionalen Aufsichtsinstanzen im Mittelpunkt. Die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent verfügt im Gegensatz zur Repräsentanz Asien über keinen eigenen Handelsraum, unterstützt jedoch die Bankdienstleistungen der BIZ in der Region. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang ein hochrangig besetztes Seminar über die Verwaltung von Währungsreserven im Mai 2006 in Santiago.

Die Forschungsarbeit befasste sich vor allem mit der Entwicklung der Anleihemärkte in lateinamerikanischen Ländern und mit makroökonomischer Modellierung (sog. DSGE-Modellen, d.h. dynamisch-stochastischen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen).

Die Repräsentanz organisierte bzw. unterstützte auch mehrere hochrangig besetzte Treffen in Mexiko und an anderen Orten, zum Teil in Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbanken und anderen Institutionen. Zu erwähnen sind insbesondere ein Treffen regionaler Zentralbanken über die geldpolitischen Transmissionsmechanismen, das im März 2007 in Kolumbien stattfand, ein Seminar zur Geldpolitik in Lateinamerika im Oktober 2006 in Peru und zwei Sitzungen anlässlich der 11. Jahresversammlung der Latin America and Caribbean Economic Association im November 2006 in Mexiko über den Einsatz von DSGE-Modellen bei strategischen Analysen sowie über die Entwicklung von inländischen Anleihemärkten und die Folgen für die Finanzstabilität. Ferner ist auf die zahlreichen regionalen Seminare hinzuweisen, die hauptsächlich vom Institut für Finanzstabilität (FSI) organisiert wurden.

Institut für Finanzstabilität

Das Institut für Finanzstabilität (Financial Stability Institute, FSI) unterstützt die Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors in aller Welt bei der Stärkung der Überwachung ihrer Finanzsysteme mit dem Ziel, die Finanzstabilität weltweit zu fördern. Das FSI verfolgt ein zweigleisiges Programm zur Verbreitung von Standards und Praxisempfehlungen vor allem an die Banken- und die Versicherungsaufsicht.

Treffen, Seminare und Konferenzen

Die erste Schiene des FSI-Programms sind etablierte und hochrangig besetzte Treffen, Seminare und Konferenzen in Basel und in verschiedenen Regionen der Welt. 2006 organisierte das FSI zu einer breiten Palette an Themen des Finanzsektors insgesamt 52 Veranstaltungen, an denen über 1 600 Vertreter von Zentralbanken sowie Banken- und Versicherungsaufsichtsinstanzen teilnahmen. Besonders zu erwähnen sind die hochrangig besetzten regionalen Treffen der Stellvertretenden Zentralbankgouverneure und der Leiter von Aufsichtsinstanzen in Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten. Hauptthema dieser Treffen war die Umsetzung von Basel II.

FSI Connect

Die zweite Schiene des FSI-Programms ist FSI Connect, ein Online-Informations- und -Lerntool für Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors und Zentralbanken. FSI Connect enthält derzeit mehr als 120 Lehrgänge zu einer großen Auswahl von Themen, breit gefächert nach Erfahrungs- bzw. Kenntnisstand der Benutzer. Das FSI ergänzt das Themenspektrum ständig. Zudem gibt es 40 Lehrgänge zu Eigenkapitalanforderungen und Basel II auf Französisch und Spanisch. Mehr als 125 Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen sind Abonnenten von FSI Connect. Das entspricht über 8 000 Benutzern, die FSI Connect sieben Tage die Woche rund um die Uhr einsetzen können.

Weitere wichtige Initiativen

2006 wiederholte das FSI seine Umfrage von 2004 über die Pläne der einzelnen Länder bezüglich der Umsetzung von Basel II. Die neue Erhebung bestätigte, dass über 90 Länder eine Umsetzung planen; die meisten beginnen mit den weniger fortgeschrittenen Ansätzen. Gegenüber der Umfrage von 2004 rechnen einige Länder nun mit geringfügigen Verzögerungen beim Umsetzungszeitplan. Diese Verzögerungen dürften einer realistischeren Einschätzung der Voraussetzungen für die Umsetzung entsprechen, insbesondere was die komplexeren Ansätze betrifft.

Förderung der Finanzstabilität durch die bei der BIZ angesiedelten ständigen Ausschüsse

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) bietet Aufsichtsinstanzen ein Forum für Gespräche und Informationsaustausch. Den Vorsitz des Ausschusses führt Nout Wellink, Präsident der De Nederlandsche Bank. Der Ausschuss setzt sich ein für Verbesserungen der Risikomanagementpraxis der Banken wie auch der Rahmenbedingungen für die Bankenaufsicht und fördert Mechanismen für eine wirksame Umsetzung der von ihm erarbeiteten Grundsätze in vielen Ländern.

Neugestaltung der Gruppenstruktur des Basler Ausschusses

Im Oktober 2006 führte der Ausschuss eine neue, straffere Struktur für seine Arbeitsgruppen ein. Zwar liegt der Schwerpunkt seiner Arbeit nach wie vor auf Fragen der Eigenkapitalausstattung, doch zeigt sich in dieser Neugestaltung der Gruppenstruktur eine zukunftsorientierte Strategie, die sich aus vier verbundenen, sich gegenseitig verstärkenden Elementen zusammensetzt:

- Weiterhin für eine starke Eigenkapitalgrundlage der Banken zu sorgen
- Diese Grundlage durch Förderung weiterer Infrastruktur zu stärken, die für eine solide Aufsicht notwendig ist
- Grundsatzpolitische Maßnahmen zu erarbeiten, die verhältnismäßig und flexibel sind
- Die Kontakte zu nicht dem Ausschuss angehörenden Aufsichtsinstanzen sowie zu anderen Bereichen des Finanzsektors und zum Bankgewerbe zu vertiefen und auszuweiten

Im Rahmen dieser Strategie hat der Basler Ausschuss seine Arbeit um vier Kerngruppen herum neu organisiert:

- Die Accord Implementation Group, die bei der Umsetzung von Basel II Informationen austauschen und Kohärenz fördern soll
- Die Accounting Task Force, die dafür sorgen will, dass die internationalen Rechnungslegungs- und Revisionsstandards und -praktiken ein solides Risikomanagement in Finanzinstituten fördern, die Marktdisziplin mittels Transparenz unterstützen und die Sicherheit und Solidität des Bankensystems stärken

- Die International Liaison Group, die eine Plattform zur Vertiefung des Engagements des Ausschusses bei Aufsichtsinstanzen in aller Welt in einem breiten Spektrum von Fragen bildet
- Die Policy Development Group, die neuartige aufsichtsrelevante Fragen ausmacht und untersucht und dann Grundsätze entwickelt, um ein solides Bankensystem und hohe Aufsichtsstandards zu fördern

Umsetzung der neuen Eigenkapitalregelung („Basel II“)

Eine einheitliche Umsetzung von Basel II über die Grenzen hinweg ist und bleibt ein zentrales Anliegen des Ausschusses. Im Rahmen dieses Anliegens und um Banken und Aufsichtsinstanzen bei den Umsetzungsvorbereitungen behilflich zu sein, hat der Basler Ausschuss eine Reihe von Papieren veröffentlicht, die weitere Klärungen und Richtlinien zu einer Vielzahl von Umsetzungsfragen enthalten. Diese Papiere behandeln u.a. den Informationsaustausch zwischen Aufsichtsinstanzen des Herkunfts- und des Aufnahmelandes für eine wirksame Umsetzung von Basel II, den Praxistest für den auf internen Ratings basierenden Ansatz, beobachtete Praktiken bei den wichtigsten Elementen der fortgeschrittenen Messansätze (AMA) für das operationelle Risiko sowie Zusammenarbeit und Aufgabenteilung zwischen Herkunftsland- und Aufnahmelandaufsicht im Zusammenhang mit den AMA.

Im Jahr 2007 befasst sich der Ausschuss schwerpunktmäßig mit der Säule 2 (aufsichtliches Überprüfungsverfahren) von Basel II, angesichts der weltweit wachsenden Aufmerksamkeit sowohl der Aufsichtsinstanzen als auch des Bankgewerbes. Ein Beispiel sind die Fallstudien der Accord Implementation Group, die den Aufsichtsinstanzen und den Banken die Behandlung praktischer Umsetzungsfragen erleichtern.

Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht

Anlässlich der Internationalen Konferenz der Bankenaufsichtsbehörden (ICBS), die im Oktober 2006 in Mérida, Mexiko, stattfand, genehmigten hochrangige Vertreter von Aufsichtsinstanzen und Zentralbanken aus über 120 Ländern eine erheblich verbesserte Fassung der *Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht* sowie der dazugehörigen *Methodik*. Die 25 Grundsätze sind weltweit anerkannte Mindeststandards für die Bankenaufsicht, während die Methodik Richtlinien für die Interpretation der Grundsätze und die Beurteilung ihrer Einhaltung enthält.

Der Basler Ausschuss hatte – angesichts der zahlreichen Innovationen und Entwicklungen im Bankgeschäft, bei Finanzinstrumenten, an den Märkten, an denen die Banken tätig sind, sowie bei den Methoden und Ansätzen der Aufsicht – beschlossen, die Grundsätze von 1997 zu aktualisieren. Darüber hinaus hatten die Erfahrungen bei den Länderbeurteilungen deutlich gemacht, dass wesentliche Aspekte der bestehenden Grundsätze klärungs- und erweiterungsbedürftig waren.

Die überarbeiteten *Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht* legen erheblich mehr Gewicht auf ein solides Risikomanagement und gute Führungsmechanismen. Die Kriterien im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung sowie mit der Betrugs-

verhütung sind ebenfalls ausgebaut worden. Außerdem sind grenzüberschreitende und branchenübergreifende Trends und Entwicklungen stärker berücksichtigt worden, ebenso die Notwendigkeit engerer Zusammenarbeit und verstärkten Informationsaustauschs unter den Aufsichtsinstanzen verschiedener Sektoren und Rechtsräume. Die Bedeutung der Unabhängigkeit, Rechenschaftspflicht und Transparenz der Bankenaufsicht wurde deutlicher hervorgehoben.

Rechnungslegung, Wirtschaftsprüfung und Compliance

Im Juni 2006 schloss der Basler Ausschuss seine Aufsichtsempfehlungen für die Verwendung der Fair-Value-Option für Finanzinstrumente durch die Banken ab; er wird deren Umsetzung weiterhin überwachen. Im vergangenen Jahr hat der Ausschuss bei der Erarbeitung internationaler Rechnungslegungs- und Revisionsstandards aktiv mitgewirkt und hat auf formelles Ersuchen des International Accounting Standards Board (IASB) und anderer internationaler normgebender Instanzen in den Bereichen Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung mehrere Stellungnahmen abgegeben. Da in den Finanzausweisen zunehmend Fair-Value-Schätzungen verwendet werden, lag dem Ausschuss sehr daran, sicherzustellen, dass diese Schätzungen verlässlich, relevant und nachprüfbar sind. Neben seiner Arbeit im Bereich von Rechnungslegungsstandards für Finanzinstrumente richtet der Ausschuss sein Augenmerk auch auf Fragen im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines gemeinsamen konzeptionellen Rahmens und der Behandlung wichtiger Wirtschaftsprüfungsfragen aus der Warte der Bankenaufsicht.

Kontaktpflege

In den letzten Jahren hat der Basler Ausschuss vieles unternommen, um seine Kontakte zu Aufsichtsinstanzen in aller Welt weiter zu stärken. Anlässlich der ICBS vom Oktober 2006 betonten die Teilnehmer erneut, wie wichtig laufende Verbesserungen der Führungsmechanismen und des Risikomanagements von Banken seien; sie bekräftigten ferner ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch unter Aufsichtsinstanzen zu verbessern. Ein weiteres Diskussionsthema war die wachsende Präsenz internationaler Banken an Inlandsmärkten.

Die International Liaison Group (ILG) bietet den Nichtmitgliedsländern eine Plattform, auf der sie schon in einem frühen Stadium zu neuen Projekten des Basler Ausschusses beitragen und Vorschläge anbringen können, die für die ILG-Mitglieder von besonderem Interesse sind. Der Ausschuss wird weiterhin Wege prüfen, um seinen Dialog mit Nichtmitgliedsländern zu verstärken und deren derzeitige Einbeziehung über die Arbeit der ILG, die Sitzungen mit regionalen Bankenaufsichtsgruppen, die alle zwei Jahre stattfindenden ICBS sowie weitere formelle und informelle Mechanismen aufrechtzuerhalten.

Ausschuss für das weltweite Finanzsystem

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (Committee on the Global Financial System, CGFS) unter dem Vorsitz von Donald L. Kohn, dem

Stellvertretenden Vorsitzenden des Board of Governors des Federal Reserve System, überwacht die Entwicklungen an den Finanzmärkten und analysiert deren Auswirkungen auf die Finanzstabilität. Der Ausschuss, dessen Mitglieder die G10-Zentralbanken und die Banque Centrale du Luxembourg sind, lädt regelmäßig Vertreter der Zentralbanken und Währungsbehörden von Australien, Brasilien, China, der SVR Hongkong, Indien, Korea, Mexiko, Singapur und Spanien zur Teilnahme ein.

Wichtige Diskussionsthemen des letzten Jahres waren:

- Die möglichen Folgen einer abrupten Neubewertung des Risikos und eines Übergreifens von Schocks an den immer enger verflochtenen Kapitalmärkten auf die Realwirtschaft
- Die Fähigkeit des weltweiten Finanzsystems, Risiken auf einen breiteren Anlegerkreis zu verteilen, angesichts der Innovationen bei den strukturierten Kreditprodukten
- Die möglichen Risiken sog. Carry-Trades; bei diesen nehmen Anleger in einer niedrig rentierenden Währung Kredit auf und legen das Geld in einer hoch rentierenden Währung an
- Die Auswirkungen von Volatilitätsschwankungen an den Finanzmärkten auf die globale Finanzstabilität

Im Zuge seiner Bemühungen, besseren Einblick in die strukturellen Entwicklungen der Finanzmärkte zu gewinnen, setzte der CGFS zwei Arbeitsgruppen ein. Die eine Arbeitsgruppe befasste sich schwerpunktmäßig mit den Bestimmungsfaktoren für die Anlageentscheidungen institutioneller Anleger und deren potenziellen Folgen für das Finanzsystem – die Ersparnisse der privaten Haushalte und die Aktiva von Rentensystemen fließen nämlich in zunehmendem Maße über diese Anleger in die Finanzmärkte.

Die andere Arbeitsgruppe untersuchte die Folgen, die die Umstellung der Verschuldung von Fremd- zu Landeswährung in aufstrebenden Volkswirtschaften für die inländische Finanzintermediation hat, sowie die Herausforderungen, die bei der Entwicklung liquiderer inländischer Anleihemärkte noch bestehen.

Darüber hinaus organisierte der Ausschuss mehrere Sondersitzungen:

- Einen Workshop über strukturelle Veränderungen der Kreditmärkte, um die in früheren Projekten des CGFS gesammelten Marktinformationen zu aktualisieren und gegenwärtige Trends an den Kreditmärkten zu erörtern
- Einen Workshop über Bilanzeffekte und Renditenaufschläge auf Anleihen aufstrebender Volkswirtschaften, um die Einflussfaktoren von Staatsanleihe-spreads zu analysieren
- Einen Workshop über die Verwendung der internationalen Finanzstatistiken der BIZ bei Forschungsarbeiten über die weltweite Finanzstabilität
- Regionale Treffen über die Finanzierung von Wohneigentum im Anschluss an die Veröffentlichung des Berichts *Housing finance in the global financial system* einer CGFS-Arbeitsgruppe, mit der Central Bank of Malaysia und der Danmarks Nationalbank als Gastgeber

Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme

Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (Committee on Payment and Settlement Systems, CPSS) unter dem Vorsitz von Timothy F. Geithner, Präsident und Chief Executive Officer der Federal Reserve Bank of New York, ist um die Stärkung der Finanzmarktinfrastruktur bemüht und setzt sich in diesem Zusammenhang für die Förderung solider und effizienter Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme ein. Er arbeitet mit anderen internationalen Organisationen und Gremien zusammen und bezieht einen großen Kreis von Zentralbanken in seine Arbeit ein.

Im Jahr 2006 führte der Ausschuss eine neue Umfrage darüber durch, wie Banken und andere ausgewählte Institute die Risiken handhaben, die ihnen bei der Erfüllung von Devisengeschäften entstehen können. Die Ergebnisse werden dem Ausschuss bei der Beurteilung helfen, inwiefern das Erfüllungsrisiko bei Devisenhandelstransaktionen noch eine Gefahr für das Finanzsystem darstellt und ob weitere Maßnahmen der einzelnen Banken, des Bankensektors als Ganzes und der Zentralbanken erforderlich sind. Der Ausschuss plant, seinen Befund gegen Ende 2007 zu veröffentlichen.

Im Januar 2007 gaben der CPSS und die Weltbank gemeinsam einen Bericht über allgemeine Grundsätze für Auslandsüberweisungen von Migranten (*General principles for international remittance services*) heraus. Basierend auf einer Analyse der Zahlungsverkehrsaspekte solcher Auslandsüberweisungen werden – als Hilfe für Länder, die den Markt für entsprechende Dienstleistungen verbessern wollen – fünf allgemeine Grundsätze aufgestellt, und zwar bezüglich Transparenz und Verbraucherschutz, Zahlungsverkehrsinfrastruktur, rechtlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen, Marktstruktur und Wettbewerb sowie Führungsmechanismen und Risikomanagement.

Im März 2007 veröffentlichte der Ausschuss einen Bericht über neue Entwicklungen bei den Clearing- und Abwicklungsmechanismen für außerbörsliche Derivate (*New developments in clearing and settlement arrangements for OTC derivatives*). Darin werden bestehende Vorkehrungen und Risikomanagementpraktiken am weit gefassten Markt für außerbörsliche Derivate analysiert, und es wird geprüft, wie weit Risiken durch vermehrte Inanspruchnahme und Stärkung von Marktinfrastrukturen gemindert werden könnten. Schwerpunkte des Berichts sind:

- Die Risiken infolge Verzögerung bei der Dokumentierung und Bestätigung von Geschäften
- Die Folgen der rasch wachsenden Verwendung von Sicherheiten zur Minderung der Kontrahentenausfallrisiken
- Die Möglichkeit, verstärkt Clearing durch eine zentrale Gegenpartei einzusetzen, um die Kontrahentenrisiken zu reduzieren
- Die Implikationen des Prime Brokerage bei außerbörslichen Derivaten
- Die Risiken im Zusammenhang mit unautorisierter Kontraktnovation
- Die Gefahr erheblicher Marktstörungen infolge der Auflösung von außerbörslichen Derivatengeschäften nach Ausfall eines großen Marktteilnehmers

Der CPSS bemühte sich erneut um eine engere Zusammenarbeit unter den Zentralbanken, auch in den aufstrebenden Volkswirtschaften. Ferner leistete er logistische und fachliche Unterstützung für Workshops und Seminare über Zahlungsverkehrsfragen, die von der BIZ in Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen organisiert wurden.

Märkteausschuss

Der Märkteausschuss unter dem Vorsitz von Hiroshi Nakaso, Generaldirektor der Bank of Japan, setzt sich aus den für Marktgeschäfte Verantwortlichen der G10-Zentralbanken zusammen. In den alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen diskutieren die Teilnehmer über jüngste Entwicklungen an den Devisenmärkten und den damit zusammenhängenden Finanzmärkten. Insbesondere befasst sich der Ausschuss mit den kurzfristigen Auswirkungen bestimmter Ereignisse wie auch den Auswirkungen struktureller Veränderungen auf die Funktionsweise dieser Märkte. Der Ausschuss lädt regelmäßig Vertreter der Zentralbanken und Währungsbehörden von Australien, Brasilien, China, der SVR Hongkong, Indien, Korea, Mexiko, Singapur und Spanien zur Teilnahme ein.

In den Sitzungen dieses Jahres wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Die Auswirkungen geldpolitischer Entscheidungen auf die Märkte
- Wechselkursentwicklungen, einschließlich einer Analyse von Carry-Trade-Strategien
- Finanzmarktentwicklungen, die mit Rohstoffen zusammenhängen
- Die Folgen einer plötzlichen Veränderung der Risikobereitschaft bei verschiedenen Anlagekategorien
- Kapitalzuflüsse in aufstrebenden Volkswirtschaften, insbesondere an deren Aktienmärkten

Ferner erörterten die Mitglieder eine Reihe von speziellen Themen, u.a. die Vorbereitung der 3-jährlichen Zentralbankerhebung über das Geschäft an den Devisen- und Derivatmärkten, die 2007 wieder stattfindet, die wachsende Bedeutung der institutionellen Anleger an den Finanzmärkten, jüngste Entwicklungen an den Rohstoffmärkten sowie regionale Investitionen in den aufstrebenden Volkswirtschaften. Zu einigen dieser Themen wurden Sondersitzungen mit Vertretern des privaten Sektors abgehalten.

Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung

Die Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (Central Bank Counterfeit Deterrence Group, CBCDG), unter dem Vorsitz von Bonnie Schwab, Adviser Currency bei der Bank of Canada, untersucht im Auftrag der G10-Zentralbankpräsidenten neu auftretende Gefahren für die Sicherheit von Banknoten und schlägt den Noteninstituten Problemlösungen vor. Die CBCDG hat fälschungssichere Merkmale entwickelt, die dafür sorgen, dass die Banknotenbilder nicht mithilfe von Farbkopierern und Digitalgeräten (PC, Drucker oder Scanner) reproduziert werden können. Die BIZ unterstützt die Arbeit der CBCDG, indem sie Sekretariatsdienstleistungen für sie erbringt und in vertraglichen Vereinbarungen als ihr Agent auftritt.

Weitere von der BIZ geförderte Bereiche der Zusammenarbeit unter Zentralbanken

Forschungsarbeit

Die BIZ trägt nicht nur dadurch zur internationalen Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich bei, dass sie für die Sitzungen der Zentralbankvertreter Hintergrundmaterial liefert und für die Ausschüsse Sekretariats- und Analysedienstleistungen erbringt. Sie führt auch selbst Forschungsarbeiten und Analysen zu Themen durch, die für Zentralbanken und in zunehmendem Maße auch für die Finanzaufsicht von Interesse sind. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in die Veröffentlichungen der Bank wie den *Jahresbericht*, den *Quartalsbericht* und die Reihen der *BIS Papers* und *BIS Working Papers* sowie in externe Fachpublikationen ein. Ein Großteil der Forschungsarbeit wird auf der BIZ-Website (www.bis.org) veröffentlicht.

Entsprechend den Aufgaben der Bank konzentriert sich die Forschungsarbeit langfristig auf Fragen der Währungs- und Finanzstabilität. Einige Themenbeispiele aus jüngster Zeit:

- Veränderungen im Inflationsprozess, insbesondere die Wechselbeziehungen zwischen Inflation und Globalisierung sowie die Rolle der Wechselkurse
 - Bedeutung von Geldmengen- und Kreditaggregaten für die geldpolitische Strategie
 - Messung und Bewertung des Kreditrisikos
 - Messung der Risikoneigung und ihrer Auswirkungen auf die Bewertung von Finanzanlagen
 - Trends im internationalen Bankgeschäft
 - Koordination zwischen Geldpolitik und Aufsichtsregelungen
 - Methoden zur Verwaltung von Währungsreserven
 - Fragen der Währungs- und Finanzstabilität in der Asien-Pazifik-Region im Rahmen des 3-jährigen asiatischen Forschungsprogramms (s. weiter oben)
- Im Rahmen ihrer Forschungsarbeit organisiert die BIZ auch Konferenzen und Workshops, bei denen in der Regel wichtige Entscheidungsträger, Wissenschaftler und Marktteilnehmer zusammenkommen. Im vergangenen Jahr waren dies u.a.:
- Die Fünfte BIZ-Jahreskonferenz im Juni 2006 in Brunnen, Schweiz, zum Thema Globalisierung im Finanzbereich
 - Die Sitzungen der Zentralbankvolkswirte, die zweimal im Jahr stattfinden; im Oktober 2006 ging es dabei um die Bestimmungsfaktoren von sich verändernden Vermögenspreisen und entsprechende geldpolitische Konsequenzen
 - Eine Sitzung der Rechtsexperten von Zentralbanken, bei der es um rechtliche Aspekte der Immunitäten von Zentralbankaktiva ging

Führungs- und Überwachungsmechanismen in Zentralbanken

Das zunehmende Interesse der Zentralbanken an Organisations-, Führungs- und Strategiefragen veranlasste die BIZ Ende 2006, ihre Sekretariatsdienstleistungen für das Central Bank Governance Forum neu zu organisieren und zu

verstärken. Sie stützte sich dabei auf die 2005 genehmigte Gründungsurkunde. Das Governance Forum fördert solide Führungs- und Überwachungsmechanismen der Zentralbanken als staatliche Entscheidungsgremien und besteht aus der Central Bank Governance Group, dem Central Bank Governance Network sowie dem von der BIZ gestellten Sekretariat.

Die Governance Group setzt sich aus den Präsidenten eines breit abgestützten und repräsentativen Kreises von Zentralbanken zusammen und hielt im vergangenen Jahr mehrere Sitzungen ab. Diskussionsthemen waren u.a. der Umgang mit Interessenkonflikten und das Bild der Zentralbanken in der Öffentlichkeit. Die Governance Group regte auch umfangreiche Studien über die Organisation des Risikomanagements in Zentralbanken und über Schlüsselaspekte bei der Ausgestaltung einer modernen Zentralbank an.

Das Governance Network umfasst inzwischen fast 50 Zentralbanken und Währungsbehörden und sorgte auch in diesem Jahr für einen aktiven Informations- und Erfahrungsaustausch zu organisatorischen, führungs-technischen und strategischen Fragen.

Darüber hinaus wurden mehrere Umfragen zu spezifischen Fragestellungen durchgeführt mit dem Ziel, Grundlagen für die Erwägungen der Governance Group zu liefern und den Governance-Network-Zentralbanken, die ihre eigene Praxis überprüfen, von Nutzen zu sein.

Kooperation im Bereich Statistik

Die BIZ verfolgt die anhaltenden Bemühungen um verbesserte Wirtschafts-, Währungs- und Finanzstatistiken auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene und leistet dabei verschiedene Beiträge. Statistikexperten der BIZ nehmen auch an entsprechenden Sitzungen des IWF, der OECD und der EZB teil.

Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics

2006 richtete sich das Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics (IFC), ein Forum von Benutzern und Erstellern von Statistiken innerhalb von Zentralbanken, bei der BIZ ein, und die meisten BIZ-Aktionärszentralbanken wurden formell Vollmitglieder des IFC. An der ersten IFC-Sitzung in der BIZ am 29. August 2006 nahmen 53 Mitglieder teil. Neben der Festlegung der Aufgaben und künftigen Tätigkeiten des IFC wurde auch ein neues Führungsgremium gewählt. Vorsitzender des IFC ist Jan Smets, Direktor bei der Banque Nationale de Belgique. Die Mitgliedschaft steht allen interessierten Zentralbanken offen, und das IFC heißt darüber hinaus Einzelpersonen und Institutionen aus der Zentralbankengemeinschaft oder von außerhalb als assoziierte Mitglieder willkommen.

Zwei Schwerpunkte des Jahres:

- Die dritte IFC-Konferenz (August 2006) zum Thema Messung der Finanzlage der privaten Haushalte, an der mehr als 130 Experten aus 68 Zentralbanken teilnahmen
- Ein Beitrag des IFC für die Plenarsitzung der „People on the move“-Konferenz (September 2006) der International Association of Official Statistics

zum Thema „Finanzielle Aspekte der Migration: Messung der Auslandsüberweisungen“

Die Sitzungsprotokolle werden jeweils im *IFC Bulletin* veröffentlicht, das jetzt Teil der BIZ-Publikationen ist.

BIZ-Datenbank

Via Datenbank melden die teilnehmenden Zentralbanken regelmäßig nationale Daten an die BIZ, die den übrigen Datenbankteilnehmern zugänglich gemacht werden. Der Zugang zur Datenbank erfolgt über eine neu gestaltete webbasierte Anwendung, die im vergangenen Jahr lanciert wurde. Außerdem wurde die Datenbank inhaltlich erweitert und erfasst nun auch Daten über Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme, insbesondere die regelmäßig erhobenen Daten des CPSS.

Im letzten Jahr wurden die Zentralbank Koreas und die Monetary Authority of Singapore offizielle Teilnehmer, womit die Zahl der beteiligten BIZ-Aktionärszentralbanken auf 41 stieg. Die Aktionärszentralbanken, die nicht Datenbankteilnehmer sind, melden der BIZ seit Kurzem eine begrenzte Reihe von ökonomischen Schlüsselindikatoren; diese fließen in die statistischen Hintergrundinformationen ein, die für die alle zwei Monate stattfindenden BIZ-Treffen zusammengestellt werden.

Über die technische Plattform der BIZ-Datenbank werden die Finanzstatistiken der BIZ zu den internationalen Bankkredit-, Wertpapier-, Devisen- und Derivatmärkten elektronisch empfangen und/oder verbreitet.

Internationale Finanzstatistiken

Im vergangenen Jahr wurden die Richtlinien für die BIZ-Statistiken zum internationalen Bankgeschäft, eine wichtige methodische Quelle für die Benutzer dieser Daten, aktualisiert. Die BIZ und die Daten meldenden Zentralbanken analysierten ferner die Beziehung zwischen standortbezogenen und konsolidierten Datenreihen zum Bankgeschäft sowie die Schätzungen zur Aufschlüsselung der konsolidierten Statistik nach Währung.

Die Statistikexperten der BIZ unterstützten die CGFS-Arbeitsgruppe über Anleihenmärkte in Landeswährung bei der Erhebung von Daten zu den Wertpapiermärkten (s. weiter oben). Dabei zeigte sich, welche Daten über Wertpapieremissionen und -bestände derzeit aus diversen nationalen und internationalen Quellen verfügbar sind, und die BIZ-Statistiken zu den Wertpapiermärkten konnten entsprechend verbessert werden.

Die BIZ-Statistiken zu den internationalen Bankkredit- und Wertpapiermärkten sind eine wichtige Datenquelle für den Joint External Debt Hub, der gemeinsam mit dem IWF, der OECD und der Weltbank eingerichtet wurde. Seit verganginem Jahr arbeitet die BIZ eng mit der International Union of Credit and Investment Insurers (sog. Berner Union) zusammen, einem internationalen Zusammenschluss privater und staatlicher Exportkredit- und Investitionsversicherer, um Daten über internationale Handelskredite zu beschaffen und sie in den Hub einfließen zu lassen.

Die Vorbereitungsarbeiten für die nächste, von April bis Juni 2007 stattfindende 3-jährliche Zentralbankerhebung über das Geschäft an den

Devisen- und Derivatmärkten waren im Berichtsjahr in vollem Gange. Es wird erwartet, dass 54 Zentralbanken aus aller Welt daran teilnehmen werden. Die Ergebnisse werden im zweiten Halbjahr 2007 veröffentlicht.

Upgrade der statistischen Anwendungen im Bereich Informationstechnologie

Die BIZ hat eine über mehrere Jahre verteilte Optimierung ihrer einschlägigen IT-Anwendungen in Angriff genommen mit dem Ziel, deren Leistungsfähigkeit zu erhöhen, damit sie die Zusammenarbeit der Zentralbanken im Statistikbereich unterstützen können. Im Rahmen dieses Projekts sammelt die BIZ Informationen von den Zentralbanken im Zusammenhang mit grafischen Hilfsmitteln sowie Zeitreihen im Kontext relationaler Datenbanken. Diese Informationen werden in der Regel den Zentralbanken zugänglich gemacht, die die entsprechenden Angaben gemeldet haben.

Austausch statistischer Daten und Metadaten

Wie schon 2006 hat die BIZ auch 2007 den Vorsitz der Initiative für den Austausch statistischer Daten und Metadaten (Statistical Data and Metadata Exchange, SDMX), die sich um Standards für den Austausch statistischer Informationen bemüht. Die Initiative wird von der BIZ gemeinsam mit der EZB, Eurostat, dem IWF, der OECD, der UNO und der Weltbank getragen. Zu den SDMX-Produkten gehören u.a.:

- Technische Standards, die von der internationalen Organisation für Normung (International Organization for Standardization, ISO) genehmigt wurden
- Inhaltliche Richtlinien für den Austausch statistischer Daten und Metadaten
- Umsetzungsinstrumente, die von den Trägerorganisationen oder privaten Anbietern zur Verfügung gestellt werden

An der von der Weltbank organisierten Konferenz „Towards implementation of SDMX“ im Januar 2007 nahmen über 200 Experten teil. Neben einem Überblick über die Neuerungen wurden Beispiele für die praktische Umsetzung und erste Hinweise für den Kapazitätsaufbau gegeben. Außerdem gaben SDMX und XBRL International (eXtensible Business Reporting Language, ein elektronisches Format für den Austausch von Unternehmensinformationen) ein gemeinsames Projekt bekannt, in dessen Rahmen mögliche interoperable Plattformen ihrer jeweiligen Standards für den Datenaustausch erörtert werden sollen.

Entwürfe von Standards und Richtlinien sind zur öffentlichen Stellungnahme auf der SDMX-Website (www.sdmx.org) verfügbar.

Ausschuss der EDV-Fachleute der G10-Zentralbanken

Wichtigstes Ziel des Ausschusses der EDV-Fachleute ist es, Erfahrungen in technischen und organisatorischen IT-Fragen unter einer Reihe wichtiger Zentralbanken auszutauschen. Der Ausschuss wird von Arbeitsgruppen und Task-Forces unterstützt und trifft sich zweimal jährlich.

An der Sitzung des Ausschusses im November 2006 wurden die Erfahrungen der Zentralbanken unter dem Stichwort Applikationen beurteilt, wobei

„rapid application development“ (RAD) im Zentrum stand. Führungs- und Überwachungsmechanismen im IT-Bereich, Notfallplanung und IT-Sicherheit waren weitere Schwerpunktthemen. Diskutiert wurden auch eine Reihe von Fortschritten in der Zusammenarbeit unter Zentralbanken, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung von TARGET2, dem europäischen Zahlungssystem, im Jahr 2007.

Die Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen (Working Party on Security Issues, WPSI) hielt im vergangenen Jahr zwei Sitzungen ab zu folgenden Themen:

- Organisationsstrukturen und Trend zur Verschmelzung von IT- und physischer Sicherheit
- Risiken im Zusammenhang mit „malicious mobile code“
- Lösungen im Bereich Fernzugang
- Netzwerkaufteilung
- Kosten von Sicherheitslösungen

Beim Thema Notfallplanung lag der Schwerpunkt auf dem Risikomanagement, vor allem im Zusammenhang mit den Vorkehrungen für eine mögliche Pandemie. Zudem galt der Stabilität personeller Ressourcen vermehrte Aufmerksamkeit, nachdem physische und IT-Ressourcen bisher im Vordergrund gestanden hatten.

Im Juni 2007 hielt der Ausschuss seinen 3-jährlichen Workshop Central Bank Information Technology Exchange (CBITX) ab. Die Themen der vier geplanten Sitzungen – Bedürfnisse von „knowledge workers“ (Beschäftigten im Bereich Wissens- und Kopfarbeit), Portfoliomanagement und Kostenrechnung, IT-Risikomanagement sowie Erbringen von IT-Dienstleistungen – gaben den Teilnehmern die Gelegenheit, ihre diesbezüglichen Erfahrungen, Bedenken und Schlussfolgerungen auszutauschen.

In diesem Jahr wurde ein gemeinsames Treffen der IT-Sicherheitsverantwortlichen der G10-Zentralbanken und der WPSI beschlossen. Bei diesem Treffen, das unter dem Titel Workshop 2008 erstmals im kommenden März bei der BIZ stattfinden wird, soll der Informations- und Erfahrungsaustausch in Bezug auf das operationelle Risiko von Zentralbanken im Mittelpunkt stehen.

Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen

Obwohl die BIZ keine bilaterale technische Hilfe anbietet, unterstützt sie bei Gelegenheit regionale Schulungsangebote für Zentralbanken. Beispiele des letzten Jahres waren:

- Ein Workshop über Finanzstabilität und die Rolle der Währungsbehörden, der von der algerischen Zentralbank für die Zentralbanken der französischsprachigen Länder Nord- und Westafrikas organisiert wurde
- Ein Seminar über die Finanzintermediation von Nichtbanken und entsprechende Herausforderungen für Zentralbanken, mit den South East Asian Central Banks (SEACEN) als Organisator und der State Bank of Vietnam als Gastgeber
- Die Organisation zweier Module, eines über das Bank- und Finanzwesen und eines über Geldpolitik, im Rahmen des vom Centre Africain d'Études

Supérieures en Gestion (CESAG) in Dakar angebotenen Master-Programms im Bank- und Finanzwesen

- Ein Treffen für die Zentralbanken der Southern African Development Community (SADC) zum Thema regionale Währungs- und Finanzintegration, wobei die Reserve Bank of South Africa als Gastgeber auftrat
- Ein Seminar für Zentralbanken aus Mittel- und Osteuropa sowie aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten beim Joint Vienna Institute zum Thema bankenspezifische versus marktbasierende Finanzintermediation

Im Sommer 2006 trafen sich in Basel 40 Zentralbanken aus Industrieländern, Mittel- und Osteuropa und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zur Jahresversammlung der Group of Coordinators of Technical Cooperation and Training. Eines der Diskussionsthemen war die Verlagerung der Nachfrage nach technischer Zusammenarbeit in neue Regionen, insbesondere den Nahen Osten, Asien und Afrika (einschl. Maghreb-Staaten).

Interne Revision

Die internen Revisoren der G10-Zentralbanken pflegen einen regelmäßigen Wissens- und Erfahrungsaustausch und erörtern neue Fragen und Herausforderungen. Ihre zentralen Diskussionsthemen stehen gewöhnlich im Zusammenhang mit den internationalen Revisionsstandards und den laufend nötigen Verbesserungen des Risikomanagements der Zentralbanken. Die Interne Revision der BIZ ist zweimal im Jahr Organisator und Gastgeber des Treffens der G10-Arbeitsgruppe für IT-Revisionsmethoden.

Im Juni 2006 nahm die BIZ an der 20. Jahrestagung der Leiter der internen Revision der G10-Zentralbanken teil, die von der De Nederlandsche Bank zu folgenden Themen organisiert wurde: moralische Werte, ethisches Bewusstsein und Revision, Einsatz von Risikomodelle sowie Prüfung der Notfallplanung. (In diesem letzten Bereich koordinierte die BIZ die Arbeit einer entsprechenden G10-Task-Force.)

Für die Leiter der internen Revision von Zentralbanken und Währungsbehörden im Asien-Pazifik-Raum hat die Interne Revision der BIZ ein Netz für den Informationsaustausch geknüpft. Im Oktober organisierte die BIZ-Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent in Zusammenarbeit mit der Internen Revision in Mexiko-Stadt das erste BIZ-Treffen der Leiter der internen Revision von Zentralbanken in Lateinamerika und der Karibik.

Beiträge der BIZ zu einer umfassenderen internationalen Zusammenarbeit im Finanzbereich

Zehnergruppe (G10)

Im Rahmen ihres Beitrags zur Arbeit der G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten nimmt die BIZ als Beobachter an Sitzungen teil und erbringt – ebenso wie der IWF und die OECD – Sekretariatsdienstleistungen. Anlässlich ihres Treffens im September 2006 in Singapur diskutierten die G10-Minister und -Zentralbankpräsidenten einen Bericht über die Aussichten der G10 und

kamen zu dem Schluss, aufgrund des sich wandelnden globalen Wirtschaftsumfelds sei es dringlich, die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit klarer auszurichten. Sie waren sich einig, dass die künftigen jährlichen Treffen der G10-Minister und -Zentralbankpräsidenten von größtem Nutzen seien, wenn sie auch informelle und freimütige Diskussionen wichtiger internationaler Wirtschafts- und Finanzfragen umfassten. Um solche Diskussionen zu erleichtern, könnte der Vorsitzende der G10 den Vorsitzenden des Forums für Finanzstabilität (FSF), die Vorsitzenden der verschiedenen G10-Ausschüsse oder andere Teilnehmer dieser Treffen einladen, Diskussionsthemen im Bereich Finanzmärkte und -systeme zu präsentieren.

Forum für Finanzstabilität

Das Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF), unter dem Vorsitz von Mario Draghi, Gouverneur der Banca d'Italia, wurde 1999 in der BIZ von den G7-Finanzministern und -Zentralbankpräsidenten geschaffen, um die internationale Finanzstabilität durch vermehrten Informationsaustausch und engere Zusammenarbeit unter den Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors zu fördern. Seine Aufgabe ist die Beurteilung von Risiken und Schwächen, die sich auf das internationale Finanzsystem auswirken, sowie die Unterstützung und Koordinierung von Gegenmaßnahmen. Mitglieder des Forums sind hochrangige Vertreter von Finanzministerien, Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen der wichtigsten Finanzplätze sowie Vertreter von internationalen Finanzorganisationen – BIZ, IWF, OECD und Weltbank –, von internationalen normgebenden Gremien im Aufsichts- bzw. Regulierungsbereich – BCBS, internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS), International Accounting Standards Board (IASB) und International Organization of Securities Commissions (IOSCO) – und von Ausschüssen von Zentralbankexperten – CGFS und CPSS. Die Schweiz trat im Januar 2007 dem FSF bei.

Das FSF hält zweimal jährlich eine Plenarsitzung ab, zuletzt im September 2006 in Paris und im März 2007 in Frankfurt. Darüber hinaus fördern regionale Sitzungen einen breiteren Gedankenaustausch über Schwachstellen im Finanzsystem und die laufenden nationalen und internationalen Bemühungen um deren Behebung. Die jüngste regionale Sitzung fand im Januar 2007 in Stockholm statt; die wichtigsten behandelten Themen waren das rasche Kreditwachstum, die Kreditaufnahme in Fremdwährung sowie die Herausforderung, die das grenzüberschreitende Bankgeschäft in den aufstrebenden Volkswirtschaften Europas für die Finanzaufsicht darstellt.

In seiner Sitzung vom März 2007 untersuchte das FSF Ursachen und Folgen der Finanzmarkturbulenzen von Ende Februar und Anfang März 2007. Ferner wurden die Entwicklungen an den Märkten für die Übertragung des Kreditrisikos sowie die Auswirkungen der vermehrten Private-Equity- und Leveraged-Buyout-Transaktionen auf die Unternehmensverschuldung insgesamt und die Kreditrisiken der Finanzintermediäre besprochen. Das FSF beurteilte zudem die Systemrisiken, die durch das Wachstum des Hedge-Fonds-Sektors entstehen, sowie die in den letzten Jahren von Aufsichts- und Regulierungsinstanzen wie auch vom privaten Sektor ergriffenen Maßnahmen

zur Stärkung der Marktdisziplin, des Risikomanagements und der Marktinfrastruktur. Angesichts der zunehmenden Präsenz der Hedge-Fonds an den Kreditmärkten mit komplexen Produkten erörterte das FSF, wie Finanzinstitute auf die damit verbundenen Risiken reagieren, einschließlich Entwicklungen bei Besicherungen, Ein- und Nachschusszahlungen sowie Stresstestpraxis. Auf Ersuchen der G7-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten hat das FSF eine Aktualisierung seines Berichts über Institute mit hoher Risiko-Eigenkapital-Relation aus dem Jahr 2000 vorbereitet.

Das FSF will auch bei Finanzbehörden und dem Finanzsektor ganz allgemein die Vorbereitung auf mögliche Finanzkrisen und Betriebsstörungen wie z.B. eine Vogelgrippepandemie fördern. Im November 2006 organisierten das FSF und die britischen Behörden gemeinsam einen Workshop über Planung und Kommunikation bei Finanzkrisen und Betriebsstörungen. Als Folge tauschen die FSF-Mitglieder nun Informationen und Erfahrungen in diesem Bereich aus, u.a. auch Lehren aus Krisenübungen und tatsächlich eingetretenen Störfällen.

Das FSF fördert überdies Arbeiten darüber, wie die Regulierung wirkungsvoller und effizienter gestaltet werden könnte, u.a. durch Förderung des Dialogs zwischen den Aufsichtsinstanzen und dem Finanzsektor. Im Rahmen dieser Arbeiten führen die Aufsichtsinstanzen unter den FSF-Mitgliedern derzeit eine Bestandesaufnahme über ihre Grundsätze und Verfahren bei der Erarbeitung und Auslegung neuer Vorschriften und anderer Initiativen durch.

Ferner unterstützt das FSF Bemühungen zur Stärkung der internationalen Rechnungslegungs- und Revisionsstandards und -praktiken. Angesichts der Notwendigkeit, die Qualität der Wirtschaftsprüfungen zu erhöhen und die weltweite Vereinheitlichung der Wirtschaftsprüfungsregulierung zu fördern, begrüßte das FSF die erste Sitzung des International Forum of Independent Audit Regulators im März 2007 und unterstützte dessen vorgeschlagenes Arbeitsprogramm. Das FSF verschaffte sich auch einen Überblick über die jüngsten Fortschritte der normgebenden Instanzen des Rechnungswesens in verschiedenen internationalen Fragen, u.a. bei den laufenden Bemühungen zur Harmonisierung und kohärenten Interpretation der Rechnungslegungsstandards.

Die FSF-Arbeitsgruppe über Offshore-Finanzplätze prüfte die Fortschritte, die ihre Mitglieder bei der Förderung weiterer Verbesserungen an diesen Finanzplätzen erzielt haben, insbesondere mit Blick auf wirksame grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Informationsweitergabe sowie angemessene Aufsichtsressourcen. Das FSF hat eine Überprüfung seiner Offshore-Finanzplatzinitiative eingeleitet und wird sie im September 2007 besprechen.

FSF-Website: www.fsforum.org.

Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden

Die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (International Association of Insurance Supervisors, IAIS), die seit 1998 bei der BIZ angesiedelt ist, fördert die weltweite Finanzstabilität durch Verbesserung der Aufsicht über das Versicherungswesen, Erarbeitung einschlägiger Standards,

internationale Zusammenarbeit, die auf Informationsaustausch beruht, und gegenseitigen Beistand. Gemeinsam mit anderen internationalen Aufsichtsgremien (im Rahmen des Gemeinsamen Forums des BCBS, der IOSCO und der IAIS) hat die IAIS ferner an der Entwicklung von Grundsätzen für die Aufsicht über Finanzkonglomerate mitgearbeitet. Die stetig wachsende Zahl ihrer Mitglieder und Beobachter zeigt, dass die Arbeit der IAIS zunehmend anerkannt wird.

Im vergangenen Jahr hat die IAIS wichtige Schritte in folgenden fünf Bereichen ergriffen:

Rechnungslegung

Die IAIS stellte das Konsultationspapier *Issues arising as a result of the IASB's Insurance Contracts Project – Phase II: second set of IAIS observations* fertig, als Beitrag zum Phase-II-Projekt des International Accounting Standards Board (IASB). In dem Papier werden eine Reihe von Grundsätzen bzw. wesentlichen Beobachtungen über Bewertungsfragen präsentiert, die sich sowohl allgemein in Finanzausweisen als auch in Meldungen an die Aufsichtsinstanz stellen. Die Grundsätze umfassen mehrere Merkmale der Bewertung von Versicherungsverbindlichkeiten, Risikomargen und Aspekte der Rechnungslegung von Lebensversicherungen.

Angemessene Eigenkapitalausstattung und Solvenz

Die IAIS baut derzeit schrittweise eine gemeinsame Struktur und gemeinsame Standards für die Beurteilung der Solvenz von Versicherungsgesellschaften auf; damit werden die Transparenz und die Vergleichbarkeit von Versicherern aus aller Welt verbessert, zum Vorteil der Verbraucher, der Branche, der Anleger und anderer interessierter Kreise. Ein Papier mit Standards im Bereich Bilanzstrukturmanagement einschließlich Begleitdokument wurde im Oktober 2006 erarbeitet und genehmigt. Dies sind die ersten in einer Reihe von Standards, die im „Framework for Insurance Supervision“ der IAIS vorgeschlagen und in der „Roadmap“ mit dem Titel *A new framework for insurance supervision: towards a common structure and common standards for the assessment of insurer solvency* genauer ausgeführt werden. Im Februar 2007 billigte die IAIS das Papier *IAIS common structure for the assessment of insurer solvency*, das auf dem früheren Papier *Cornerstones for the formulation of regulatory financial requirements* aufbaut. Es bildet die Grundlage, auf der die IAIS ihre Standards und Richtlinien zu diesem Thema entwickeln kann, da es eine kohärente, risikoorientierte Methodik für die Festlegung regulatorischer Finanzanforderungen bietet.

Rückversicherung

Das überarbeitete und im Oktober 2006 verabschiedete Empfehlungspapier *Risk transfer, disclosure and analysis of finite reinsurance* der IAIS skizziert den Hintergrund der Entwicklung der Finanzrückversicherung, den Einsatz dieses Instruments durch die Versicherer sowie Probleme der Finanzrückversicherung und verschiedene Lösungsansätze der Aufsicht. Überarbeitet wurden die Abschnitte über die Lebensversicherung; dabei wurden die neuesten

Entwicklungen bei der Bilanzierung von Rückversicherungsverträgen berücksichtigt. Im November 2006 veröffentlichte die IAIS die dritte Auflage ihres *Global reinsurance market report*. Dieser Bericht gibt einen Überblick über die finanzielle Verfassung des Rückversicherungssektors insgesamt im Jahr 2005, das für den Rückversicherungsmarkt ein außergewöhnliches Jahr mit Rekordverlusten infolge von Naturkatastrophen war.

Informationsaustausch

Der IAIS ist sich bewusst, dass Aufsichtsinstanzen auf nationaler und internationaler Ebene zusammenarbeiten müssen, damit Versicherer und Rückversicherer wirksam beaufsichtigt werden; sie hat daher im Februar 2007 ein *Multilateral memorandum of understanding (MMOU) for the sharing of information between supervisors* verabschiedet. Dieses definiert eine Reihe von Grundsätzen und Verfahren für den Austausch von Informationen, Meinungen und Beurteilungen und bildet eine effizientere Grundlage, damit ein solcher Austausch auch wirklich stattfindet.

Weiterbildung

Im vergangenen Jahr fanden in Zusammenarbeit mit dem FSI rund 20 Seminare, Konferenzen und Workshops in aller Welt statt, die von der IAIS organisiert wurden oder an denen sie mitwirkte. Ferner schloss die IAIS das Weiterbildungsprojekt mit Pflichtlehrgängen im Versicherungsbereich ab; dieses ist das Ergebnis einer erfolgreichen Partnerschaft der IAIS und der Weltbank, in deren Rahmen Schulungsmaterial für Mitarbeiter der Versicherungsaufsicht über die wichtigsten Elemente der IAIS-Grundsätze für eine wirksame Versicherungsaufsicht entwickelt wurde.

IAIS-Website: www.iaisweb.org.

Internationale Vereinigung der Einlagensicherungen

Die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (International Association of Deposit Insurers, IADI), die seit 2002 bei der BIZ angesiedelt ist, trägt durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit und als Forum für weitreichende internationale Kontakte zwischen Einlagensicherungsinstitutionen und anderen interessierten Kreisen zur Stabilität der Finanzsysteme bei. Insbesondere:

- Fördert die IADI das Bewusstsein für gemeinsame Interessen und Anliegen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung
- Gibt sie Empfehlungen für leistungsfähigere Einlagensicherungssysteme ab
- Erleichtert sie den Austausch von Fachwissen im Einlagensicherungsbereich mittels Schulungs-, Entwicklungs- und Weiterbildungsangeboten
- Berät sie bei der Einrichtung leistungsfähiger Einlagensicherungssysteme und der Verbesserung bestehender Systeme

Derzeit wirken 66 Institutionen (darunter 47 als Mitglieder) aus aller Welt in der IADI mit, u.a. eine Reihe von Zentralbanken, die sich für die Einrichtung oder den Betrieb leistungsfähiger Systeme der Einlagensicherung einsetzen

wollen. Eine wichtige Stoßrichtung bei den Bemühungen der IADI um eine höhere Leistungsfähigkeit von Einlagensicherungssystemen ist die Entwicklung von Grundsätzen und Praxisempfehlungen, deren Schwerpunkt darauf liegt, was in verschiedenen Ländern besonders gut funktioniert und warum.

Auch in ihrem fünften Tätigkeitsjahr bot die IADI wieder zahlreiche Foren für Einlagensicherungsinstitutionen und andere Gremien mit ähnlichen Interessen an. Höhepunkte waren:

- Die fünfte Jahreskonferenz unter dem Motto „Raising the bar“, die im November 2006 in Rio de Janeiro stattfand; sie wurde von 160 Vertretern von Einlagensicherungsinstitutionen und Entscheidungsträgern aus 46 Ländern besucht
- Eine von der IADI organisierte Ausstellung, an der 32 Organisationen der Einlagensicherung aus aller Welt Informationen über die wesentlichen Merkmale ihrer Einlegerschutzsysteme anboten
- Ein zwei Tage dauerndes internationales Seminar zum Thema Enterprise Risk Management, das im September 2006 in Kuala Lumpur stattfand
- Die Konferenz „International financial instability: cross-border banking and national regulation“, die im Oktober 2006 in Chicago gemeinsam mit der Federal Reserve Bank of Chicago abgehalten wurde

Im Jahr 2006 veröffentlichte die IADI das Empfehlungspapier *Guidance on interrelationships among safety net players*, die neueste Publikation einer Serie, die mit dem 2001 veröffentlichten Papier *Guidance for developing effective deposit insurance systems* der FSF-Arbeitsgruppe über Einlagensicherung begonnen hatte. Ferner publizierte sie ein Empfehlungspapier über die Liquidierung von Banken. Darüber hinaus ist der Forschungs- und Richtlinienausschuss der IADI dabei, weitere Empfehlungspapiere über Ansprüche und Eintreibung, Führungsmechanismen, Finanzierung und wirksame Einlagensicherungsmandate abzuschließen, die Mitte 2007 herauskommen sollen.

Im Oktober 2006 erschien eine Sonderausgabe des *Journal of Banking Regulation* über Einlagensicherung; Koautoren waren Wissenschaftler, der IADI-Generalsekretär sowie Praktiker der Einlagensicherung.

Regionale Aktivitäten in jüngerer Zeit waren Konferenzen, Seminare und Ausschusssitzungen in Abuja, Prag, Marrakesch, Rio de Janeiro, Washington D.C., Kuala Lumpur und Hanoi.

Ein neues interaktives Web-Portal wurde geschaffen, um die Forschung zu erleichtern und Informationen über Themen und Tätigkeit der Einlagensicherung für Mitglieder und Teilnehmer bereitzustellen.

IADI-Website: www.iadi.org.

Finanzdienstleistungen der Bank

Bankdienstleistungen

Die BIZ bietet ein breites Spektrum von speziellen Finanzdienstleistungen an, die den Zentralbanken und anderen Währungsbehörden die Verwaltung ihrer Währungsreserven erleichtern sollen. Rund 130 solche Institutionen sowie mehrere internationale Organisationen nutzen diese Dienstleistungen.

Um den unterschiedlichen und sich ständig wandelnden Bedürfnissen der Zentralbanken gerecht zu werden, stellt die Bank eine in Bezug auf Währungen, Liquidität und Laufzeiten breit gefächerte Palette von Anlageprodukten bereit. Neben herkömmlichen Geldmarktanlagen wie Sicht- und Kündigungskonten sowie Termineinlagen bietet die Bank zwei Instrumente an, die direkt mit ihr gehandelt (gekauft und zurückverkauft) werden können: das festverzinsliche Fixed-Rate Investment der BIZ (FIXBIS) mit Laufzeiten von 1 Woche bis zu 1 Jahr und das Medium-Term Instrument (MTI) mit Laufzeiten zwischen 1 Jahr und 10 Jahren. Zum Standardangebot gehören außerdem eine Reihe von kündbaren MTI-Produkten sowie weitere Instrumente mit eingebetteten Optionen.

Bei diesem Kreditgeschäft, das durch ein rigoroses internes Risikomanagement gestützt wird, stehen Sicherheit und Liquidität im Mittelpunkt. Der Best Practice entsprechend werden das Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiko der Bank von einem separaten Risikocontrolling überwacht, das direkt dem Stellvertretenden Generaldirektor – und über ihn dem Generaldirektor – untersteht. Die operationellen Risiken der Bank werden von der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko überwacht.

Im Auftrag ihrer Kunden tätigt die BIZ auch Kassa-, Termin- und Optionsgeschäfte mit Devisen und Gold.

Bisweilen gewährt die Bank Zentralbanken kurzfristigen Kredit, der in der Regel besichert ist. Sie nimmt ferner Aufgaben als Treuhänder oder Pfandhalter wahr (s. weiter unten).

Zudem bietet die BIZ Asset-Management-Dienstleistungen mit Staatspapieren oder erstklassigen Anlagen an. Dabei wird entweder zwischen der betreffenden Zentralbank und der BIZ ein individueller Portfolioauftrag ausgehandelt, oder Kunden können gemeinsam in eine offene Fondsstruktur – den BISIP („BIS Investment Pool“) – investieren. Zwei Asian Bond Funds (ABF1 und ABF2) werden von der BIZ unter dem BISIP-Dach betreut. Das Vermögen des ABF1 wird von der BIZ verwaltet, das des ABF2 von einer Gruppe externer Fondsmanager.

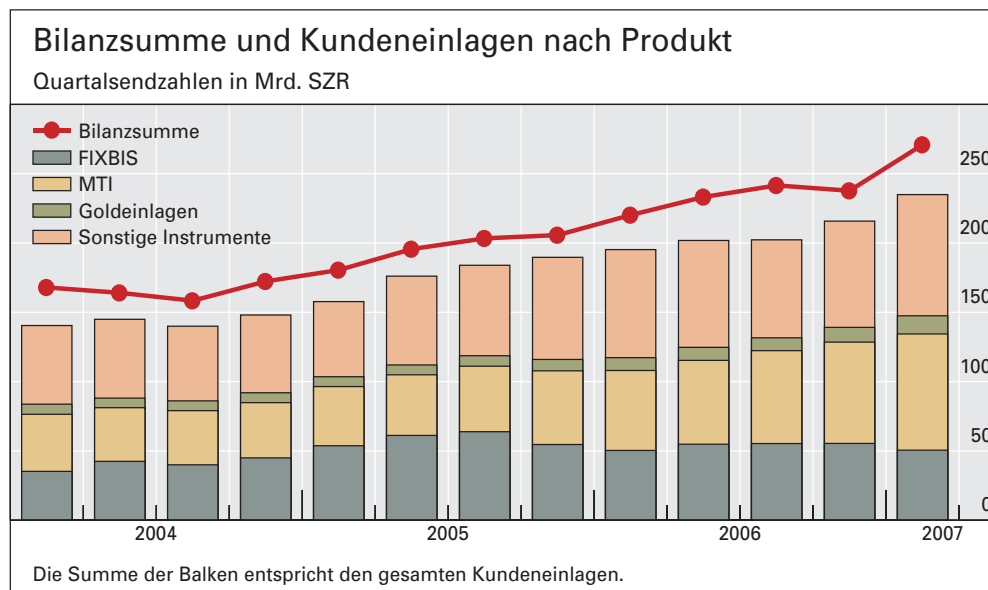
Die Finanzdienstleistungen der BIZ werden von zwei miteinander verbundenen Handelsräumen aus erbracht: am Hauptsitz in Basel und in der Repräsentanz Asien in der SVR Hongkong.

Tätigkeit der Bankabteilung im Geschäftsjahr 2006/07

Die Bilanz der BIZ weitete sich 2006/07 erneut aus, und die Bilanzsumme erreichte am 31. März 2007 den Rekordstand von SZR 270,9 Mrd. Dies ist ein beträchtlicher Zuwachs von SZR 50,8 Mrd. oder 23% gegenüber dem Vorjahr. Davon waren SZR 1,0 Mrd. dem höheren Marktpreis von Gold zuzuschreiben. Wären andererseits die Wechselkurse unverändert geblieben, wäre der Zuwachs um SZR 1,7 Mrd. höher ausgefallen.

Passiva

Der Umfang der Bilanz der BIZ wird vor allem von den Kundeneinlagen bestimmt. Sie machen den Großteil der Passiva aus (Grafik). Am 31. März 2007



beliefen sich die Kundeneinlagen auf insgesamt SZR 234,9 Mrd. (Vorjahr: SZR 195,2 Mrd.).

Rund 95% der Kundeneinlagen lauten auf Währungen; der Rest ist Gold. Die Währungseinlagen stiegen von SZR 186,0 Mrd. im Vorjahr auf SZR 221,8 Mrd. am 31. März 2007; sie machen rund 6% der gesamten Währungsreserven der Welt in Höhe von fast SZR 3,5 Bio. aus (31. März 2006: SZR 3,0 Bio.). 62% der Währungseinlagen entfielen auf US-Dollar, 21% auf Euro. Die Goldeinlagen beliefen sich Ende März 2007 auf SZR 13,1 Mrd., was einem Anstieg um SZR 3,9 Mrd. im Laufe des Geschäftsjahres entspricht; davon sind SZR 0,8 Mrd. Bewertungseffekten (d.h. dem höheren Goldpreis) zuzuschreiben.

Nach Instrument betrachtet ist für das Wachstum der Währungseinlagen von Kunden hauptsächlich eine Zunahme der Anlagen in MTI um 45% verantwortlich – damit sind MTI nach wie vor das meistverwendete BIZ-Instrument.

Die geografische Verteilung der Anlagen bei der BIZ ist im Geschäftsjahr relativ stabil geblieben; den größten Anteil halten asiatische Kunden.

Aktiva

Die Aktiva der BIZ bestehen vorwiegend aus Anlagen bei erstklassigen Geschäftsbanken von internationalem Ruf, aus Staatspapieren und Papieren staatsnaher Emittenten sowie aus Reverse-Repo-Geschäften. Ferner besaß die Bank per 31. März 2007 150 Tonnen Feingold, nachdem 15 Tonnen im Laufe des Geschäftsjahres veräußert worden waren. Das Kreditrisiko wird sehr konservativ gehandhabt; 99,7% der Bestände der Bank hatten am 31. März 2007 ein Rating von A– oder höher (Anmerkung 4D zum Jahresabschluss).

Die Bestände der Bank an Währungseinlagen und Wertpapieren, einschließlich Reverse Repos, betragen am 31. März 2007 SZR 247,9 Mrd. (Vorjahr: SZR 199,2 Mrd.). Diese zusätzlichen Mittel wurden vorwiegend in Einlagen bei erstklassigen Geschäftsbanken, in Wertpapieren mit hoher Bonitätseinstufung und in mit Staatspapieren besicherten Reverse Repos angelegt.

Zur effizienten Verwaltung ihrer Aktiva und Passiva verwendet die Bank verschiedene derivative Instrumente (Anmerkung 9 zum Jahresabschluss).

Aufgaben als Agent und Treuhänder

Treuhänder für internationale Staatsanleihen

Die Bank agiert als Treuhänder im Zusammenhang mit den Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 aus der Dawes- und der Young-Anleihe (Einzelheiten s. *63. Jahresbericht* vom Juni 1993). Die Deutsche Bundesbank als Zahlungsagent teilte der Bank mit, dass das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) im Jahr 2006 Tilgungs- bzw. Zinszahlungen von rund € 4,9 Mio. für die Fundierungsschuldverschreibungen veranlasst hat. Die Einlösungswerte und sonstigen Einzelheiten wurden vom BADV im *Bundesanzeiger* veröffentlicht.

Die Bank blieb bei ihren früheren Vorbehalten hinsichtlich der Anwendung der Währungssicherungsklausel der Young-Anleihe durch das BADV (dargelegt im *50. Jahresbericht* vom Juni 1980), die sich auch auf die Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 erstrecken.

Weitere Treuhänderfunktionen

Die Bank nahm ihre Treuhänderaufgaben im Rahmen der Verwahrungs- und Treuhandvereinbarung wahr, die sie am 31. Oktober 2005 mit der Central Bank of Nigeria abgeschlossen hatte (*76. Jahresbericht* vom Juni 2006). Ihre Pflichten gemäß dieser Vereinbarung erloschen mit der letzten Freigabe von Mitteln im Februar 2007, d.h. drei Monate vor dem geplanten Abschlusstermin 31. Mai 2007.

Pfandhalterfunktionen

Gemäß mehreren Vereinbarungen ist die BIZ als Pfandhalter mit dem Halten und der Anlage von Sicherheiten zugunsten der Inhaber bestimmter Fremdwährungsanleihen betraut, die Länder im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen über ihre Auslandsverschuldung begeben haben. Im Geschäftsjahr 2006/07 bestanden solche Pfandbestellungsvereinbarungen für Anleihen von Peru (*67. Jahresbericht* vom Juni 1997) und Côte d'Ivoire (*68. Jahresbericht* vom Juni 1998). Die Aufgaben der BIZ als Pfandhalter für brasilianische Anleihen (*64. Jahresbericht* vom Juni 1994) endeten im Juni 2006, als Brasilien sämtliche ausstehenden Anleihen vorzeitig tilgte.

Institutionelles und Administratives

Verwaltung der Bank

Budgetpolitik

Die Erstellung des Ausgabenbudgets der Bank für das kommende Geschäftsjahr beginnt rund sechs Monate im Voraus damit, dass die Geschäftsleitung

die allgemeine Geschäftsorientierung und den grundlegenden Finanzrahmen festlegt. Vor diesem Hintergrund spezifizieren dann die einzelnen Geschäftsbereiche ihre Pläne und den entsprechenden Ressourcenbedarf. Die Abstimmung der detaillierten Geschäftspläne, der Ziele und der insgesamt verfügbaren Ressourcen mündet in der Erstellung eines Entwurfs für das Finanzbudget. Dieser muss vor Beginn des Geschäftsjahres vom Verwaltungsrat genehmigt werden.

Bei der Erstellung des Budgets wird zwischen Verwaltungskosten und Investitionsausgaben unterschieden. Ähnlich wie bei vergleichbaren Organisationen entfallen rund 70% der Verwaltungskosten der Bank auf die Geschäftsleitungs- und Personalaufwendungen einschließlich Vergütungen, Renten sowie Kranken- und Unfallversicherung. Die beiden wichtigsten anderen Kategorien, die je rund 10% der Verwaltungskosten ausmachen, sind IT und Telekommunikation sowie Gebäude und Geschäftsausstattung. Die Investitionsausgaben betreffen vor allem die Gebäude und die IT-Ausstattung; sie können von Jahr zu Jahr erheblich schwanken. Die Verwaltungskosten und die Investitionsausgaben der Bank fallen vorwiegend in Schweizer Franken an.

Im Geschäftsjahr 2006/07 betragen die Verwaltungskosten vor Abschreibungen CHF 227,3 Mio. und lagen damit um 2,0% unter dem Budgetbetrag von CHF 232,0 Mio.;² die Investitionsausgaben beliefen sich auf CHF 21,3 Mio. und unterschritten das Budget um 4,9 Mio. Die Unterschreitung des Budgets bei den Verwaltungskosten war hauptsächlich einem Rückgang bei den Auslandszulagen, anderen Personalausgaben sowie IT- und Telekommunikationsausgaben zuzuschreiben.

In den Verwaltungskosten und Investitionsausgaben schlugen sich auch die Prioritäten des Budgets 2006/07 nieder, nämlich:

- Die Beziehungen zu Aktionärszentralbanken im Asien-Pazifik-Raum zu vertiefen und die Dienstleistungen der BIZ entsprechend auszubauen. Dieses Projekt umfasst ein 3-jähriges, strategisch orientiertes Forschungsprogramm über Themen der Geldpolitik und des Finanzsektors in Asien, das im Herbst 2006 begann
- Die Ergebnisse der Tätigkeitsüberprüfung des Geschäftsjahres 2005/06 umzusetzen. Bei dieser Überprüfung wurden mehrere Bereiche ausgemacht, in denen Effizienzsteigerungen möglich sind. Die Umsetzung der Tätigkeitsüberprüfung wird in den nächsten Jahren dank solcher Effizienzsteigerungen dazu führen, dass bestehende Personalstellen prioritären Tätigkeitsbereichen zugeteilt werden können, insbesondere mit Blick auf den Ausbau der Dienstleistungen für Zentralbanken
- Die Gebäudesicherheit zu verbessern, die Sitzungseinrichtungen im Turm-Gebäude in Basel zu erneuern und die BIZ-Sportclubräumlichkeiten zu renovieren

Im März 2007 genehmigte der Verwaltungsrat eine Erhöhung des Verwaltungsbudgets für das Geschäftsjahr 2007/08 um 2,9% auf CHF 238,8 Mio.

² Das Budget der Bank beruht auf Kassenbeständen; bestimmte Berichtigungen in der Finanzbuchhaltung – hauptsächlich im Zusammenhang mit Vorsorgeverpflichtungen, bei denen Finanzmarkt- und versicherungsmathematische Entwicklungen berücksichtigt werden – sind ausgeklammert. Diese zusätzlichen Faktoren gehen in den Posten „Geschäftsaufwand“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ein (s. „Der Reingewinn und seine Verwendung“).

Das Investitionsbudget wurde um CHF 1,2 Mio. auf CHF 24,7 Mio. herabgesetzt. Der wichtigste Schwerpunkt des Budgets 2007/08 ist die weitere Stärkung der bestehenden Tätigkeitsbereiche. Neben der Fortführung der schon erwähnten Prioritäten des Budgets 2006/07 sind die beiden zusätzlichen Ziele der Bank für das Geschäftsjahr 2007/08:

- Stärkung der Rechnungslegung und des Controlling, hauptsächlich im Generalsekretariat sowie im Backoffice und in den Supportfunktionen der Bankabteilung. Dieses Projekt ergänzt die Verbesserungen, die in den letzten Jahren im Risikomanagement, in der internen Revision und in der Compliance der Bank vorgenommen wurden
- Planung besserer Einrichtungen und Vorkehrungen für die Fortführung der Geschäfte in einem Notfall, die im Geschäftsjahr 2008/09 an einem Standort in Europa, aber entfernt von Basel, umgesetzt werden soll

Vergütungspolitik

Die Stellen der BIZ-Personalmitglieder werden anhand einer Reihe objektiver Kriterien – z.B. der erforderlichen Qualifikationen und Erfahrung sowie der Verantwortlichkeiten – klar definierten Kategorien zugeordnet. Die Stellenkategorien sind mit Gehaltsbändern verknüpft. Die Gehaltsstruktur wird – unter Berücksichtigung von Besteuerungsunterschieden – regelmäßig den Gehaltsstrukturen in vergleichbaren Institutionen oder Marktsegmenten gegenübergestellt. Bei diesem Vergleich konzentriert sich die Bank auf die obere Hälfte der Marktbandbreite, um für hochqualifiziertes Personal attraktiv zu sein.

In den Jahren, in denen keine umfassende Gehaltserhebung stattfindet, wird die Gehaltsstruktur der Teuerung in der Schweiz und dem durchschnittlichen Anstieg der Reallöhne im Unternehmenssektor der wichtigsten Industrieländer angepasst. Im Juli 2006 wurde die Gehaltsstruktur um nominal 1,5% angehoben. Die Entwicklung des Gehalts der einzelnen Personalmitglieder in dem jeweiligen Gehaltsband richtet sich nach ihrer Leistung; diese wird regelmäßig beurteilt. 2006 wurde das Verfahren der Leistungsbeurteilung überarbeitet; im Februar 2007 wurde ein neues elektronisches System eingeführt.

Nicht schweizerische und vor ihrer Anstellung bei der Bank nicht am Ort ansässige Personalmitglieder (einschl. Management) haben Anspruch auf eine Auslandszulage. Diese beträgt derzeit – abhängig vom Familienstand – 14% bzw. 18% des Jahresgehalts bis zu einer bestimmten Höchstgrenze. Expatriierte Personalmitglieder haben außerdem Anspruch auf eine Ausbildungszulage.³ Darüber hinaus haben die Personalmitglieder über die BIZ Zugang zu einer beitragspflichtigen Kranken- und Unfallversicherung sowie zu einem Pensionsystem mit Leistungsprimat. Gehalt und Nebenleistungen von Personalmitgliedern, die vom Hauptsitz zu den Repräsentanzen oder umgekehrt bzw. von einer Repräsentanz zu einer anderen entsandt werden, werden gemäß der Politik der Bank für internationale Entsendungen festgelegt.

Anfang 2005 wurde beschlossen, die Gehälter der Mitglieder der obersten Führungsebene regelmäßig denjenigen in vergleichbaren Institutionen gegen-

³ Bestimmte Personalmitglieder, die bereits vor 1997 bei der Bank angestellt waren, erhalten eine Auslandszulage von 25%, haben jedoch keinen Anspruch auf Ausbildungszulagen.

überzustellen und gegebenenfalls anzupassen. In den Jahren zwischen solchen Vergleichen werden ihre Gehälter der Teuerung in der Schweiz angepasst. Per 1. Juli 2006 entsprach für die nachstehenden Mitglieder der Geschäftsleitung die jährliche Vergütung vor Auslandszulagen der folgenden Gehaltsstruktur:

- Generaldirektor⁴ CHF 726 990
- Stellvertretender Generaldirektor CHF 615 140
- Abteilungsleiter CHF 559 220

Die Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der ordentlichen Generalversammlung genehmigt und alle drei Jahre angepasst. Per 1. April 2007 beträgt die feste jährliche Vergütung für den Verwaltungsrat insgesamt CHF 992 760. Darüber hinaus erhält jedes Mitglied ein Sitzungsgeld für jede Verwaltungsratssitzung, an der es teilnimmt. Wenn sämtliche Mitglieder an allen Sitzungen teilnehmen, beläuft sich die jährliche Gesamtsumme der Sitzungsgelder auf CHF 921 120.

Der Reingewinn und seine Verwendung

Reingewinn

Der Reingewinn für das 77. Geschäftsjahr, 2006/07, betrug SZR 639,4 Mio., verglichen mit SZR 599,2 Mio. im Vorjahr.

Geschäftsertrag insgesamt

Der Geschäftsertrag insgesamt belief sich im Geschäftsjahr 2006/07 auf SZR 682,3 Mio., verglichen mit SZR 573,4 Mio. im Vorjahr. Drei Hauptfaktoren waren für diese Entwicklung maßgebend:

- Die Zinserträge aus Anlagepapieren profitierten von steigenden Renditen und, in geringerem Maße, vom Wachstum des in Währungen gehaltenen Eigenkapitals der Bank; dieses erhöhte sich infolge von einbehaltenen Gewinnen und Goldverkäufen
- Der Nettoertrag aus dem Einlagengeschäft der Bank profitierte vom anhaltenden Zufluss von Kundeneinlagen, der einen Rückgang der Margen bei den Fremdmitteln mehr als wettmachte
- Im Geschäftsjahr 2006/07 kam es zu einem kleinen Devisengewinn von SZR 0,9 Mio. Dies ist dem Devisenverlust des Geschäftsjahres 2005/06 von SZR 25,2 Mio. gegenüberzustellen, der hauptsächlich den Auswirkungen des steigenden Goldpreises auf den Marktwert von Terminkontrakten über den Verkauf von eigenen Goldbeständen zuzuschreiben gewesen war

Geschäftsaufwand

Der Geschäftsaufwand (Anmerkung 28 zum Jahresabschluss) belief sich auf SZR 149,8 Mio., 2,0% mehr als im Vorjahr (SZR 146,9 Mio.). Die Verwaltungskosten vor Abschreibungen betragen SZR 137,7 Mio., 3,1% mehr als im

⁴ Der Generaldirektor erhält zusätzlich zum Grundgehalt eine jährliche Repräsentationszulage und hat erhöhte Pensionsansprüche.

Vorjahr (SZR 133,6 Mio.). Der Abschreibungsaufwand sank von SZR 13,3 Mio. auf SZR 12,1 Mio.

Operativer Gewinn und sonstige Gewinnposten

Der operative Gewinn der Bank, der den Gewinn aus ihrem laufenden Geschäft widerspiegelt, betrug SZR 532,5 Mio. Verglichen mit SZR 426,5 Mio. im Geschäftsjahr 2005/06 entspricht dies einem Zuwachs von 24,9%.

Ein Nettoverlust von SZR 27,0 Mio. wurde im Geschäftsjahr mit der Veräußerung von Anlagepapieren verzeichnet. Dahinter standen eine Anpassung des Anlageportfolios der Bank an seine zugrundeliegende Benchmark und der Verkauf von Wertpapieren, die in einem Umfeld tieferer Zinsen erworben worden waren. Im Geschäftsjahr 2005/06 war mit der Veräußerung von Anlagepapieren ein Gewinn von SZR 58,2 Mio. erzielt worden.

Im Geschäftsjahr 2006/07 veräußerte die Bank 15 Tonnen ihrer eigenen Goldanlageaktiva (165 Tonnen am 31. März 2006) und realisierte damit einen Gewinn von SZR 133,9 Mio. Im Geschäftsjahr 2005/06 war mit der Veräußerung von ebenfalls 15 Tonnen eigenen Goldes ein tieferer Gewinn, nämlich SZR 114,5 Mio., erzielt worden.

Dividendenpolitik

Während des Geschäftsjahres 2005/06 überprüfte der Verwaltungsrat die Dividendenpolitik der BIZ. Dabei berücksichtigte er den Eigenkapitalbedarf der Bank sowie das Anliegen der BIZ-Aktionäre, eine angemessene und tragfähige Rendite ihrer Anlagen in BIZ-Aktien zu erzielen. Der Verwaltungsrat kam zu dem Schluss, dass die Praxis, die Dividende jedes Jahr um SZR 10 anzuheben, nach wie vor insgesamt mit diesen Faktoren im Einklang steht. Daraus ergab sich eine Erhöhung der Dividende von SZR 235 je Aktie im Geschäftsjahr 2004/05 auf SZR 245 im Geschäftsjahr 2005/06. Der Verwaltungsrat beschloss außerdem, die Dividendenpolitik künftig alle zwei bis drei Jahre zu überprüfen und veränderte Umstände gegebenenfalls zu berücksichtigen.

Der Verwaltungsrat schlägt vor, die Dividende für 2006/07 erneut um SZR 10 auf SZR 255 je Aktie zu erhöhen. Die nächste Überprüfung der Höhe der Dividende durch den Verwaltungsrat wird im Geschäftsjahr 2007/08 stattfinden.

Vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns

Gestützt auf Artikel 51 der Statuten empfiehlt der Verwaltungsrat der Generalversammlung, den Reingewinn von SZR 639,4 Mio. für das Geschäftsjahr 2006/07 wie folgt zu verwenden:

1. SZR 139,3 Mio. zur Zahlung einer Dividende von SZR 255 je Aktie
2. SZR 50,0 Mio. zur Erhöhung des Allgemeinen Reservefonds⁵

⁵ Der Allgemeine Reservefonds betrug am 31. März 2006 das Vierfache des eingezahlten Kapitals der Bank. Gemäß Artikel 51 der Statuten müssen 10% des Gewinns nach Zahlung der Dividende diesem Fonds zugewiesen werden, bis er das Fünffache des eingezahlten Kapitals erreicht hat.

3. SZR 6,0 Mio. zur Erhöhung des Besonderen Dividenden-Reservefonds
4. SZR 444,1 Mio., den verbleibenden Betrag des verfügbaren Reingewinns, zur Erhöhung des Freien Reservefonds. Dieser Fonds kann vom Verwaltungsrat für jeden statutengemäßen Zweck herangezogen werden

Wird dies von der Generalversammlung genehmigt, wird die Dividende am 2. Juli 2007 entsprechend den Weisungen der einzelnen Aktionäre in einer beliebigen Währung des SZR-Korbs oder in Schweizer Franken an die Aktionäre ausgezahlt, die am 31. März 2007 im Aktienregister der Bank eingetragen waren. Die vorgeschlagene Dividende von SZR 255 je Aktie für das Geschäftsjahr 2006/07 entspricht einem Anstieg von 4,1% gegenüber der Vorjahresdividende.

Die volle Dividende wird für 546 125 Aktien gezahlt. Insgesamt sind 547 125 Aktien ausgegeben und eingezahlt. Am 31. März 2007 wurden davon 1 000 als eigene Aktien gehalten, nämlich die suspendierten Aktien der albanischen Ausgabe. Auf diese eigenen Aktien wird keine Dividende gezahlt.

Bericht der Buchprüfer

Der Jahresabschluss wurde von der Deloitte AG ordnungsgemäß geprüft; diese hat bestätigt, dass er für das am 31. März 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt. Der Bericht der Buchprüfer folgt unmittelbar auf den Jahresabschluss.

Verwaltungsrat

Jean-Pierre Roth, Zürich
Vorsitzender des Verwaltungsrats

Hans Tietmeyer, Frankfurt am Main
Stellvertretender Vorsitzender

Ben S. Bernanke, Washington
David Dodge, Ottawa
Mario Draghi, Rom
Toshihiko Fukui, Tokio
Timothy F. Geithner, New York
Lord George, London
Stefan Ingves, Stockholm
Mervyn King, London
Christian Noyer, Paris
Guillermo Ortiz, Mexiko-Stadt
Guy Quaden, Brüssel
Fabrizio Saccomanni, Rom
Jean-Claude Trichet, Frankfurt am Main
Alfons Vicomte Verplaetse, Brüssel
Axel A. Weber, Frankfurt am Main
Nout H.E.M. Wellink, Amsterdam
Zhou Xiaochuan, Beijing

Stellvertreter

Giovanni Carosio oder Ignazio Visco, Rom
Donald L. Kohn oder Karen H. Johnson, Washington
Peter Praet oder Jan Smets, Brüssel
Hermann Remsperger oder Wolfgang Mörke, Frankfurt am Main
Marc-Olivier Strauss-Kahn oder Michel Cardona, Paris
Paul Tucker oder Paul Fisher, London

Verwaltungsratskomitees

Konsultativkomitee
Revisionskomitee

unter dem Vorsitz von Hans Tietmeyer

Oberste Führungsebene

Malcolm D. Knight	Generaldirektor
Hervé Hannoun	Stellvertretender Generaldirektor
Peter Dittus	Generalsekretär, Leiter des Generalsekretariats
William R. White	Volkswirtschaftlicher Berater, Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Günter Pleines	Leiter der Bankabteilung
Daniel Lefort	Direktor des Rechtsdienstes
Már Gudmundsson	Stellvertretender Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Jim Etherington	Stellvertretender Generalsekretär
Louis de Montpellier	Stellvertretender Leiter der Bankabteilung
Josef Tošovský	Vorsitzender, Institut für Finanzstabilität

Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene

Wie weiter oben erwähnt, wählte der Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom Juni 2006 drei neue Mitglieder für eine Amtszeit von 3 Jahren, beginnend am 1. Juli 2006: Guillermo Ortiz, Gouverneur des Banco de México, Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, und Zhou Xiaochuan, Gouverneur der People's Bank of China.

In derselben Sitzung wurde Nout Wellink, Präsident der De Nederlandsche Bank, für eine weitere Amtszeit von 3 Jahren bis zum 30. Juni 2009 als Verwaltungsratsmitglied bestätigt.

In der Sitzung vom September 2006 wurden David Dodge, Gouverneur der Bank of Canada, und Toshihiko Fukui, Gouverneur der Bank of Japan, für eine weitere Amtszeit von 3 Jahren bis zum 12. September 2009 als Verwaltungsratsmitglieder wiedergewählt.

Am 20. Juli 2006 erneuerte Ben Bernanke, Vorsitzender des Board of Governors des Federal Reserve System, das Mandat von Timothy Geithner, Präsident der Federal Reserve Bank of New York, als Mitglied des Verwaltungsrats für 3 Jahre bis zum 12. September 2009.

Im November 2006 trat Pierluigi Ciocca von seinem Amt als Stellvertretender Generaldirektor der Banca d'Italia zurück und schied aus dem

Verwaltungsrat aus. Am 7. November 2006 berief Mario Draghi, Gouverneur der Banca d'Italia, Fabrizio Saccomanni, Generaldirektor der Banca d'Italia, als Nachfolger von Pierluigi Ciocca für den Rest von dessen Amtsdauer, d.h. bis zum 22. Dezember 2008, in den Verwaltungsrat. Jean-Pierre Landau, Zweiter Stellvertretender Gouverneur der Banque de France, schied am Ende seiner Amtsdauer, am 27. November 2006, aus dem Verwaltungsrat aus.

In der Sitzung des Verwaltungsrats vom März 2007 wurde Jean-Pierre Roth, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, für eine weitere Amtszeit von 3 Jahren bis zum 31. März 2010 als Mitglied des Verwaltungsrats bestätigt. Der guten Ordnung halber wurde die Amtszeit, für die Jean-Pierre Roth zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats gewählt worden war, d.h. vom 1. März 2006 bis zum 28. Februar 2009, in derselben Sitzung bestätigt.

Axel Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank, ernannte mit Wirkung vom Juni 2006 Hermann Remsperger anstelle von Jürgen Stark zu seinem ersten Stellvertreter. Ben Bernanke, Vorsitzender des Board of Governors des Federal Reserve System, ernannte mit Wirkung vom Juli 2006 Donald Kohn anstelle von Roger Ferguson zu seinem ersten Stellvertreter.

In der obersten Führungsebene der BIZ gab es keine Änderungen.

Mitgliedszentralbanken der BIZ⁶

Banque d'Algérie	Lietuvos Bankas (Litauen)
Banco Central de la República Argentina	Bank Negara Malaysia
Reserve Bank of Australia	Narodna Banka na Republika Makedonija
Banque Nationale de Belgique	Banco de México
Centralna banka Bosne i Hercegovine	De Nederlandsche Bank
Banco Central do Brasil	Reserve Bank of New Zealand
Bulgarian National Bank	Norges Bank (Norwegen)
Banco Central de Chile	Oesterreichische Nationalbank
People's Bank of China	Bangko Sentral ng Pilipinas (Philippinen)
Danmarks Nationalbank	Narodowy Bank Polski (Polen)
Deutsche Bundesbank	Banco de Portugal
Eesti Pank (Estland)	Banca Natională a României (Rumänien)
Europäische Zentralbank	Central Bank of the Russian Federation (Russland)
Suomen Pankki (Finnland)	Saudi Arabian Monetary Agency
Banque de France	Sveriges Riksbank (Schweden)
Bank of Greece (Griechenland)	Schweizerische Nationalbank
Hong Kong Monetary Authority	Monetary Authority of Singapore
Reserve Bank of India	Národná Banka Slovenska (Slowakei)
Bank Indonesia	Banka Slovenije (Slowenien)
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	Banco de España
Sedlabanki Islands	South African Reserve Bank (Südafrika)
Bank of Israel	Bank of Thailand
Banca d'Italia	Ceská národní banka (Tschechische Republik)
Bank of Japan	Türkiye Cumhuriyet Merkez Bankasi
Bank of Canada	Magyar Nemzeti Bank (Ungarn)
Bank of Korea	Board of Governors of the Federal Reserve System (USA)
Hrvatska narodna banka (Kroatien)	Bank of England
Latvijas Banka (Lettland)	

⁶ Gemäß Artikel 15 der Statuten können sich nur Zentralbanken am Kapital der Bank beteiligen. Die Rechtslage der jugoslawischen Ausgabe des Aktienkapitals der BIZ wird derzeit überprüft, nachdem die Bundesrepublik Jugoslawien durch die Verfassungsänderungen vom Februar 2003 in die Union Serbien und Montenegro mit zwei getrennten Zentralbanken umgewandelt wurde und die Republik Montenegro im Mai 2006 ihre Unabhängigkeit von der Union erklärt hat.

Jahresabschluss

vom 31. März 2007

Der Jahresabschluss für das am 31. März 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr auf den Seiten 218 bis 250 wurde am 7. Mai 2007 verabschiedet. Er wird in einer Form vorgelegt, die gemäß Artikel 49 der Statuten der Bank vom Verwaltungsrat vorgegeben wurde, und steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Aktionäre bei der ordentlichen Generalversammlung vom 24. Juni 2007.

Der Jahresabschluss einschließlich der dazugehörigen Anmerkungen wurde in englischer Sprache erstellt. In Zweifelsfällen wird auf die englische Fassung verwiesen.

Jean-Pierre Roth
Vorsitzender

Malcolm D. Knight
Generaldirektor

Bilanz

vom 31. März 2007

Mio. SZR	Anmerkung	2007	2006
Aktiva			
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	5	92,4	33,0
Gold und Goldeinlagen	6	15 457,6	11 348,0
Schatzwechsel	7	43 159,3	47 311,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	7	61 193,5	19 519,2
Terminguthaben und Kredite an Banken	8	91 266,0	87 898,5
Staats- und andere Wertpapiere	7	52 244,0	44 436,4
Derivative Finanzinstrumente	9	1 850,8	1 956,0
Kurzfristige Forderungen	10	5 473,6	7 444,7
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	11	188,0	188,4
Aktiva insgesamt		270 925,2	220 136,1
Passiva			
Währungseinlagen	12	221 790,1	185 991,5
Goldeinlagen	13	13 134,9	9 235,6
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	14	1 062,5	1 222,4
Derivative Finanzinstrumente	9	2 816,2	2 674,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten	15	19 584,1	9 251,3
Sonstige Verbindlichkeiten	16	373,8	169,4
Passiva insgesamt		258 761,6	208 545,1
Eigenkapital			
Aktienkapital	17	683,9	683,9
Statutarische Reserven	18	9 538,5	9 071,7
Gewinn- und Verlustrechnung		639,4	599,2
Abzüglich: Eigene Aktien	20	(1,7)	(1,7)
Sonstige Eigenkapitalposten	21	1 303,5	1 237,9
Eigenkapital insgesamt		12 163,6	11 591,0
Passiva und Eigenkapital insgesamt		270 925,2	220 136,1

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. März 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr

Mio. SZR	Anmerkung	2007	2006
Zinsertrag	23	8 858,0	6 239,1
Zinsaufwand	24	(8 241,2)	(5 569,1)
Bewertungsänderungen netto	25	63,3	(74,1)
Nettozinsertrag		680,1	595,9
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	26	1,3	2,7
Nettodevisengewinn/(-verlust)	27	0,9	(25,2)
Geschäftsertrag insgesamt		682,3	573,4
Geschäftsaufwand	28	(149,8)	(146,9)
Operativer Gewinn		532,5	426,5
Netto(verlust)/-gewinn aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	29	(27,0)	58,2
Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva	30	133,9	114,5
Reingewinn für das Geschäftsjahr		639,4	599,2
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (SZR je Aktie)	31	1 170,8	1 108,5

Mittelflussrechnung

für das am 31. März 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr

Mio. SZR	Anmerkung	2007	2006
Mittelfluss aus/(eingesetzt in) der operativen Tätigkeit			
Operativer Gewinn		532,5	426,5
Nicht zahlungswirksame Positionen im operativen Gewinn			
Abschreibungen auf Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	11	12,0	13,3
Nettoveränderung der operativen Aktiva und Passiva			
Ergebniswirksame Währungseinlagen (Passiva)		36 225,6	23 216,8
Bankgeschäftsaktiva in Währungen		(39 242,3)	(30 719,4)
Sicht- und Kündigungseinlagekonten (Passiva)		2 106,3	8 515,2
Goldeinlagen (Passiva)		3 899,3	2 124,8
Gold und Goldeinlagen – Bankgeschäftsaktiva		(4 063,0)	(2 118,0)
Kurzfristige Forderungen		(15,8)	0,3
Sonstige Passiva/kurzfristige Verbindlichkeiten		205,6	19,6
Derivative Finanzinstrumente netto		246,4	(533,7)
Nettomittelfluss aus/(eingesetzt in) der operativen Tätigkeit		(93,4)	945,4
Mittelfluss aus/(eingesetzt in) der Anlagetätigkeit			
Nettoveränderung der zur Veräußerung verfügbaren Anlageaktiva in Währungen	7B	105,5	(1 676,9)
Nettoveränderung der ergebniswirksamen Anlageaktiva in Währungen		(548,9)	–
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere		(159,9)	63,0
Nettoveränderung der Goldanlageaktiva	6B	208,4	187,9
Nettokäufe von Grundstücken, Gebäuden und Geschäftsausstattung	11	(11,6)	(12,6)
Nettomittelfluss aus/(eingesetzt in) der Anlagetätigkeit		(406,5)	(1 438,6)
Mittelfluss aus/(eingesetzt in) der Finanzierungstätigkeit			
Gezahlte Dividenden		(132,4)	(114,4)
Wiederveräußerung eigener Aktien		–	468,2
Im Jahr 2001 zurückgenommene Aktien – Zahlungen an ehemalige Aktionäre	16	(1,3)	(1,5)
Nettomittelfluss aus/(eingesetzt in) der Finanzierungstätigkeit		(133,7)	352,3
Nettomittelfluss insgesamt		(633,6)	(140,9)
Nettoeffekte von Wechselkursveränderungen auf Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			
		(85,8)	108,0
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			
		(547,8)	(248,9)
Nettozunahme/(-abnahme) der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		(633,6)	(140,9)
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn des Geschäftsjahres		2 864,6	3 005,5
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende des Geschäftsjahres		2 231,0	2 864,6

Vorgeschlagene Gewinnverwendung

für das am 31. März 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2007
Reingewinn für das Geschäftsjahr		639,4
Zuweisung an den Gesetzlichen Reservefonds	18	–
Vorgeschlagene Dividende		
SZR 255 je Aktie für 546 125 Aktien		139,3
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven		
Allgemeiner Reservefonds	18	50,0
Besonderer Dividenden-Reservefonds	18	6,0
Freier Reservefonds	18	444,1
Saldo nach Zuweisungen an die Reserven		–

Die vorgeschlagene Gewinnverwendung entspricht Artikel 51 der Statuten der Bank.

Veränderungen der statutarischen Reserven der Bank

für das am 31. März 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung					2007
		Gesetzlicher Reservefonds	Allgemeiner Reservefonds	Besonderer Dividenden-Reservefonds	Freier Reservefonds	Statutarische Reserven insgesamt
Stand am 31. März 2006		68,3	2 913,1	136,0	5 954,3	9 071,7
Verwendung des Gewinns 2005/06	18	–	46,7	6,0	414,1	466,8
Stand am 31. März 2007 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	2 959,8	142,0	6 368,4	9 538,5
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven	18	–	50,0	6,0	444,1	500,1
Stand am 31. März 2007 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	3 009,8	148,0	6 812,5	10 038,6

Veränderungen des Eigenkapitals der Bank

für das am 31. März 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	Aktien- kapital	Statuta- rische Reserven	Gewinn und Verlust	Eigene Aktien	Sonstige Eigen- kapital- posten	Eigen- kapital insgesamt
Eigenkapital am 31. März 2005		683,9	8 743,2	370,9	(396,2)	851,5	10 253,3
Ertrag							
Reingewinn 2005/06		–	–	599,2	–	–	599,2
Bewertungsänderungen bei Goldanlageaktiva netto	21B	–	–	–	–	582,9	582,9
Bewertungsänderungen bei zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren netto	21A	–	–	–	–	(196,5)	(196,5)
Erfasster Ertrag insgesamt		–	–	599,2	–	386,4	985,6
Zahlung der Dividende 2004/05		–	–	(114,4)	–	–	(114,4)
Verwendung des Gewinns 2004/05		–	256,5	(256,5)	–	–	–
Wiederveräußerung eigener Aktien	20	–	72,0	–	396,2	–	468,2
Umbuchung eines Kredits an ein Konsortium von Zentralbanken	20	–	–	–	(1,7)	–	(1,7)
Eigenkapital am 31. März 2006		683,9	9 071,7	599,2	(1,7)	1 237,9	11 591,0
Ertrag							
Reingewinn 2006/07		–	–	639,4	–	–	639,4
Bewertungsänderungen bei Goldanlageaktiva netto	21B	–	–	–	–	41,8	41,8
Bewertungsänderungen bei zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren netto	21A	–	–	–	–	23,8	23,8
Erfasster Ertrag insgesamt		–	–	639,4	–	65,6	705,0
Zahlung der Dividende 2005/06		–	–	(132,4)	–	–	(132,4)
Verwendung des Gewinns 2005/06		–	466,8	(466,8)	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2007 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung		683,9	9 538,5	639,4	(1,7)	1 303,5	12 163,6
Vorgeschlagene Dividende		–	–	(139,3)	–	–	(139,3)
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven		–	500,1	(500,1)	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2007 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung		683,9	10 038,6	–	(1,7)	1 303,5	12 024,3

Per 31. März 2007 sind in den statutarischen Reserven Aktienagios in Höhe von SZR 811,7 Mio. enthalten (31. März 2006: SZR 811,7 Mio.).

Anmerkungen zum Jahresabschluss

1. Einleitung

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, „die Bank“) ist eine internationale Finanzorganisation, die entsprechend dem Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 sowie ihrem Grundgesetz und ihren Statuten gegründet wurde. Sie hat ihren Sitz am Centralbahnplatz 2, 4002 Basel, Schweiz. Die Bank unterhält je eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China (für den Asien-Pazifik-Raum) und in Mexiko-Stadt, Mexiko (für den amerikanischen Kontinent).

Gemäß Artikel 3 der Statuten sind die Aufgaben der BIZ, die Zusammenarbeit unter den Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Derzeit sind 55 Zentralbanken Mitglieder der Bank. Die Vertretungs- und Stimmrechte bei der Generalversammlung werden im Verhältnis zu der Anzahl der im jeweiligen Land begebenen BIZ-Aktien ausgeübt. Dem Verwaltungsrat der Bank gehören die Präsidenten der Gründerzentralbanken der BIZ an, d.h. derjenigen von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, den USA und dem Vereinigten Königreich, die ihrerseits je ein weiteres Verwaltungsratsmitglied berufen, die Präsidenten der Zentralbanken von China, Japan, Kanada, Mexiko, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz sowie der Präsident der Europäischen Zentralbank.

Der vorliegende Jahresabschluss enthält auch die nach Artikel 49 der Statuten der Bank erforderliche Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

2. Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die nachfolgend dargelegten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gelten, wenn nicht anders angegeben, für beide dargestellten Geschäftsjahre.

A. Umfang des Jahresabschlusses

Dieser Jahresabschluss enthält sämtliche Aktiva und Passiva, die von der Bank kontrolliert werden und bei denen der wirtschaftliche Nutzen sowie Rechte und Pflichten überwiegend bei der Bank liegen.

Aktiva und Passiva im Namen der Bank, die von ihr jedoch nicht kontrolliert werden, sind in diesem Jahresabschluss nicht berücksichtigt. Angaben zu außerbilanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten finden sich in Anmerkung 35.

B. Funktional- und Darstellungswährung

Die Funktional- und Darstellungswährung der Bank ist das Sonderziehungsrecht (SZR), wie es vom Internationalen Währungsfonds (IWF) definiert wird.

Das SZR wird anhand eines Korbs der wichtigsten handelbaren Währungen berechnet; ihm liegt die Regel O-1 zugrunde, wie sie vom Exekutivrat des IWF am 30. Dezem-

ber 2005 verabschiedet wurde und am 1. Januar 2006 in Kraft trat. Nach derzeitiger Berechnung entspricht 1 SZR der Summe von USD 0,632, EUR 0,410, JPY 18,4 und GBP 0,0903. Vor dem 1. Januar 2006 entsprach 1 SZR der Summe von USD 0,577, EUR 0,426, JPY 21 und GBP 0,0984. Der Wert des SZR per 31. Dezember 2005 war nach dem alten und dem neuen Korb gleich; die geänderte Gewichtung der Währungen hatte keine nennenswerten Gewinne oder Verluste zur Folge. Der IWF überprüft die Zusammensetzung dieses Währungskorbs alle fünf Jahre, das nächste Mal im Dezember 2010.

Sämtliche im vorliegenden Jahresabschluss enthaltenen Zahlen beziehen sich auf Mio. SZR, sofern nicht anders angegeben.

C. Währungsumrechnung

Monetäre Aktiva und Passiva werden zum Wechselkurs des Bilanzstichtags in SZR umgerechnet. Andere Aktiva und Passiva werden zum Wechselkurs des Transaktionstags in SZR umgerechnet. Gewinne und Verluste werden zu einem Durchschnittskurs in SZR umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen infolge der wiederholten Umrechnung von monetären Aktiva und Passiva sowie infolge der Abwicklung von Transaktionen werden als Nettodevisengewinne bzw. -verluste in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

D. Klassifizierung von Finanzinstrumenten

Jedes Finanzinstrument wird, wenn es zum ersten Mal ausgewiesen wird, einer der folgenden Kategorien zugeordnet:

- Kredite und Forderungen
- Ergebniswirksam
- Zur Veräußerung verfügbar

Die Zuordnung hängt von Art und Zweck des Finanzinstruments ab, wie in Abschnitt E unten beschrieben.

Die jeweilige Klassifizierung des Finanzinstruments bestimmt die Bilanzierungsart, wie nachstehend beschrieben. Bei Finanzinstrumenten, die als „ergebniswirksam“ klassifiziert werden, ändert die Bank diese Zuordnung später nicht mehr.

E. Struktur der Aktiva und Passiva

Aktiva und Passiva sind in zwei Portfoliogruppen organisiert:

1. Bankgeschäftsportfolios

Diese umfassen Währungs- und Goldeinlagen (Passiva) sowie damit verbundene Bankgeschäftsaktiva und Derivate.

Die Bank tätigt im Auftrag von Zentralbankkunden Bankgeschäfte in Devisen und Gold. In diesen Geschäften geht die Bank ein begrenztes Goldpreis-, Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiko ein.

Die Bank klassifiziert alle Finanzinstrumente in Währungen in den Bankgeschäftsportfolios (außer Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken, Kündigungskonten sowie Sicht-

und Kündigungseinlagekonten auf der Passivseite) als „ergebniswirksam“. Die Verwendung von Fair Values in den Währungsbankgeschäftsportfolios wird in Abschnitt I unten beschrieben.

Alle Finanzinstrumente in Gold in diesen Portfolios werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert.

2. Anlageportfolios

Diese umfassen Aktiva, Passiva und Derivate, die vorwiegend mit als Eigenkapital definierten Anlagen zusammenhängen.

Die Bank hält ihr Eigenkapital größtenteils in Finanzinstrumenten, die auf die Währungen des SZR-Korbs lauten. Sie werden unter Verwendung einer Anleihebenchmark mit fester Duration verwaltet.

Die betreffenden Währungsaktiva (außer Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken sowie Kündigungskonten) werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert. Damit verbundene mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert.

Darüber hinaus hält die Bank einen Teil ihres Eigenkapitals in aktiver verwalteten Portfolios. Die Währungsaktiva in diesen Portfolios sind Handelsbestände, und sie werden daher als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Der Rest wird in Gold gehalten. Die eigenen Goldbestände der Bank werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert.

F. Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken

Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich etwaiger aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

G. Kündigungskonten

Kündigungskonten sind kurzfristige monetäre Aktiva. Sie haben meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen und sind im Bilanzposten „Terminguthaben und Kredite an Banken“ enthalten.

Wegen ihres kurzfristigen Charakters werden diese Finanzinstrumente als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert. Sie werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Die Zinsen sind periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsertrag“ verbucht.

H. Sicht- und Kündigungseinlagekonten (Passiva)

Sicht- und Kündigungseinlagekonten sind kurzfristige monetäre Passiva. Sie haben meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen und sind im Bilanzposten „Währungseinlagen“ enthalten.

Wegen ihres kurzfristigen Charakters werden diese Finanzinstrumente als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert. Sie werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Die Zinsen sind periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsaufwand“ verbucht.

I. Verwendung von Fair Values in den Währungsbankgeschäftsportfolios

In ihren Bankgeschäften mit Währungen tritt die Bank für bestimmte Währungseinlageinstrumente als Marktmacher

auf. Aus diesem Grund realisiert sie auf diesen Passiva Gewinne oder Verluste.

Entsprechend den Risikomanagementgrundsätzen der Bank wird das mit diesen Geschäften verbundene Marktrisiko insgesamt auf Basis des Fair Value gesteuert, d.h. alle einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate werden in den Währungsbankgeschäftsportfolios zusammengefasst. Die realisierten und unrealisierten Gewinne bzw. Verluste aus Währungseinlagen der Passivseite werden somit weitgehend durch realisierte und unrealisierte Verluste bzw. Gewinne aus den damit verbundenen Währungsaktiva und Derivaten oder aus anderen Währungseinlagen auf der Passivseite ausgeglichen.

Um die Bilanzierungsunstimmigkeiten zu vermindern, die entstehen würden, wenn realisierte und unrealisierte Gewinne bzw. Verluste auf unterschiedlicher Basis ausgewiesen würden, klassifiziert die Bank die einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate in den Währungsbankgeschäftsportfolios als ergebniswirksame Instrumente.

J. Ergebniswirksame Währungseinlagen (Passiva)

Wie oben beschrieben werden alle Währungseinlagen auf der Passivseite mit Ausnahme der Sicht- und Kündigungseinlagekonten als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Diese Währungseinlagen werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden zahlbaren Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden unter „Zinsaufwand“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungseinlagen neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

K. Ergebniswirksame Währungsaktiva

Die Währungsaktiva umfassen Schatzwechsel, mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere, Terminguthaben und Kredite an Banken sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Wie oben beschrieben klassifiziert die Bank alle einschlägigen Aktiva in ihren Währungsbankgeschäftsportfolios als „ergebniswirksam“. Darüber hinaus hält die Bank bestimmte aktiv verwaltete Anlageportfolios. Die Währungsaktiva in diesen Portfolios sind Handelsbestände, und sie werden daher als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Diese Währungsaktiva werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungsaktiva neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

L. Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva

Die Währungsaktiva umfassen Schatzwechsel, mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere, Termingut-

haben und Kredite an Banken sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Wie oben beschrieben klassifiziert die Bank alle einschlägigen Aktiva in ihren Währungsanlageportfolios als „zur Veräußerung verfügbar“, mit Ausnahme der Aktiva, die in den aktiver verwalteten Anlageportfolios der Bank gehalten werden.

Diese Währungsaktiva werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungsaktiva neu zum Fair Value bewertet; unrealisierte Gewinne bzw. Verluste werden auf dem Wertpapierbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist. Bei der Veräußerung realisierte Gewinne werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettogewinn aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren“ verbucht.

M. Short-Positionen in Währungsaktiva

Short-Positionen in Währungsaktiva sind im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ auf Basis des Handelsdatums zum Marktwert enthalten.

N. Gold

„Gold“ sind Goldbarren, die auf Sichtkonten gehalten werden. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen.

Gold ist zum Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet). Käufe und Verkäufe von Gold werden auf Basis des Abwicklungsdatums bilanziert. Terminkäufe und -verkäufe von Gold werden bis zum Abwicklungsdatum als Derivate behandelt.

Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Abschnitt Q unten beschrieben.

O. Goldeinlagen (Aktiva)

Goldeinlagen auf der Aktivseite umfassen befristete Golddarlehen an Geschäftsbanken. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen.

Diese Goldeinlagen werden auf Basis des Handelsdatums zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

Die Zinsen auf Goldeinlagen sind periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsertrag“ verbucht. Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Abschnitt Q unten beschrieben.

P. Goldeinlagen (Passiva)

Goldeinlagen auf der Passivseite umfassen Gold-Sicht- und Termineinlagen von Zentralbanken. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen, und die Goldeinlagen auf der Passivseite werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert.

Diese Goldeinlagen werden auf Basis des Handelsdatums zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

Die Zinsen auf Goldeinlagen sind periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsaufwand“ verbucht. Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Abschnitt Q unten beschrieben.

Q. Realisierte und unrealisierte Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften

Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften hängt von ihrer Klassifizierung ab:

1. Bankgeschäftsportfolios mit Goldeinlagen auf der Passivseite und damit verbundenen Gold-Bankgeschäftsaktiva

Die Bank klassifiziert alle Finanzinstrumente in Gold in ihren Bankgeschäftsportfolios als „Kredite und Forderungen“.

Der Nettogewinn bzw. -verlust aus diesen Goldtransaktionen wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettodevisengewinn/(-verlust)“ verbucht.

Der Nettogewinn bzw. -verlust aus der erneuten Umrechnung der Goldnettoposition in den Bankgeschäftsportfolios wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettodevisengewinn/(-verlust)“ verbucht.

2. Anlageportfolios mit Goldanlageaktiva

Die eigenen Goldbestände der Bank werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert und verbucht.

Unrealisierte Gewinne bzw. Verluste der Goldanlageaktiva der Bank gegenüber der neu als Einstandswert erachteten Basis werden auf dem Goldbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist.

Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Funktional- und Darstellungswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt dieser neue Einstandswert rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Gewinne bzw. Verluste, die bei der Veräußerung von Goldanlageaktiva realisiert werden, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva“ verbucht.

R. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Soweit diese Passiva mit der Verwaltung von ergebniswirksamen Währungsaktiva zusammenhängen, werden sie als ergebniswirksame Finanzinstrumente klassifiziert. Sind sie mit zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva verbunden, werden sie als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert.

Sie werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen werden unter „Zinsaufwand“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die als „ergebniswirksam“ klassifizierten Instrumente neu zum Fair Value bewertet. Die dabei entstehenden unrealisierten Gewinne

bzw. Verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Bewertungsänderungen netto“ verbucht.

S. Derivate

Derivate werden entweder zur Steuerung des Marktrisikos der Bank oder für Handelszwecke eingesetzt. Sie werden als ergebniswirksame Finanzinstrumente klassifiziert.

Sie werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Derivate neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

Derivate werden bei für die Bank positivem Fair Value des Kontrakts auf der Aktivseite, bei für die Bank negativem Fair Value auf der Passivseite ausgewiesen.

T. Bewertungsgrundsätze

Wie in diesen Bewertungsgrundsätzen beschrieben weist die Bank ihre Finanzinstrumente in der Bilanz größtenteils zum Fair Value aus; Veränderungen des Fair Value fließen in der Regel in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Der Fair Value eines Finanzinstruments wird definiert als der Betrag, zu dem wohlinformierte, abschlussbereite Parteien es zu marktüblichen Bedingungen übernehmen könnten. Zentral bei diesem Bilanzierungsgrundsatz ist, wie die Bank den Fair Value von Finanzinstrumenten ermittelt.

Bei an aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten verwendet die Bank hierzu Marktnotierungen, die regelmäßig von Marktteilnehmern zur Verfügung gestellt werden, wie Marktpreise, oder Zinssätze und Volatilitäten, die als Inputfaktoren in allgemein üblichen Bewertungsmethoden verwendet werden. Existiert kein aktiver Markt oder sind verlässliche und regelmäßig notierte Preise aus anderen Gründen nicht verfügbar, bestimmt die Bank den Fair Value anhand von Finanzmodellen mit einer Analyse der abgezinsten Barmittelströme, die sich auf Schätzungen der künftigen Barmittelströme, Zinssätze und Wechselkurse und der künftigen Geschwindigkeit vorzeitiger Tilgungen sowie auf Kredit-, Liquiditäts- und Volatilitätsfaktoren stützt.

Obwohl die Bestimmung des Fair Value in einigen Fällen ein erhebliches Maß an Schätzungen, Annahmen und Ermessen erfordert, sind die in der Bilanz ausgewiesenen Fair Values und die in die Gewinn- und Verlustrechnung eingeflossenen Veränderungen dieser Werte nach Überzeugung der Bank angemessen und entsprechen der zugrundeliegenden wirtschaftlichen Lage.

U. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten

Bei den kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten handelt es sich vorwiegend um sehr kurzfristige Positionen im Zusammenhang mit der Abwicklung von Finanzgeschäften. Sie werden zum Einstandswert bilanziert.

V. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Die Kosten der Gebäude und der Geschäftsausstattung der

Bank werden kapitalisiert und linear über die geschätzte Nutzungsdauer dieser Aktiva wie folgt abgeschrieben:

Gebäude: 50 Jahre

Gebäudeeinrichtungen und -technik: 15 Jahre

Informationstechnologieausstattung: bis 4 Jahre

Sonstige Sachanlagen: 4–10 Jahre

Die Grundstücke der Bank werden nicht abgeschrieben. Die Bank überprüft Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung jährlich auf Wertminderungen. Ist der Buchwert eines Aktivums höher als der geschätzte Verwertungserlös, wird der Wert auf den geschätzten Verwertungserlös abgeschrieben.

W. Rückstellungen

Rückstellungen werden ausgewiesen, wenn die Bank eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung infolge von vor dem Bilanzstichtag eingetretenen Ereignissen hat, zu deren Erfüllung vermutlich ökonomische Ressourcen benötigt werden, sofern der Betrag der Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann. Die Höhe zu bildender Rückstellungen wird anhand von bestmöglichen Schätzungen und von Annahmen festgelegt.

X. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank führt drei Vorsorgeeinrichtungen: ein Pensionsystem für das Personal, einen Pensionsplan für die Verwaltungsratsmitglieder und eine Kranken- und Unfallversicherung für derzeitige und ehemalige Personalmitglieder. Alle Einrichtungen werden jährlich von unabhängigen Aktuarien neu bewertet.

Pensionssystem des Personals

Die Bank betreibt für ihr Personal ein leistungsorientiertes Pensionssystem, dessen Leistungen auf dem zuletzt bezogenen Gehalt basieren. Es beruht auf einem Fonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit, aus dem die Leistungen gezahlt werden. Die Aktiva des Fonds werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System angeschlossen sind. Die Bank trägt die letztliche Haftung für alle gemäß dem System geschuldeten Leistungen.

Die Verbindlichkeit aus dem Pensionssystem des Personals basiert auf dem Barwert der nach dem Leistungsprimat ermittelten Verpflichtung zum Bilanzstichtag, abzüglich des Fair Value des Fondsvermögens zum Bilanzstichtag sowie bereinigt um nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste und den nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand. Der Umfang dieser nach dem Leistungsprimat ermittelten Verpflichtung wird mithilfe der Anwartschaftsbarwertmethode berechnet, der Barwert anhand der geschätzten zukünftigen Mittelabflüsse. Die Mittelflüsse werden zu einem Satz abgezinst, den die Bank anhand der Markttrenditen von Schweizer-Franken-Unternehmensanleihen mit hohem Rating und mit ähnlichen Restlaufzeiten wie die entsprechende Verbindlichkeit bestimmt.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Betrag entspricht der Summe des laufenden Dienstzeitaufwands der im entsprechenden Jahr angefallenen Leistungen des Systems und der Verzinsung zum Diskontierungssatz der

Verpflichtung nach Leistungsprimat. Außerdem werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aufgrund von Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs während der Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder entsprechend dem nachstehend beschriebenen „Korridor“-Konzept in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht. Die entsprechende Verbindlichkeit ist im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthalten.

Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder

Die Bank unterhält für die Verwaltungsratsmitglieder einen Pensionsplan mit Leistungsprimat ohne Fondsvermögen. Die Berechnungsgrundlagen für die Verbindlichkeit, die Verpflichtung nach Leistungsprimat und den in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Betrag in Bezug auf den Pensionsplan des Verwaltungsrats sind ähnlich wie diejenigen für das Pensionssystem des Personals.

Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand

Die Bank unterhält für ihre Personalmitglieder im Ruhestand ein Kranken- und Unfallversicherungssystem ohne Fondsvermögen. Die Berechnungsgrundlagen für die Verbindlichkeit, die Leistungsverpflichtung und den in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Betrag in Bezug auf das Kranken- und Unfallversicherungssystem sind ähnlich wie diejenigen für das Pensionssystem des Personals.

„Korridor“-Konzept

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste entstehen durch Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs. Wenn die kumulierten nicht ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste die Leistungsverpflichtung oder das entsprechende Deckungsvermögen (je nachdem, welches höher ist) um mehr als 10% überschreiten, wird die über den Korridor von 10% hinausgehende Unterdeckung über die erwartete verbleibende Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder amortisiert.

Y. Mittelflussrechnung

Die Mittelflussrechnung der Bank wird mithilfe einer indirekten Methode erstellt. Sie beruht auf den Bewegungen in der Bilanz der Bank, bereinigt um Veränderungen bei den Finanzgeschäften vor Abwicklung.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken sowie Kündigungskonten; Letztere sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben.

3. Verwendung von Schätzungen

Beim Erstellen des Jahresabschlusses muss die Geschäftsleitung der Bank teilweise Schätzungen vornehmen, um zu den ausgewiesenen Beträgen der Aktiva und Passiva, der

Offenlegung von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag sowie den ausgewiesenen Beträgen von Aufwand und Ertrag im Geschäftsjahr zu gelangen. Sie stützt sich dabei auf verfügbare Informationen, ihr Urteilsvermögen und eigene Annahmen.

Urteilsvermögen ist sowohl bei der Festlegung als auch bei der Anwendung der Bilanzierungsgrundsätze der Bank erforderlich. Wie dieses Urteilsvermögen bei der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzt wird, ist für die Erstellung dieses Jahresabschlusses von wesentlicher Bedeutung.

Zu den Annahmen gehören zukunftsgerichtete Schätzungen, z.B. bei der Bewertung von Aktiva und Passiva sowie bei der Einschätzung der Vorsorgeverpflichtungen und der Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten.

Die späteren tatsächlichen Ergebnisse können erheblich von den Schätzungen abweichen.

4. Eigenkapital und Risikomanagement

A. Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist

Die Bank ist folgenden Risiken ausgesetzt:

Kreditrisiko – das Risiko eines finanziellen Verlusts, wenn eine Gegenpartei ihre Schulden nicht termingemäß bedient. Dies ist das größte Risiko, dem die Bank ausgesetzt ist.

Marktrisiko – das Risiko eines Rückgangs des Gesamtwerts von Aktiva und Passiva der Bank infolge von Veränderungen von Marktvariablen wie Zinssätzen, Wechselkursen und Goldpreisen.

Liquiditätsrisiko – das Risiko, Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit nicht erfüllen zu können, ohne inakzeptable Verluste zu erleiden.

Operationelles Risiko – das Risiko, dass der Bank durch Mitarbeiter, durch versagende oder unzulängliche Abläufe bzw. Systeme oder durch externe Ereignisse finanzielle Verluste und/oder Reputationsschäden entstehen.

B. Risikomanagement der Bank

Organisationsstruktur

Die Bank wird so geführt, dass sie ihre Aufgabe, Dienstleistungen für Zentralbanken zu erbringen, erfüllen kann und gleichzeitig eine angemessene Rendite erzielt, um ihre solide Eigenkapitalbasis zu halten.

Für ihr Risikomanagement hat die Bank ein unabhängiges Risikocontrolling mit regelmäßigen Risikoberichten an die zuständigen Managementausschüsse geschaffen. Risikomanagementverfahren und Risikopolitik der Bank sind in einem ausführlichen „Risk Manual“ dokumentiert, das regelmäßig aktualisiert wird.

Finanzwesen und Rechtsdienst ergänzen das Risikocontrolling. Das Finanzwesen hat die Aufgabe, die Finanzausweise der Bank zu erstellen und ihre Ausgaben durch Aufstellen und Überwachen des Jahresbudgets zu kontrollieren. Der Rechtsdienst gibt bei vielfältigen Fragen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Bank Rat und Unterstützung aus juristischer Perspektive.

Die Compliance-Stelle der Bank hat die Aufgabe, hinreichend sicherzustellen, dass die Tätigkeit der BIZ und

ihres Personals im Einklang steht mit anwendbaren Gesetzen und Verordnungen, den BIZ-Statuten, dem Verhaltenskodex der Bank, sonstigen internen Vorschriften und Grundsätzen sowie einschlägigen Best-Practice-Standards. Die Compliance-Stelle identifiziert und beurteilt Compliance-Risiken und sensibilisiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Compliance-Fragen. Sie übt ferner eine Überwachungs- und Berichts- sowie – in Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst – eine Beratungsfunktion aus.

Die Interne Revision überprüft die bankinternen Kontrollverfahren und berichtet darüber, inwieweit sie mit internen Standards und Best-Practice-Richtlinien des Finanzsektors im Einklang stehen. Zur Internen Revision gehört auch die Überprüfung der Risikomanagementverfahren, der internen Kontrollsysteme, der Informationssysteme und der Führungsabläufe. Die Interne Revision ist unmittelbar dem Generaldirektor und dem Stellvertretenden Generaldirektor unterstellt.

Der Stellvertretende Generaldirektor ist für das Risikocontrolling und die Compliance der Bank verantwortlich.

Die Leiter der Compliance-Stelle und der Internen Revision erstatten darüber hinaus regelmäßig dem Revisionskomitee des Verwaltungsrats Bericht.

Risikomanagementverfahren

Für die Bewertung ihrer Finanzinstrumente und die Messung des Risikos für ihren Reingewinn und ihr Eigenkapital bedient sich die Bank einer ganzen Reihe quantitativer Verfahren. Diese überprüft sie mit Blick auf das sich wandelnde Risikoumfeld und die Weiterentwicklung der Best-Practice-Richtlinien.

Ein zentrales Element der quantitativen Risikomanagementverfahren der Bank ist das ökonomische Kapital. Es ist eine Messgröße zur Schätzung des Betrags an Eigenkapital, der erforderlich ist, um potenzielle Verluste aus den an jedem beliebigen Tag bestehenden Engagements zu absorbieren. Dabei wird ein statistisches Konfidenzniveau angelegt, das dem Bestreben der Bank Rechnung trägt, ihre Bonität auf höchstem Niveau zu halten. Viele interne Limits und Berichte der Bank beziehen sich auf das eingesetzte ökonomische Kapital. Die Bank berechnet das ökonomische Kapital für das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko.

Beim Kreditrisiko verwendet die Bank dabei ein internes Modell für den Value-at-Risk (VaR) eines Kreditportfolios, das auf ihren Einschätzungen der folgenden Größen beruht:

- Ausfallwahrscheinlichkeit der einzelnen Gegenparteien
- Verlustkorrelationen für die einzelnen Gegenparteien
- Verlust, den die Bank bei einem Ausfall wahrscheinlich erleiden würde

Die Messgröße des für das Marktrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitals wird aus dem VaR-Verfahren der Bank abgeleitet. Näheres hierzu s. Abschnitt E weiter unten. Beim operationellen Risiko beruht die Messgröße für das erforderliche ökonomische Kapital auf einem Modell, das die entsprechenden Verlusterfahrungen der Bank und externe Verlustdaten einbezieht.

Die wesentlichen verwendeten Annahmen bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kredit-, das Markt-

und das operationelle Risiko sind ein Zeithorizont von einem Jahr und ein Konfidenzniveau von 99,995%.

C. Angemessene Eigenkapitalausstattung

Die Bank wahrt eine solide Eigenkapitalausstattung, die mithilfe des Modells für das ökonomische Kapital und des Rahmenkonzepts der Basler Eigenkapitalvereinbarung vom Juli 1988 gemessen wird. Die folgende Tabelle stellt das Eigenkapital der Bank am 31. März 2007 dar.

31. März		
Mio. SZR	2007	2006
Aktienkapital	683,9	683,9
Statutarische Reserven	9 538,5	9 071,7
Abzüglich: Eigene Aktien	(1,7)	(1,7)
Kernkapital	10 220,7	9 753,9
Gewinn- und Verlustrechnung	639,4	599,2
Sonstige Eigenkapitalposten	1 303,5	1 237,9
Eigenkapital insgesamt	12 163,6	11 591,0

Die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung wird nach der Basler Eigenkapitalvereinbarung anhand von Quoten beurteilt, bei denen das anrechenbare Kapital den risikogewichteten Aktiva gegenübergestellt wird. Die risikogewichteten Aktiva werden durch Anwendung einer Reihe von Risikogewichten (gemäß Basler Eigenkapitalvereinbarung) auf die Aktiva und die Derivate der Bank ermittelt. Wegen des Anteils von Staatspapieren (mit Risikogewicht null) an ihren Aktiva sind die Eigenkapitalquoten der Bank hoch. Die Kernkapitalquote der Bank betrug am 31. März 2007 29,9% (2006: 32,4%).

D. Kreditrisiko

Das Kreditrisiko umfasst folgende Risiken:

Ausfallrisiko – das Risiko, dass eine Gegenpartei ihren Verpflichtungen gemäß den vereinbarten Geschäftsbedingungen nicht nachkommt. Es besteht bei finanziellen Vermögenswerten und Derivaten sowie bei fest zugesagten Fazilitäten, die die Bank für Zentralbanken und internationale Organisationen bereitstellt.

Erfüllungsrisiko – das Risiko eines Scheiterns der Abwicklung oder des Clearing von Finanztransaktionen, wenn der Austausch von Zahlungsmitteln, Wertpapieren oder anderen Vermögenswerten nicht zeitgleich erfolgt.

Transferrisiko – das Risiko, dass eine Gegenpartei wegen eingeschränkter Zugangs zu Fremdwährungen nicht in der Lage ist, ihre Fremdwährungsverpflichtungen zu erfüllen.

Die Bank steuert ihr Kreditrisiko, indem sie Limits für den Umfang des Risikos festlegt, das für einen einzelnen Schuldner oder eine Gruppe von Schuldnern akzeptiert wird. Diese Risiken werden regelmäßig überwacht und mindestens einmal jährlich überprüft; wenn nötig, werden Anpassungen vorgenommen. Das wichtigste Kriterium bei der Überprüfung ist die Fähigkeit der Schuldner bzw. potenziellen Schuldner, ihre Verpflichtungen für Zins- und Tilgungszahlungen zu erfüllen. Die Limits für das Kreditrisiko

werden vom Management der Bank in einem vom Verwaltungsrat vorgegebenen Rahmen genehmigt.

Die Bank schließt Reverse Repos ab und nimmt außerdem Sicherheiten herein, um das Kreditrisiko bei derivativen Finanzinstrumenten zu mindern. Mit einigen Gegenparteien hat sie ferner bilaterale Aufrechnungsvereinbarungen abgeschlossen.

1. Ausfallrisiko

Die Bank kontrolliert ihr Ausfallrisiko auf der Ebene der Gegenpartei und auf Portfolioebene. Die eingegangenen Risiken werden mithilfe einer Reihe von Kreditlimits für die einzelnen Gegenparteien und Länder begrenzt. Die Bank führt eine eigene ausführliche, unabhängige Kreditanalyse durch, auf deren Grundlage sie interne Bonitätseinstufungen vergibt und Kreditlimits festlegt.

Das Ausfallrisiko in den Wertpapierbeständen der Bank wird durch den sehr liquiden Charakter der meisten Aktiva begrenzt. Wenn das Management der Bank zu dem Schluss kommt, dass eine Gegenpartei ein zu hohes Ausfallrisiko aufweist, werden die Wertpapiere abgestoßen.

Das Ausfallrisiko bei außerbörslichen Derivaten wird mithilfe von Besicherungsvereinbarungen gemindert. Am 31. März 2007 hielt die Bank G10-Staatspapiere im Nominalwert von SZR 26,2 Mio. als Sicherheit für außerbörsliche Derivate. Am 31. März 2006 hatte die Bank keine Sicherheiten für außerbörsliche Derivate gehalten.

Die Aktiva der Bank sind überwiegend in G10-Staatspapieren oder bei Finanzinstituten mit einem Rating von mindestens A angelegt. Wegen der begrenzten Zahl verfügbarer Anlagen hat die Bank erhebliche Gegenpartei-konzentrationen innerhalb dieser Sektoren.

In den nachstehenden Tabellen werden die Kreditrisiken nach Sektor und nach Rating dargestellt.

31. März		
Sektor	2007	2006
Prozent		
Staaten	31,3	34,1
Finanzinstitute	65,1	63,1
Sonstige	3,6	2,8
	100,0	100,0

31. März		
Interne Bonitätseinstufung BIZ (ausgedrückt als entsprechendes langfristiges Rating)	2007	2006
Prozent		
AAA	24,1	26,5
AA	53,8	54,7
A	21,8	18,5
BBB+ und tiefer (einschl. Risiken ohne Rating)	0,3	0,3
	100,0	100,0

2. Erfüllungsrisiko

Die Bank minimiert das Erfüllungsrisiko durch:

- Inanspruchnahme etablierter Clearingzentren
- Abwicklung der Transaktionen möglichst erst dann, wenn beide Parteien ihre Verpflichtungen erfüllt haben („Lieferung gegen Zahlung“)
- Nettozahlungsausgleich bei derivativen Finanzinstrumenten, soweit möglich
- Berechnung und Begrenzung des Erfüllungsrisikos für die einzelnen Gegenparteien
- Bei Devisengeschäften nach Möglichkeit Abschluss von Aufrechnungsvereinbarungen für den Fall, dass eine Gegenpartei die Gegenwährung nicht liefert

3. Transferrisiko

Die Bank nimmt die Berechnung des Transferrisikos und die entsprechende Limitfestlegung auf Länderbasis vor.

E. Marktrisiko

Die wichtigsten Komponenten des Marktrisikos der Bank sind das Goldpreisrisiko, das Fremdwährungsrisiko und das Zinsänderungsrisiko. Marktrisiken entstehen der Bank hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals. Die Bank misst das Marktrisiko auf der Basis des VaR-Verfahrens und durch Berechnung der Sensitivität gegenüber bestimmten Marktrisikofaktoren. Der VaR drückt die statistische Schätzung des höchstmöglichen Verlusts – unter Annahme eines vorgegebenen Zeithorizonts und mit einem bestimmten Konfidenzniveau – für das aktuelle Portfolio aus.

Das zur Unterlegung des Marktrisikos erforderliche ökonomische Kapital wird für das gesamte Marktrisiko aggregiert gemessen und gesteuert. Das Management der Bank limitiert das für das Marktrisiko einzusetzende ökonomische Kapital in einem vom Verwaltungsrat vorgegebenen Rahmen.

Alle VaR-Modelle sind zwar zukunftsgerichtet, beruhen aber auf historischen Daten und hängen von der Qualität der verfügbaren Marktdaten ab. Die VaR-Limits werden durch ein System weiterer Limits und Berichtsverfahren ergänzt. Dazu gehören u.a. spezifische Stresstests und eine genaue Überwachung der höchsten Marktrisikopositionen.

1. Goldpreisrisiko

Das Goldpreisrisiko ist der potenzielle Effekt von Veränderungen des SZR-Goldpreises auf den Fair Value von Aktiva und Passiva. Die Bank ist dem Goldpreisrisiko hauptsächlich durch ihre eigenen Goldanlageaktiva (150 Tonnen; 2006: 165 Tonnen) ausgesetzt. Dieses Gold wird in Verwahrung gehalten oder als Einlage bei Geschäftsbanken hinterlegt. Am 31. März 2007 betrug die Goldposition der Bank SZR 2 115,2 Mio. (2006: SZR 2 145,6 Mio.), rund 17% ihres Eigenkapitals (2006: 19%). Die Bank kann dem Goldpreisrisiko ferner in geringem Umfang durch ihre Bankgeschäfte mit Zentral- und Geschäftsbanken ausgesetzt sein. Das Goldpreisrisiko wird im Rahmen der Berechnungen des ökonomischen Kapitals für das gesamte Marktrisiko gemessen.

2. Fremdwährungsrisiko

Das Fremdwährungsrisiko ist der potenzielle Effekt von Wechselkursänderungen auf den Fair Value von Aktiva und

Passiva. Die Bank ist dem Fremdwährungsrisiko hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Darüber hinaus geht sie bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und in ihrer Funktion als Intermediär in Devisengeschäften zwischen Zentral- und Geschäftsbanken Fremdwährungsrisiken ein. Die Bank verringert ihre Fremdwährungsrisiken, indem sie ihr Eigenkapital in Relation zur Zusammensetzung des SZR-Korbs in die Währungen des Korbs investiert und regelmäßig anpasst und bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und bei Devisengeschäften nur geringe Risikopositionen zulässt.

Die Funktionalwährung der Bank, das SZR, ist eine Korbwährung, die sich aus festen Beträgen in USD, EUR, JPY und GBP zusammensetzt. Die nachstehenden Tabellen zeigen die tatsächliche Zusammensetzung der Aktiva und Passiva der Bank in Währungen und Gold. Die in den Tabellen ausgewiesene Nettoposition in Währungen und Gold schließt somit die Goldanlageaktiva der Bank ein. Um das Nettowährungsrisiko der Bank zu ermitteln, muss eine Bereinigung um die Goldpositionen vorgenommen werden. Die SZR-neutrale Position wird danach von der Nettowährungsposition ohne Gold abgezogen, was das Nettowährungsrisiko der Bank auf SZR-neutraler Basis ergibt.

31. März 2007

Mio. SZR	SZR	USD	EUR	GBP	JPY	CHF	Sonstige Gold	Währungen	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	–	10,0	56,0	1,1	–	2,5	–	22,8	92,4
Gold und Goldeinlagen	–	–	–	–	–	–	15 434,3	23,3	15 457,6
Schatzwechsel	–	2 658,4	22 479,5	–	18 021,4	–	–	–	43 159,3
Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere	–	1 087,3	54 239,3	5 594,8	272,1	–	–	–	61 193,5
Terminguthaben und Kredite an Banken	73,4	72 868,7	727,3	15 423,5	2,8	936,6	–	1 233,7	91 266,0
Staats- und andere Wertpapiere	–	18 185,0	23 361,5	3 476,6	1 993,2	61,6	–	5 166,1	52 244,0
Kurzfristige Forderungen	–	4 657,2	213,6	458,7	28,0	115,8	–	0,3	5 473,6
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	188,0	–	–	–	–	–	–	–	188,0
Insgesamt	261,4	99 466,6	101 077,2	24 954,7	20 317,5	1 116,5	15 434,3	6 446,2	269 074,4
Passiva									
Währungseinlagen	(2 006,3)	(138 437,4)	(46 371,0)	(22 780,9)	(3 381,3)	(1 068,0)	–	(7 745,2)	(221 790,1)
Goldeinlagen	–	(12,8)	–	–	–	–	(13 122,1)	–	(13 134,9)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	–	(889,2)	(173,3)	–	–	–	–	–	(1 062,5)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	–	(1 118,8)	(17 772,5)	(132,2)	(280,6)	–	(182,7)	(97,3)	(19 584,1)
Sonstige Verbindlichkeiten	–	(145,0)	(48,5)	–	–	(173,2)	–	(7,1)	(373,8)
Insgesamt	(2 006,3)	(140 603,2)	(64 365,3)	(22 913,1)	(3 661,9)	(1 241,2)	(13 304,8)	(7 849,6)	(255 945,4)
Derivative Finanzinstrumente netto	118,5	46 085,7	(32 431,4)	(728,0)	(15 366,2)	(40,5)	(14,3)	1 410,8	(965,4)
Währungs- und Goldposition netto	(1 626,4)	4 949,1	4 280,5	1 313,6	1 289,4	(165,2)	2 115,2	7,4	12 163,6
Bereinigung um Goldanlageaktiva	–	–	–	–	–	–	(2 115,2)	–	(2 115,2)
Währungsposition netto	(1 626,4)	4 949,1	4 280,5	1 313,6	1 289,4	(165,2)	–	7,4	10 048,4
SZR-neutrale Position	1 626,4	(4 870,0)	(4 227,3)	(1 370,6)	(1 206,9)	–	–	–	(10 048,4)
Währungsrisiko netto auf SZR-neutraler Basis	–	79,1	53,2	(57,0)	82,5	(165,2)	–	7,4	–

31. März 2006

<i>Mio. SZR</i>	SZR	USD	EUR	GBP	JPY	CHF	Sonstige Gold Währungen	Insgesamt
Aktiva								
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	–	5,7	7,3	0,3	–	2,7	– 17,0	33,0
Gold und Goldeinlagen	–	22,7	–	–	–	–	11 325,3	11 348,0
Schatzwechsel	–	4 935,2	22 395,7	–	18 311,1	1 669,9	–	47 311,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	–	2 113,3	12 897,9	1 517,6	2 990,4	–	–	19 519,2
Terminguthaben und Kredite an Banken	116,1	71 052,9	1 301,7	11 935,9	2,0	822,6	– 2 667,3	87 898,5
Staats- und andere Wertpapiere	–	18 262,0	17 825,8	3 009,6	2 028,8	61,1	– 3 249,1	44 436,4
Kurzfristige Forderungen	2,8	6 214,3	335,6	771,7	–	6,5	– 113,8	7 444,7
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	188,4	–	–	–	–	–	–	188,4
Insgesamt	307,3	102 606,1	54 764,0	17 235,1	23 332,3	2 562,8	11 325,3 6 047,2	218 180,1
Passiva								
Währungseinlagen	(3 417,8)	(121 722,2)	(36 753,8)	(14 027,3)	(2 596,1)	(914,5)	– (6 559,8)	(185 991,5)
Goldeinlagen	–	(10,6)	–	–	–	–	(9 225,0)	(9 235,6)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	–	(1 211,4)	–	(11,0)	–	–	–	(1 222,4)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	–	(1 582,5)	(7 334,1)	(60,3)	–	(13,3)	(103,5) (157,6)	(9 251,3)
Sonstige Verbindlichkeiten	–	–	(0,4)	–	–	(157,9)	– (11,1)	(169,4)
Insgesamt	(3 417,8)	(124 526,7)	(44 088,3)	(14 098,6)	(2 596,1)	(1 085,7)	(9 328,5) (6 728,5)	(205 870,2)
Derivative Finanzinstrumente netto	48,7	27 431,5	(6 388,5)	(1 758,2)	(19 360,3)	(1 617,7)	148,8 776,8	(718,9)
Währungs- und Goldposition netto	(3 061,8)	5 510,9	4 287,2	1 378,3	1 375,9	(140,6)	2 145,6 95,5	11 591,0
Bereinigung um Goldanlageaktiva	–	–	–	–	–	–	(2 145,6)	(2 145,6)
Währungsposition netto	(3 061,8)	5 510,9	4 287,2	1 378,3	1 375,9	(140,6)	– 95,5	9 445,4
SZR-neutrale Position	3 061,8	(5 484,2)	(4 307,2)	(1 361,2)	(1 354,6)	–	–	(9 445,4)
Währungsrisiko netto auf SZR-neutraler Basis	–	26,7	(20,0)	17,1	21,3	(140,6)	– 95,5	–

Das Nettoengagement in sonstigen Währungen setzt sich wie folgt zusammen:

Nettoaktiva am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2007	2006
Schwedische Krone	0,9	56,4
Australischer Dollar	2,6	34,7
Sonstige	3,9	4,4
Sonstige Währungen insgesamt	7,4	95,5

Die in den vorstehenden Tabellen ausgewiesene Schweizer-Franken-Position ist hauptsächlich auf die Vorsorgeverpflichtungen der Bank zurückzuführen (Anmerkung 22).

3. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko ist der potenzielle Effekt von Zinsänderungen auf den Fair Value von Aktiva und Passiva. Die Bank ist dem Zinsänderungsrisiko hauptsächlich durch verzinsliche Aktiva im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Diese Aktiva werden unter Verwendung einer Anleihebenchmark mit fester Duration verwaltet. Ferner ist die Bank im Zusammenhang mit der

Hereinnahme und Wiederanlage von Kundeneinlagen einem begrenzten Zinsänderungsrisiko ausgesetzt.

Die Bank überwacht das Zinsänderungsrisiko genau und achtet dabei auch auf die Sensitivität der Fair Values gegenüber Zinsänderungen. Das Marktrisiko wird mithilfe von ökonomischem Kapital, VaR und auf Stresstests basierenden Limits eingeschränkt.

In den folgenden Tabellen wird dargestellt, wie sich eine Verschiebung der einschlägigen Renditenstrukturkurve um 1 Prozentpunkt nach oben auf das Eigenkapital der Bank auswirkt.

31. März 2007

<i>Mio. SZR</i>	Bis 6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–3 Jahre	3–4 Jahre	4–5 Jahre	Über 5 Jahre
Euro	(10,7)	5,8	(24,9)	(23,1)	(18,1)	(19,6)	(52,9)
Yen	(0,3)	0,2	(4,8)	(5,7)	(6,7)	(6,3)	(13,3)
Pfund Sterling	(8,0)	8,3	(5,7)	(5,6)	(7,5)	(8,5)	(17,8)
Schweizer Franken	(0,8)	(0,6)	(0,4)	(0,7)	(0,6)	(0,9)	2,0
US-Dollar	(25,6)	(2,6)	(29,1)	(14,5)	(13,2)	(26,1)	(68,7)
Sonstige Währungen	(0,7)	(6,5)	(13,9)	(10,1)	(2,7)	(13,9)	(0,4)
Insgesamt	(46,1)	4,6	(78,8)	(59,7)	(48,8)	(75,3)	(151,1)

31. März 2006

<i>Mio. SZR</i>	Bis 6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–3 Jahre	3–4 Jahre	4–5 Jahre	Über 5 Jahre
Euro	(3,7)	(4,7)	(5,9)	(9,2)	(22,3)	(19,7)	(70,3)
Yen	0,4	0,1	(5,4)	(5,0)	(7,1)	(6,5)	(14,1)
Pfund Sterling	–	(5,3)	(3,9)	(4,9)	(6,4)	(9,5)	(12,3)
Schweizer Franken	(0,5)	(0,9)	(1,3)	–	(0,4)	(0,1)	–
US-Dollar	(4,7)	(23,9)	(32,3)	(18,4)	(17,8)	(26,2)	(78,3)
Sonstige Währungen	(1,8)	7,8	(15,1)	(22,4)	(0,3)	(6,6)	(0,2)
Insgesamt	(10,3)	(26,9)	(63,9)	(59,9)	(54,3)	(68,6)	(175,2)

F. Liquiditätsrisiko

Die Nettoveränderungen der Währungs- und Goldeinlagen von Zentralbanken, internationalen Organisationen und sonstigen öffentlichen Institutionen sind die wichtigsten Bestimmungsgrößen für die Bilanzsumme der Bank. Die Bank hat sich verpflichtet, bestimmte Währungseinlageninstrumente mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen zum Fair Value zurückzunehmen. Die Bank wird so geführt, dass ein hoher Grad an Liquidität gewahrt wird, damit sie jederzeit den Bedürfnissen ihrer Kunden entsprechen kann.

Die Bank hat ein Rahmenkonzept für die Liquiditätssteuerung entwickelt, das auf einem statistischen Modell mit konservativen Annahmen hinsichtlich Mittelzuflüssen und Liquidität der Passiva beruht. Innerhalb dieses

Rahmens hat der Verwaltungsrat ein Limit für die Liquiditätsquote der Bank festgelegt; danach müssen die liquiden Aktiva mindestens 100% des potenziellen Liquiditätsbedarfs der Bank betragen. Darüber hinaus werden Liquiditätsstresstests durchgeführt, bei denen extreme Abzugsszenarien angenommen werden, die weit über den geschätzten potenziellen Liquiditätsbedarf hinausgehen. Diese Stresstests definieren zusätzliche Liquiditätsanforderungen, die ebenfalls erfüllt werden müssen. Die Liquidität der Bank liegt stets deutlich über der Mindestliquiditätsquote.

Die folgenden Tabellen zeigen Aktiva und Passiva (sowie Derivate auf Nettobasis) zu Buchwerten, gegliedert nach vertraglicher Restlaufzeit zum Bilanzstichtag.

31. März 2007

Mio. SZR	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–9 Monate	9–12 Monate	1–5 Jahre	Über 5 Jahre	Unbestimmte Laufzeit	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	92,4	–	–	–	–	–	–	–	92,4
Gold und Goldeinlagen	12 137,6	170,0	56,7	–	199,8	2 596,5	297,0	–	15 457,6
Schatzwechsel	14 176,3	16 102,3	7 503,2	4 689,8	687,7	–	–	–	43 159,3
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	50 007,6	4 525,2	6 660,7	–	–	–	–	–	61 193,5
Terminguthaben und Kredite an Banken	30 290,6	23 129,9	22 147,3	6 718,5	8 471,2	508,5	–	–	91 266,0
Staats- und andere Wertpapiere	3 103,2	5 848,3	3 790,7	3 211,3	3 849,0	20 727,2	11 714,3	–	52 244,0
Kurzfristige Forderungen	5 470,0	–	–	–	–	3,6	–	–	5 473,6
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	–	–	–	–	–	–	–	188,0	188,0
Insgesamt	115 277,7	49 775,7	40 158,6	14 619,6	13 207,7	23 835,8	12 011,3	188,0	269 074,4
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente	(13 052,0)	(10 881,0)	(22 729,1)	(14 545,3)	(17 456,0)	(48 927,1)	(6 766,6)	–	(134 357,1)
Sonstige Währungseinlagen	(49 695,0)	(10 994,3)	(9 821,1)	(9 986,2)	(6 931,8)	(4,5)	(0,1)	–	(87 433,0)
Goldeinlagen	(11 965,9)	(28,3)	(56,6)	–	(72,7)	(897,4)	(114,0)	–	(13 134,9)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	(959,4)	(103,1)	–	–	–	–	–	–	(1 062,5)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	(19 584,1)	–	–	–	–	–	–	–	(19 584,1)
Sonstige Verbindlichkeiten	(214,6)	–	–	–	–	–	–	(159,2)	(373,8)
Insgesamt	(95 471,0)	(22 006,7)	(32 606,8)	(24 531,5)	(24 460,5)	(49 829,0)	(6 880,7)	(159,2)	(255 945,4)
Derivative Finanzinstrumente netto	(547,3)	(242,5)	(157,2)	(124,3)	(36,6)	1,8	140,7	–	(965,4)
Fälligkeitsinkongruenz	19 259,4	27 526,5	7 394,6	(10 036,2)	(11 289,4)	(25 991,4)	5 271,3	28,8	12 163,6

31. März 2006

<i>Mio. SZR</i>	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–9 Monate	9–12 Monate	1–5 Jahre	Über 5 Jahre	Unbestimmte Laufzeit	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	33,0	–	–	–	–	–	–	–	33,0
Gold und Goldeinlagen	7 312,1	329,4	608,0	268,0	156,0	2 569,8	104,7	–	11 348,0
Schatzwechsel	14 215,7	22 411,8	7 614,5	1 801,6	1 268,3	–	–	–	47 311,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	19 474,6	44,6	–	–	–	–	–	–	19 519,2
Terminguthaben und Kredite an Banken	38 682,6	16 856,1	13 981,8	9 046,6	9 264,1	67,3	–	–	87 898,5
Staats- und andere Wertpapiere	3 535,1	7 919,3	1 771,7	2 203,0	3 938,7	17 327,6	7 741,0	–	44 436,4
Kurzfristige Forderungen	7 441,1	–	–	–	–	3,6	–	–	7 444,7
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	–	–	–	–	–	–	–	188,4	188,4
Insgesamt	90 694,2	47 561,2	23 976,0	13 319,2	14 627,1	19 968,3	7 845,7	188,4	218 180,1
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente									
	(12 646,4)	(15 448,5)	(17 430,3)	(15 872,5)	(8 429,0)	(34 217,9)	(3 970,7)	–	(108 015,3)
Sonstige Währungseinlagen									
	(50 941,0)	(5 048,0)	(6 618,4)	(7 604,0)	(7 601,4)	(163,4)	–	–	(77 976,2)
Goldeinlagen									
	(7 420,9)	(198,7)	(568,1)	(160,5)	(39,3)	(743,5)	(104,6)	–	(9 235,6)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere									
	(1 177,6)	(44,8)	–	–	–	–	–	–	(1 222,4)
Kurzfristige Verbindlichkeiten									
	(9 251,3)	–	–	–	–	–	–	–	(9 251,3)
Sonstige Verbindlichkeiten									
	(27,7)	–	–	–	–	–	–	(141,7)	(169,4)
Insgesamt	(81 464,9)	(20 740,0)	(24 616,8)	(23 637,0)	(16 069,7)	(35 124,8)	(4 075,3)	(141,7)	(205 870,2)
Derivative Finanzinstrumente netto	195,8	129,5	(67,4)	(197,3)	(206,2)	(616,5)	43,2	–	(718,9)
Fälligkeitsinkongruenz	9 425,1	26 950,7	(708,2)	(10 515,1)	(1 648,8)	(15 773,0)	3 813,6	46,7	11 591,0

G. Operationelles Risiko

Die Bank definiert das operationelle Risiko als das Risiko, dass ihr durch einen oder mehrere der folgenden Risikofaktoren finanzielle Verluste und/oder Reputationsschäden entstehen: Mitarbeiter, versagende oder unzulängliche Abläufe bzw. Systeme oder externe Ereignisse. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, aber nicht strategische Risiken.

- Mitarbeiter: zu wenig Personal, Fehlen erforderlicher Kenntnisse, Qualifikationen oder Erfahrung, unzulängliche Schulung, unzulängliche Überwachung, Abgang wichtiger Mitarbeiter, unzulängliche Nachfolgeplanung, Mangel an Integrität oder ethischen Maßstäben
- Versagen oder Unzulänglichkeit von Abläufen: Ein Ablauf ist schlecht konzipiert oder ungeeignet bzw. wird nicht richtig dokumentiert, verstanden, umgesetzt, befolgt oder durchgesetzt
- Versagen oder Unzulänglichkeit von Systemen: Ein System ist schlecht konzipiert, ungeeignet oder nicht verfügbar, oder es funktioniert nicht wie geplant
- Externe Ereignisse: Ereignisse, die sich negativ auf die Bank auswirken, über die sie aber keine Kontrolle hat

Im Januar 2007 genehmigte der Verwaltungsrat ein Rahmenkonzept für die Handhabung operationeller Risiken in der BIZ. Darin wird der Begriff „operationelles Risiko“ definiert, und es werden die Grundsätze festgehalten, nach denen operationelles Risiko zu ermitteln, zu bewerten, zu überwachen, zu mindern und zu melden ist. Die Bank handhabt das operationelle Risiko mittels interner Kontrollen wie Regeln, Verfahren und Organisationsstrukturen, mit deren Hilfe die Wahrscheinlichkeit vermindert werden soll, dass ein Risikoereignis überhaupt eintritt, oder durch die zumindest der Schaden begrenzt werden kann.

Die Bank stellt für das operationelle Risiko ökonomisches Kapital auf der Basis eines statistischen Modells bereit, das die entsprechenden Verlusterfahrungen der Bank und externe Verlustdaten einbezieht.

Die Bank identifiziert und bewertet das operationelle Risiko mithilfe eines bankweiten Programms zur Kontrolle und Selbsteinschätzung („Control Self-Assessment“, CSA) und beurteilt damit auch die Wirksamkeit bestehender Kontrollen. Die Ergebnisse dieses jährlich durchgeführten Verfahrens werden bei der Handhabung der operationellen Risiken berücksichtigt.

5. Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken

Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken bestehen aus liquiden Mitteln bei Zentral- und Geschäftsbanken, über die die Bank jederzeit verfügen kann.

6. Gold und Goldeinlagen (Aktiva)

A. Goldbestände insgesamt

Die Goldbestände der Bank setzen sich wie folgt zusammen:

31. März

Mio. SZR	2007	2006
Goldbarren bei Zentralbanken	11 865,8	7 132,0
Termineinlagen in Gold insgesamt	3 591,8	4 216,0
Gold und Goldeinlagen insgesamt	15 457,6	11 348,0
Davon:		
Goldanlageaktiva	2 306,0	2 259,5
Gold und Goldeinlagen – Bankgeschäftsaktiva	13 151,6	9 088,5

B. Goldanlageaktiva

Die eigenen Goldanlageaktiva der Bank werden zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen. Der Betrag, um den dieser Wert die neu als Einstandswert erachtete Basis übersteigt, wird auf dem Goldbewertungskonto verbucht (in der Bilanz unter „Sonstige Eigenkapitalposten“), und realisierte Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Goldanlageaktiva werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In Anmerkung 21B wird das Goldbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von eigenen Goldanlageaktiva ist in Anmerkung 30 aufgeschlüsselt.

Die Goldanlageaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2007	2006
Stand am Jahresanfang	2 259,5	1 646,5
Nettoveränderung der Goldanlageaktiva		
Platzierte Einlagen	338,7	382,0
Veräußerungen von Gold	(206,7)	(187,2)
Fälligkeiten und andere Nettoveränderungen	(340,4)	(382,7)
	(208,4)	(187,9)
Nettoveränderung der Geschäfte vor Abwicklung	79,2	103,5
Goldpreisveränderung	175,7	697,4
Stand am Jahresende	2 306,0	2 259,5

Am 1. April 2006 beliefen sich die Goldanlageaktiva der Bank auf 165 Tonnen Feingold. In dem am 31. März 2007 abgeschlossenen Geschäftsjahr wurden 15 Tonnen veräußert (Anmerkung 30). Am 31. März 2007 betrug der Bestand 150 Tonnen Feingold.

7. Währungsaktiva

A. Bestände insgesamt

Zu den Währungsaktiva gehören Schatzwechsel, mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere, befristete Kredite sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Die ergebniswirksamen Währungsaktiva umfassen die Bankgeschäftsaktiva in Währungen, die durch die Wiederanlage von Kundeneinlagen zustande kommen, sowie die Anlageaktiva in Währungen, die zu den aktiver verwalteten Portfolios gehören. Die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva umfassen die übrigen Anlageaktiva in Währungen der Bank; sie kommen vorwiegend durch Anlage des Eigenkapitals der Bank zustande.

Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere (Reverse Repos) sind Transaktionen, bei denen die Bank einer Gegenpartei einen befristeten Kredit gewährt, wobei diese eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für den Kredit wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die entsprechenden Wertpapiere gegen Rückzahlung des Kredits zurückzugeben. Während der Laufzeit des Geschäfts wird der Fair Value der Sicherheit überwacht; gegebenenfalls wird als Schutz gegen das Kreditrisiko eine Aufstockung der Sicherheit verlangt.

Befristete Kredite sind hauptsächlich Anlagen bei Geschäftsbanken. Ebenfalls in diese Kategorie fallen Anlagen bei Zentralbanken und internationalen Organisationen, einschließlich Darlehen im Rahmen von Standby-Fazilitäten (mit oder ohne feste Zusage). Der Bilanzposten „Terminguthaben und Kredite an Banken“ umfasst ferner Kündigungskonten (Anmerkung 8).

Staats- und andere Wertpapiere sind von Staaten, internationalen Organisationen, sonstigen Stellen des öffentlichen Sektors, Geschäftsbanken und Unternehmen begebene Schuldtitel, u.a. in Form von fest und variabel verzinslichen Anleihen sowie forderungsunterlegten Wertpapieren.

In den nachstehenden Tabellen werden die Bestände der Bank an Währungsaktiva aufgeschlüsselt.

31. März 2007	Bankgeschäft		Anlageaktiva		Währungsaktiva insgesamt
	Ergebnis-wirksam	Zur Veräußerung verfügbar	Ergebnis-wirksam	Insgesamt	
<i>Mio. SZR</i>					
Schatzwechsel	43 135,1	–	24,2	24,2	43 159,3
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	60 131,0	1 062,5	–	1 062,5	61 193,5
Befristete Kredite und Kredite an Banken	89 127,4	–	–	–	89 127,4
Staats- und andere Wertpapiere					
Staaten	3 397,3	6 717,6	–	6 717,6	10 114,9
Finanzinstitute	27 866,0	953,6	598,4	1 552,0	29 418,0
Sonstige (einschl. öffentlicher Sektor)	11 601,0	1 110,1	–	1 110,1	12 711,1
	42 864,3	8 781,3	598,4	9 379,7	52 244,0
Währungsaktiva insgesamt	235 257,8	9 843,8	622,6	10 466,4	245 724,2

31. März 2006	Bankgeschäft		Anlageaktiva		Währungsaktiva insgesamt
	Ergebnis-wirksam	Zur Veräußerung verfügbar	Ergebnis-wirksam	Insgesamt	
<i>Mio. SZR</i>					
Schatzwechsel	47 311,9	–	–	–	47 311,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	18 296,8	1 222,4	–	1 222,4	19 519,2
Befristete Kredite und Kredite an Banken	85 066,9	–	–	–	85 066,9
Staats- und andere Wertpapiere					
Staaten	3 469,0	6 717,5	–	6 717,5	10 186,5
Finanzinstitute	24 617,4	957,5	–	957,5	25 574,9
Sonstige (einschl. öffentlicher Sektor)	7 578,4	1 096,6	–	1 096,6	8 675,0
	35 664,8	8 771,6	–	8 771,6	44 436,4
Währungsaktiva insgesamt	186 340,4	9 994,0	–	9 994,0	196 334,4

B. Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva

Die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. SZR	2007	2006
Stand am Jahresanfang	9 994,0	8 412,2
Nettoveränderung der zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva		
Zugänge	16 800,7	21 358,5
Abgänge	(2 265,5)	(3 214,1)
Fälligkeiten und andere Nettoveränderungen	(14 640,7)	(16 467,5)
	(105,5)	1 676,9
Nettoveränderung der Geschäfte vor Abwicklung	(41,5)	43,2
Fair-Value- und sonstige Veränderungen	(3,2)	(138,3)
Stand am Jahresende	9 843,8	9 994,0

In Anmerkung 21A wird das Wertpapierbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von Wertpapieren, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert sind, ist in Anmerkung 29 aufgeschlüsselt.

8. Terminguthaben und Kredite an Banken

Terminguthaben und Kredite an Banken umfassen befristete Kredite und Kündigungskonten.

Befristete Kredite werden als ergebniswirksame Instrumente klassifiziert.

Die Kündigungskonten werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert und sind in den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten enthalten. Dies sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie werden zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

31. März

Mio. SZR	2007	2006
Befristete Kredite und Kredite an Banken	89 127,4	85 066,9
Kündigungskonten	2 138,6	2 831,6
Terminguthaben und Kredite an Banken insgesamt	91 266,0	87 898,5

9. Derivative Finanzinstrumente

Die Bank verwendet für Sicherungs- und Handelszwecke folgende derivative Instrumente.

Zins- und Anleihefutures sind vertragliche Verpflichtungen, einen Nettobetrag, basierend auf Veränderungen von Zinssätzen oder Anleihekursen, an einem künftigen Datum zu einem festgelegten Preis, der an einem organisierten Markt zustande kam, entgegenzunehmen bzw. zu zahlen. Futureskontrakte werden durch Zahlungsmittel oder marktfähige Wertpapiere besichert, und Wertänderungen des Kontrakts werden täglich mit der Börse abgerechnet.

Devisen- und Anleiheoptionen sind vertragliche Vereinbarungen, in denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem festgelegten Datum in einem bestimmten Umfang eine Währung, eine Anleihe oder Gold zu einem festgelegten Preis zu kaufen (Call-Option) oder zu verkaufen (Put-Option). Als Gegenleistung erhält der Verkäufer vom Käufer eine Prämie.

Optionen auf Futures sind vertragliche Vereinbarungen, die dazu berechtigen, aber nicht verpflichten, während eines festgelegten Zeitraums einen Futurekontrakt zu einem festgelegten Preis zu kaufen oder zu verkaufen.

Devisen- und Goldswaps, Zins-/Währungsswaps und Zinsswaps sind Verpflichtungen zum Austausch einer Art von Zahlungsströmen gegen eine andere. Swappeschäfte beinhalten einen wirtschaftlichen Tausch von Währungen, Gold oder Zinssätzen (z.B. eines variablen Zinses gegen einen festen) oder einer Kombination von Zinssätzen und Währungen (Zins-/Währungsswaps). Außer bei bestimmten Devisen- und Goldswaps und Zins-/Währungsswaps findet kein Austausch von Kapitalbeträgen statt.

Währungs- und Goldterminkontrakte sind Verpflichtungen, zu einem späteren Zeitpunkt Fremdwährungen oder Gold zu kaufen. Darin eingeschlossen sind noch nicht belieferte Kassageschäfte.

Forward-Rate-Agreements sind einzeln ausgehandelte Zinsterminkontrakte, bei denen an einem künftigen Datum die Differenz zwischen einem vertraglich vereinbarten Zinssatz und dem geltenden Marktzinssatz in bar gezahlt wird.

Swaptions sind Optionen, bei denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem bestimmten Datum einen Devisen- oder Zinsswap zu einem festgelegten Preis abzuschließen.

In der nachstehenden Tabelle wird der Fair Value der derivativen Finanzinstrumente aufgeschlüsselt.

31. März	2007			2006		
	Nominalwert	Fair Value		Nominalwert	Fair Value	
		Aktiva	Passiva		Aktiva	Passiva
<i>Mio. SZR</i>						
Anleihefutures	809,5	0,6	(0,4)	381,3	–	(0,4)
Anleiheoptionen	–	–	–	168,0	–	(1,5)
Devisenoptionen	9 180,9	42,4	(60,0)	213,3	–	(0,3)
Devisen- und Goldswaps	62 829,9	210,7	(497,5)	38 674,9	460,5	(142,4)
Forward-Rate-Agreements	48 018,6	6,2	(6,7)	37 290,0	11,9	(7,5)
Optionen auf Futures	396,0	0,5	–	15 228,8	1,2	(0,2)
Swaptions	4 159,1	0,4	(8,3)	1 803,2	–	(20,5)
Währungs- und Goldterminkontrakte	1 830,7	9,9	(13,9)	4 212,5	18,8	(29,4)
Zinsfutures	43 239,3	–	(1,3)	42 923,3	0,1	(0,3)
Zinsswaps	406 871,3	1 480,7	(1 570,3)	250 096,2	1 274,3	(1 668,6)
Zins-/Währungsswaps	5 262,3	99,4	(657,8)	8 058,3	189,2	(803,8)
Derivative Finanzinstrumente insgesamt am Jahresende	582 597,6	1 850,8	(2 816,2)	399 049,8	1 956,0	(2 674,9)
Derivative Finanzinstrumente netto am Jahresende			(965,4)			(718,9)

10. Kurzfristige Forderungen

31. März	2007	2006
<i>Mio. SZR</i>		
Finanzgeschäfte vor Abwicklung	5 449,5	7 436,4
Sonstige Anlagen	24,1	8,3
Kurzfristige Forderungen insgesamt	5 473,6	7 444,7

Bei den „Finanzgeschäften vor Abwicklung“ handelt es sich um kurzfristige Forderungen (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören Vermögenswerte, die verkauft, und Schulden, die begeben wurden.

11. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2007			2006
	Grundstücke	Gebäude	IT und sonstige Sachanlagen	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>				
Historischer Einstandswert				
Stand am Jahresanfang	41,2	185,1	98,2	324,5
Investitionen	–	1,5	10,1	11,6
Veräußerungen und Abgänge	–	–	(1,7)	(1,7)
Stand am Jahresende	41,2	186,6	106,6	334,4
Abschreibungen				
Kumulierte Abschreibungen am Jahresanfang	–	76,5	59,6	136,1
Abschreibungen	–	4,0	8,0	12,0
Veräußerungen und Abgänge	–	–	(1,7)	(1,7)
Stand am Jahresende	–	80,5	65,9	146,4
Nettobuchwert am Jahresende	41,2	106,1	40,7	188,0

Der Abschreibungsbedarf für das am 31. März 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr umfasste eine zusätzliche Abschreibung von SZR 0,8 Mio. für IT und sonstige Sachanlagen nach einer Überprüfung auf Wertminderungen (2006: SZR 1,0 Mio.).

12. Währungseinlagen (Passiva)

Währungseinlagen sind Buchforderungen gegenüber der Bank. Bei bestimmten Währungseinlageninstrumenten tritt die Bank als Marktmacher auf, und sie hat sich verpflichtet, diese Finanzinstrumente mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen ganz oder teilweise – zum Fair Value – zurückzuzahlen. Die betreffenden Währungseinlageninstrumente sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

31. März

Mio. SZR	2007	2006
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente		
Medium-Term Instruments (MTI)	83 843,9	57 688,3
FIXBIS	50 513,2	50 327,0
	134 357,1	108 015,3
Sonstige Währungseinlagen		
FRIBIS	3 465,2	3 247,1
Termineinlagen	59 314,0	52 181,5
Sicht- und Kündigungseinlagekonten	24 653,8	22 547,6
	87 433,0	77 976,2
Währungseinlagen insgesamt	221 790,1	185 991,5
Davon:		
Als „ergebniswirksam“ klassifiziert	197 136,3	163 443,9
Als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert	24 653,8	22 547,6

Medium-Term Instruments (MTI) sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ mit vierteljährlichen Verfallterminen und Laufzeiten bis zu 10 Jahren. Die BIZ bietet außerdem MTI mit einer Kündigungsoption der Bank an, wobei der Ausübungspreis gleich dem Nennwert ist (kündbare MTI); die Kündigungstermine liegen zwischen April 2007 und Mai 2008 (2006: April 2006 und März 2007). Am 31. März 2007 waren in der Bilanz kündbare MTI im Betrag von SZR 7 740,5 Mio. enthalten (2006: SZR 6 262,9 Mio.).

FIXBIS sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ mit beliebiger Laufzeit von 1 Woche bis 1 Jahr.

FRIBIS sind variabel verzinsliche Anlagen bei der BIZ mit Laufzeiten von 1 Jahr oder mehr, bei denen der Zins jeweils entsprechend den Marktbedingungen neu bestimmt wird.

Termineinlagen sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ, meist mit einer Laufzeit von weniger als 1 Jahr. Die Bank nimmt ferner Termineinlagen entgegen, die am Verfalltag nach Wahl der Bank entweder in der ursprünglichen Währung oder in einem festgelegten Betrag einer anderen Währung zurückzuzahlen sind (Doppelwährungseinlagen). Am 31. März 2007 waren in der Bilanz Doppelwährungseinlagen im Betrag von SZR 6 654,9 Mio. enthalten (2006: SZR 231,1 Mio.). Die Verfalltermine dieser Einlagen liegen zwischen April und Juni 2007 (2006: April und Juni 2006).

Sicht- und Kündigungseinlagekonten sind sehr kurzfristige Finanzverbindlichkeiten, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie sind als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert und werden zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

Die Währungseinlagen (mit Ausnahme der Sicht- und Kündigungseinlagekonten) werden zum Fair Value bilanziert. Dieser Wert weicht von dem Betrag ab, den die Bank dem Inhaber der Einlage gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit zahlen muss. Für die Währungseinlagen insgesamt, zuzüglich aufgelaufener Zinsen bis zum 31. März 2007, muss die Bank den Inhabern gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit SZR 224 059,0 Mio. zahlen (2006: SZR 187 896,6 Mio.).

Die Bank schätzt den Fair Value ihrer Währungseinlagen aufgrund von Finanzmodellen. Diese Modelle bewerten die erwarteten Zahlungsströme von Finanzinstrumenten mithilfe von Diskontierungsfaktoren, die teils aus notierten Zinssätzen (z.B. LIBOR, Swapsätzen), teils aus Spreadannahmen abgeleitet werden. Die Bank ermittelt diese Spreads auf der Basis jüngst getätigter Marktgeschäfte. In dem am 31. März 2007 abgeschlossenen Geschäftsjahr erhöhte sich der Gewinn der Bank infolge veränderter Spreadannahmen für die Bewertung der Währungseinlagen um SZR 3,2 Mio. (2006: Verringerung um SZR 6,0 Mio.).

13. Goldeinlagen (Passiva)

Die Goldeinlagen bei der Bank stammen ausschließlich von Zentralbanken. Sie werden alle als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert.

14. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere (Repo-Geschäfte) sind Transaktionen, bei denen die Bank eine Termineinlage von einer Gegenpartei entgegennimmt und ihr eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für die Einlage wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die Einlage gegen Rückgabe gleichwertiger Wertpapiere zurückzuzahlen. Diese Einlagen stammen ausschließlich von Geschäftsbanken.

Am 31. März 2007 und 2006 hingen sämtliche Repo-Geschäfte mit der Verwaltung der zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva zusammen. Sie werden daher alle als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert und zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

15. Kurzfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten umfassen die Finanzgeschäfte vor Abwicklung, d.h. die kurzfristigen Verbindlichkeiten (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören angekaufte Vermögenswerte und zurückgekaufte Schulden.

16. Sonstige Verbindlichkeiten

31. März

Mio. SZR	2007	2006
Vorsorgeverpflichtungen – Anmerkung 22		
Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder	4,3	4,1
Kranken- und Unfallversicherung	152,1	135,1
Short-Positionen in Währungsaktiva	142,4	–
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber ehemaligen Aktionären	73,9	27,8
	1,1	2,4
Sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	373,8	169,4

17. Aktienkapital

Das Aktienkapital der Bank setzte sich wie folgt zusammen:

31. März

Mio. SZR	2007	2006
Genehmigtes Kapital: 600 000 Aktien im Nominalwert von je SZR 5 000	3 000,0	3 000,0
Begebenes Kapital: 547 125 Aktien	2 735,6	2 735,6
Eingezahltes Kapital (25%)	683,9	683,9

Dividendenberechtigte Aktien:

31. März	2007	2006
Begebene Aktien	547 125	547 125
Abzüglich: Eigene Aktien	(1 000)	(1 000)
Umlaufende dividendenberechtigte Aktien	546 125	546 125
Davon:		
Volle Dividende	546 125	510 192
Anteilige Dividende ab Valutadatum der Aktienzeichnung	–	35 933
Dividende je Aktie (SZR)	255	245

Bei den für 2006 angegebenen Aktien mit anteiliger Dividende ab Valutadatum der Aktienzeichnung handelt es sich um wiederveräußerte eigene Aktien (Anmerkung 19).

18. Statutarische Reserven

Die Statuten der Bank sehen die Zuweisung des jährlichen Reingewinns der Bank durch die Generalversammlung gemäß Vorschlag des Verwaltungsrats an drei bestimmte Reservefonds vor: den Gesetzlichen Reservefonds, den Allgemeinen Reservefonds und den Besonderen Dividenden-Reservefonds. Der nach Ausschüttung der Dividende verbleibende Reingewinn wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Gesetzlicher Reservefonds. Dieser Reservefonds hat derzeit die volle vorgeschriebene Höhe von 10% des eingezahlten Kapitals der Bank.

Allgemeiner Reservefonds. Derzeit sind 10% des nach Zahlung der Dividende verbleibenden jährlichen Rein-

gewinns der Bank dem Allgemeinen Reservefonds zuzuweisen. Wenn dieser Reservefonds das Fünffache des eingezahlten Kapitals der Bank erreicht hat, sinkt die jährliche Zuweisung auf 5% des verbleibenden Reingewinns.

Besonderer Dividenden-Reservefonds. Ein Teil des verbleibenden Reingewinns des Geschäftsjahres kann dem Besonderen Dividenden-Reservefonds zugewiesen werden. Dieser kann bei Bedarf zur Zahlung der gesamten festgelegten Dividende oder eines Teils davon herangezogen werden. In der Regel wird die Dividende aus dem Reingewinn der Bank gezahlt.

Freier Reservefonds. Ein nach den obengenannten Zuweisungen noch verbleibender Betrag des Reingewinns wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Der Erlös aus der Zeichnung von BIZ-Aktien wird dem Gesetzlichen Reservefonds zugewiesen, bis dieser die volle vorgeschriebene Höhe erreicht hat, der Rest dem Allgemeinen Reservefonds.

Der Freie Reservefonds, der Allgemeine Reservefonds und der Gesetzliche Reservefonds stehen – in dieser Reihenfolge – zur Deckung etwaiger Verluste der Bank zur Verfügung. Im Falle der Liquidation der Bank werden die in den Reservefonds verbliebenen Beträge (nach Ablösung der Schulden der Bank und Zahlung der Liquidationskosten) unter den Aktionären verteilt.

19. Rücknahme und Wiederveräußerung von Aktien

Die außerordentliche Generalversammlung vom 8. Januar 2001 änderte die Statuten der Bank dahingehend, dass die Möglichkeit, BIZ-Aktien zu halten, ausschließlich auf Zentralbanken beschränkt ist. Dementsprechend wurden von Privataktionären (d.h. nicht Zentralbanken) 72 648 Aktien obligatorisch zurückgenommen, deren Stimmrechte bei den Zentralbanken Belgiens, Frankreichs bzw. der USA liegen. Gleichzeitig nahm die Bank 2 304 Aktien dieser drei Ausgaben von anderen Zentralbanken zurück. Dafür wurde eine Entschädigung von insgesamt CHF 23 977,56 je Aktie zuzüglich Zinsen gezahlt.

Die Bank hielt diese Aktien als eigene Aktien. In dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr gab sie die 40 119 Aktien der belgischen und der französischen Ausgabe an die Zentralbanken dieser beiden Länder ab. Die ihr verbliebenen 35 933 Aktien der amerikanischen Ausgabe veräußerte die Bank am 31. Mai 2005 an Aktionärszentralbanken (Anmerkung 20).

20. Eigene Aktien

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2007	2006
Stand am Jahresanfang		
In dem am 31. März 2001 abgeschlossenen Geschäftsjahr zurückgenommene Aktien	–	34 833
Sonstige	1 000	2 100
Insgesamt am Jahresanfang	1 000	36 933
Wiederveräußerung an Aktionärszentralbanken	–	(35 933)
Stand am Jahresende	1 000	1 000

Gemäß den Statuten der Bank kann der Verwaltungsrat die Anfang 2001 zurückgenommenen und in der Folge von der Bank selbst gehaltenen Aktien (Anmerkung 19) gegen einen Betrag in Höhe der den ehemaligen Privataktionären gezahlten Entschädigung (CHF 23 977,56 je Aktie) an Aktionärszentralbanken abgeben.

Dementsprechend veräußerte die Bank am 31. Mai 2005 die ihr verbliebenen 35 933 Aktien der amerikanischen Ausgabe an Aktionärszentralbanken zum Preis von CHF 23 977,56 je Aktie. Diese Veräußerung erbrachte einen Erlös von CHF 861,6 Mio. oder SZR 468,2 Mio. zum Kurs am Transaktionsdatum.

Diese Beträge wurden dem Eigenkapital der Bank wie folgt gutgeschrieben:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006
Eigene Aktien	396,2
Allgemeiner Reservefonds – Wechselkursgewinn	72,0
Insgesamt	468,2

Der Betrag von SZR 396,2 Mio. für 2006 entspricht dem SZR-Gegenwert der Entschädigung in Schweizer Franken, die den ehemaligen Privataktionären bei der Aktienrücknahme im Januar 2001 und nach dem endgültigen Urteil des Schiedsgerichts in Den Haag im September 2003 für die Aktien gezahlt wurde. Weitere Angaben zum Verfahren vor dem Schiedsgericht in Den Haag finden sich in Anmerkung 17 zum Jahresabschluss 2004/05. Als der Erlös für die Abgabe dieser Aktien im Verlauf von 2006 einging, wurde ein Wechselkursgewinn von SZR 72,0 Mio. erzielt. Er war darauf zurückzuführen, dass der Schweizer Franken in der Zeit von 2001 bis zum Veräußerungsdatum gegenüber dem SZR aufwertete.

Als eigene Aktien verbleiben nun noch 1 000 suspendierte Aktien der albanischen Ausgabe.

In dem am 31. März 2006 abgeschlossenen Geschäftsjahr wurde ein Kredit der Bank an ein Konsortium von Zentralbanken, der mit den suspendierten Aktien der albanischen

Ausgabe zusammenhing, von den kurzfristigen Forderungen zu den eigenen Aktien umgebucht. Der umgebuchte Betrag war SZR 1,7 Mio.

21. Sonstige Eigenkapitalposten

Die sonstigen Eigenkapitalposten entsprechen den Bewertungskonten für die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva und die Goldanlageaktiva (Anmerkungen 6 und 7).

Sie umfassen:

31. März <i>Mio. SZR</i>	2007	2006
Wertpapierbewertungskonto	(80,5)	(104,3)
Goldbewertungskonto	1 384,0	1 342,2
Sonstige Eigenkapitalposten insgesamt	1 303,5	1 237,9

A. Wertpapierbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Fair Value und dem fortgeführten Einstandswert der zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva der Bank verbucht. Folgende Veränderungen ergaben sich während des Geschäftsjahres:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2007	2006
Stand am Jahresanfang	(104,3)	92,2
Bewertungsänderungen netto		
Nettoverlust/(-gewinn) aus Veräußerungen	27,0	(58,2)
Fair-Value- und sonstige Veränderungen	(3,2)	(138,3)
	23,8	(196,5)
Stand am Jahresende	(80,5)	(104,3)

In den nachstehenden Tabellen wird der Stand des Wertpapierbewertungskontos aufgliedert.

31. März 2007	Fair Value der Aktiva	Historischer Einstandswert	Wertpapierbewertungskonto	Bruttogewinne	Bruttoverluste
<i>Mio. SZR</i>					
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	1 062,5	1 062,5	–	–	–
Staats- und andere Wertpapiere	8 781,3	8 861,8	(80,5)	37,2	(117,7)
Insgesamt	9 843,8	9 924,3	(80,5)	37,2	(117,7)

31. März 2006	Fair Value der Aktiva	Historischer Einstandswert	Wertpapierbewertungskonto	Bruttogewinne	Bruttoverluste
<i>Mio. SZR</i>					
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	1 222,4	1 222,5	(0,1)	–	(0,1)
Staats- und andere Wertpapiere	8 771,6	8 875,8	(104,2)	48,6	(152,8)
Insgesamt	9 994,0	10 098,3	(104,3)	48,6	(152,9)

B. Goldbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Buchwert und der neu als Einstandswert erachteten Basis der Goldanlageaktiva der Bank verbucht. Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Funktional- und Darstellungswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt dieser neue Einstandswert rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Folgende Veränderungen ergaben sich während des Geschäftsjahres:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. SZR	2007	2006
Stand am Jahresanfang	1 342,2	759,3
Bewertungsänderungen netto		
Nettogewinn aus Veräußerungen	(133,9)	(114,5)
Goldpreisveränderung	175,7	697,4
	41,8	582,9
Stand am Jahresende	1 384,0	1 342,2

22. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank führt drei Vorsorgeeinrichtungen:

1. Ein leistungsorientiertes Pensionssystem für ihr Personal, dessen Leistungen auf dem zuletzt bezogenen Gehalt basieren. Es beruht auf einem Fonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit, aus dem die Leistungen gezahlt werden. Die Aktiva des Fonds werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System angeschlossen sind. Die Bank trägt die letzte Haftung für alle gemäß dem System geschuldeten Leistungen.

2. Einen leistungsorientierten Pensionsplan ohne Fondsvermögen für ihre Verwaltungsratsmitglieder, die nach einer Amtszeit von mindestens vier Jahren anspruchsberechtigt sind.

3. Ein Kranken- und Unfallversicherungssystem ohne Fondsvermögen für ihre Personalmitglieder im Ruhestand. Die Anspruchsberechtigung beruht grundsätzlich darauf, dass das Personalmitglied bis zum 50. Lebensjahr im Dienst bleibt und mindestens 10 Dienstjahre hat.

Alle Vorsorgeeinrichtungen werden jährlich von unabhängigen Aktuarien neu bewertet.

Darüber hinaus führt die Bank gesperrte Einlagenkonten für bestimmte Personalmitglieder, die früher dem Sparfonds der Bank angehörten; dieser wurde am 1. April 2003 geschlossen. Gemäß den Bestimmungen dieser Sperrkonten können die Personalmitglieder keine weiteren Einzahlungen leisten; wenn sie aus der Bank ausscheiden, wird ihnen das Guthaben ausgezahlt. Den Zinssatz für diese Konten bestimmt die Bank gestützt auf den Satz, den die Schweizerische Nationalbank für ähnliche Personalkonten anbietet. Am 31. März 2007 betragen die Guthaben auf den Sperrkonten insgesamt SZR 18,9 Mio. (2006: SZR 19,4 Mio.). Sie sind im Bilanzposten „Währungseinlagen“ enthalten.

A. In der Bilanz ausgewiesene Beträge

31. März	Pensionssystem des Personals		Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder		Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Mio. SZR						
Barwert der Verpflichtung	(653,7)	(606,4)	(4,6)	(4,5)	(186,3)	(183,8)
Fair Value des Fondsvermögens	648,6	602,2	–	–	–	–
Deckungsstand	(5,1)	(4,2)	(4,6)	(4,5)	(186,3)	(183,8)
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	47,3	46,8	0,3	0,3	42,0	57,2
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	(42,2)	(42,6)	–	–	(7,8)	(8,6)
Verbindlichkeit am Jahresende	–	–	(4,3)	(4,2)	(152,1)	(135,2)

B. Barwert der Vorsorgeverpflichtung

Der Barwert der Vorsorgeverpflichtung hat sich wie folgt entwickelt:

31. März <i>Mio. SZR</i>	Pensionssystem des Personals		Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder		Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Barwert der Verpflichtung am Jahresanfang	606,4	596,4	4,5	4,3	183,8	179,8
Laufender Dienstzeitaufwand	28,3	26,3	0,2	0,2	7,9	7,5
Arbeitnehmerbeiträge	3,4	3,2	–	–	–	–
Zinskosten	19,8	18,5	0,1	0,1	6,1	5,7
Versicherungsmathematischer Verlust/(Gewinn)	3,5	9,8	–	–	(13,9)	–
Gezahlte Leistungen	(21,8)	(23,3)	(0,3)	(0,3)	(1,9)	(1,8)
Umrechnungsdifferenzen	14,1	(24,5)	0,1	0,2	4,3	(7,4)
Barwert der Verpflichtung am Jahresende	653,7	606,4	4,6	4,5	186,3	183,8

C. Fair Value des Fondsvermögens des Pensionssystems des Personals

Der Fair Value des Fondsvermögens des Pensionssystems des Personals hat sich wie folgt entwickelt:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2007	2006
Fair Value des Fondsvermögens am Jahresanfang	602,2	566,6
Erwartete Rendite des Fondsvermögens	30,6	27,4
Versicherungsmathematischer Gewinn	4,1	36,8
Arbeitgeberbeiträge	15,9	15,0
Arbeitnehmerbeiträge	3,4	3,2
Gezahlte Leistungen	(21,8)	(23,3)
Umrechnungsdifferenzen	14,2	(23,5)
Fair Value des Fondsvermögens am Jahresende	648,6	602,2

D. In der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Beträge

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März <i>Mio. SZR</i>	Pensionssystem des Personals		Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder		Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Laufender Dienstzeitaufwand	28,3	26,3	0,2	0,2	7,9	7,5
Zinskosten	19,8	18,5	0,1	0,1	6,1	5,7
Abzüglich: Erwartete Rendite des Fondsvermögens	(30,7)	(27,4)	–	–	–	–
Abzüglich: Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	(1,5)	(3,4)	–	–	(1,0)	(1,0)
Im Geschäftsjahr erfasster versicherungsmathematischer Verlust netto	–	1,2	–	–	2,6	2,8
Im Geschäftsaufwand enthaltener Gesamtbetrag	15,9	15,2	0,3	0,3	15,6	15,0

Für das Geschäftsjahr 2007/08 rechnet die Bank mit einem Beitrag von SZR 30,8 Mio. an ihre Vorsorgeeinrichtungen.

E. Wichtigste Anlagekategorien des Fondsvermögens, in Prozent des Fondsvermögens insgesamt

31. März		
Prozent	2007	2006
Europäische Aktien	16,4	16,1
Sonstige Aktien	28,4	28,5
Festverzinsliche europäische Anlagen	25,8	26,9
Sonstige festverzinsliche Anlagen	26,6	24,0
Sonstige Anlagen	2,8	4,5
Tatsächliche Rendite des Fondsvermögens	5,4%	10,7%

Das Pensionssystem des Personals investiert nicht in Finanzinstrumente, die von der Bank aufgelegt werden.

F. Wichtigste versicherungsmathematische Annahmen in diesem Jahresabschluss

31. März		
	2007	2006
Alle drei Vorsorgeeinrichtungen		
Diskontierungssatz – Marktzinssatz schweizerischer Unternehmensanleihen mit hohem Rating	3,25%	3,25%
Nur Pensionssystem des Personals und Pensionsplan des Verwaltungsrats		
Angenommene Steigerungsrate der Rentenleistungen	1,50%	1,50%
Nur Pensionssystem des Personals		
Erwartete Rendite des Fondsvermögens	5,00%	5,00%
Angenommene Steigerungsrate der Gehälter	4,10%	4,10%
Nur Pensionsplan des Verwaltungsrats		
Angenommene Steigerungsrate der pensionsberechtigten Verwaltungsratschhonorare	1,50%	1,50%
Nur Kranken- und Unfallversicherungssystem für Personalmitglieder im Ruhestand		
Angenommene langfristige Kostensteigerung im Gesundheitswesen	5,00%	5,00%

Die Annahmen für die Steigerung der Gehälter der Personalmitglieder, der pensionsberechtigten Verwaltungsratschhonorare und der Rentenleistungen enthalten eine angenommene Inflationsrate von 1,5%.

Die erwartete Rendite des Fondsvermögens basiert auf langfristigen Erwartungen für Inflationsrate, Zinssätze, Risikoprämien und Aufteilung des Anlagevermögens. Diese Schätzung, die die historischen Renditen berücksichtigt, wird gemeinsam mit den unabhängigen Aktuaren des Fonds erstellt.

Die Annahme bezüglich der Kostensteigerung im Gesundheitswesen hat erhebliche Auswirkungen auf die Beträge, die in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht werden. Eine Veränderung dieser Annahme um 1 Prozentpunkt gegenüber der Berechnung für 2006/07 würde sich wie folgt auswirken:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2007	2006
Anstieg/(Verringerung) der Summe von Dienstzeitaufwand und Zinskosten		
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 6%	4,6	4,3
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 4%	(3,3)	(3,2)

31. März

Mio. SZR	2007	2006
Anstieg/(Verringerung) der Leistungsverpflichtung		
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 6%	47,0	46,4
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 4%	(35,4)	(37,8)

23. Zinsertrag

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2007	2006
Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva		
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	59,2	39,9
Staats- und andere Wertpapiere	328,9	287,1
	388,1	327,0
Ergebniswirksame Währungsaktiva		
Schatzwechsel	816,0	465,3
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	811,4	104,8
Terminguthaben und Kredite an Banken	4 179,3	3 221,3
Staats- und andere Wertpapiere	1 727,2	1 058,4
	7 533,9	4 849,8
Als „Kredite und Forderungen“ klassifizierte Aktiva		
Kündigungskonten	105,6	96,6
Goldanlageaktiva	15,4	20,4
Gold-Bankgeschäftsaktiva	6,7	7,0
	127,7	124,0
Ergebniswirksame derivative Finanzinstrumente		
	805,6	936,7
Sonstige Zinsen		
	2,7	1,6
Zinsertrag insgesamt		
	8 858,0	6 239,1
Darunter:		
Zinseinkünfte während des Geschäftsjahres	8 260,0	6 392,4

24. Zinsaufwand

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2007	2006
Ergebniswirksame Passiva		
Währungseinlagen	7 596,9	5 064,3
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	–	0,3
	7 596,9	5 064,6
Als „Kredite und Forderungen“ klassifizierte Passiva		
Goldeinlagen	5,2	5,4
Sicht- und Kündigungseinlagekonten	581,6	462,1
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	57,5	37,0
	644,3	504,5
Zinsaufwand insgesamt	8 241,2	5 569,1
Darunter:		
Zinszahlungen während des Geschäftsjahres	7 824,7	5 434,9

25. Bewertungänderungen netto

Die Nettobewertungsänderungen entstehen ausschließlich
bei den ergebniswirksamen Finanzinstrumenten.

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2007	2006
Unrealisierte Wertänderungen von ergebniswirksamen Währungsaktiva	(6,8)	(332,9)
Realisierte Gewinne/(Verluste) aus ergebniswirksamen Währungsaktiva	(30,2)	4,3
Unrealisierte Wertänderungen finanzieller Verbindlichkeiten	(510,6)	498,2
Realisierte Gewinne aus finanziellen Verbindlichkeiten	132,4	63,0
Wertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten	478,5	(306,7)
Bewertungsänderungen netto	63,3	(74,1)

26. Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2007	2006
Ertrag aus Gebühren und Provisionen	6,1	5,8
Aufwand für Gebühren und Provisionen	(4,8)	(3,1)
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	1,3	2,7

27. Nettodevisengewinn/(-verlust)

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2007	2006
Transaktionsgewinn/(-verlust) netto	6,7	(23,4)
Umrechnungsverlust netto	(5,8)	(1,8)
Nettodevisengewinn/(-verlust)	0,9	(25,2)

Der Nettoverlust in dem am 31. März 2006 abgeschlossenen Geschäftsjahr war hauptsächlich dem Anstieg des Goldpreises im Verlauf des Geschäftsjahres gegenüber dem Marktwert von Terminkontrakten bei der Veräußerung von Goldanlageaktiva der Bank zuzuschreiben. Dem Verlust stand ein entsprechender Anstieg des realisierten Gewinns aus der Veräußerung von Goldanlageaktiva der Bank (Anmerkung 30) bei der Abwicklung dieser Transaktionen gegenüber.

28. Geschäftsaufwand

In der nachfolgenden Tabelle wird der Geschäftsaufwand der Bank in Schweizer Franken (CHF) – der Währung, in der die meisten Ausgaben der Bank anfallen – aufgliedert.

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. CHF</i>	2007	2006
Verwaltungsrat		
Honorare	1,9	1,7
Ruhegehälter ehemaliger Verwaltungsratsmitglieder	0,6	0,6
Reisen, auswärtige Sitzungen und sonstige Ausgaben	1,7	1,1
	4,2	3,4
Geschäftsleitung und Personal		
Vergütung	106,6	102,3
Renten	32,5	31,4
Sonstiger Personalaufwand	45,6	42,6
	184,7	176,3
Sachaufwand	64,6	68,9
Verwaltungskosten in Mio. CHF	253,5	248,6
Verwaltungskosten in Mio. SZR	137,8	133,6
Abschreibungen in Mio. SZR	12,0	13,3
Geschäftsaufwand in Mio. SZR	149,8	146,9

In dem am 31. März 2007 abgeschlossenen Geschäftsjahr hatte die Bank – in Vollzeitstellen umgerechnet – durchschnittlich 530 Beschäftigte (2006: 520).

29. Nettogewinn aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. SZR	2007	2006
Veräußerungserlöse	2 265,5	3 214,1
Fortgeführte Einstandswerte	(2 292,5)	(3 155,9)
Nettogewinn/(-verlust)	(27,0)	58,2
Davon:		
Realisierte Bruttogewinne	63,0	64,1
Realisierte Bruttoverluste	(90,0)	(5,9)

30. Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva

Bei der Veräußerung von Goldanlageaktiva wurde in dem am 31. März 2007 abgeschlossenen Geschäftsjahr folgender Gewinn erzielt:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. SZR	2007	2006
Veräußerungserlöse	206,7	187,2
Neu als Einstandswert erachtete Basis – Anmerkung 21B	(72,8)	(72,7)
Realisierte Bruttogewinne	133,9	114,5

31. Ergebnis je Aktie

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

	2007	2006
Reingewinn für das Geschäftsjahr (Mio. SZR)	639,4	599,2
Gewichteter Durchschnitt der Anzahl dividendenberechtigter Aktien	546 125	540 535
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (SZR je Aktie)	1 170,8	1 108,5

Für das am 31. März 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr wird eine Dividende von SZR 255 je Aktie vorgeschlagen (2006: SZR 245).

32. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Für die Mittelflussrechnung gelten als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente:

31. März

Mio. SZR	2007	2006
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	92,4	33,0
Kündigungskonten	2 138,6	2 831,6
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente insgesamt	2 231,0	2 864,6

33. Steuern

Die besondere rechtliche Stellung der Bank in der Schweiz ist im Wesentlichen im Sitzabkommen mit dem schweizerischen Bundesrat geregelt. Danach ist die Bank in der Schweiz von praktisch allen direkten und indirekten Steuern auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene befreit.

Ähnliche Abkommen bestehen mit der Regierung der Volksrepublik China hinsichtlich der Repräsentanz Asien in der Sonderverwaltungsregion Hongkong und mit der mexikanischen Regierung hinsichtlich der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent.

34. Wechselkurse

Die folgende Tabelle zeigt die wichtigsten Kurse und Preise, die für die Umrechnung von Fremdwährungs- und Goldpositionen in SZR verwendet wurden.

	Kassakurs am 31. März		Durchschnitt im abgeschlossenen Geschäftsjahr	
	2007	2006	2007	2006
USD	0,660	0,694	0,673	0,687
EUR	0,883	0,840	0,863	0,835
JPY	0,00562	0,00589	0,00576	0,00607
GBP	1,300	1,205	1,274	1,225
CHF	0,554	0,532	0,544	0,539
Gold	438,3	404,4	422,8	327,7

35. Außerbilanzielle Geschäfte

Treuhandgeschäfte werden im Namen der Bank, aber im Auftrag und auf Risiko von Kunden ausgeführt, d.h. ohne Regress auf die Bank.

Sie werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Dazu gehören:

31. März	2007	2006
Mio. SZR		
Nominalwert der Wertpapierbestände		
In Depotverwahrung für Kunden	11 189,6	10 413,8
Gemäß Pfandbestellungsvereinbarung	223,6	2 220,5
Im Rahmen von Portfoliomangementmandaten	5 535,4	5 012,1
Insgesamt	16 948,6	17 646,4

Die im Rahmen solcher Vereinbarungen gehaltenen Finanzinstrumente sind bei externen Verwahrstellen – Zentralbanken oder kommerziellen Instituten – hinterlegt.

36. Zusagen

Die Bank stellt eine Reihe fest zugesagter Standby-Fazilitäten für die zu ihrem Kundenkreis zählenden Zentralbanken und internationalen Organisationen bereit. Am 31. März 2007 beliefen sich die offenen Zusagen, im Rahmen dieser Standby-Fazilitäten Kredit zu gewähren, auf SZR 7 211,8 Mio. (2006: SZR 7 470,4 Mio.); davon waren SZR 336,0 Mio. nicht besichert (2006: SZR 344,0 Mio.).

37. Effektive Zinssätze

Der effektive Zinssatz ist der Satz, um den die erwarteten künftigen Zahlungsströme eines Finanzinstruments auf den jeweiligen Buchwert abgezinst werden.

Die nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über die effektiven Zinssätze der betreffenden Finanzinstrumente in den wichtigsten Währungen.

31. März 2007

Prozent	USD	EUR	GBP	JPY	Sonstige Währungen
Aktiva					
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,85
Schatzwechsel	5,27	3,48	–	0,52	–
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	5,23	3,75	–	–	–
Terminguthaben und Kredite an Banken	5,44	3,92	5,46	0,49	4,14
Staats- und andere Wertpapiere	5,13	3,83	5,36	0,78	6,41
Passiva					
Währungseinlagen	5,04	3,79	5,21	0,36	6,56
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,54
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	5,42	3,88	5,36	0,54	–
Short-Positionen in Währungsaktiva	5,51	–	–	–	–

31. März 2006

Prozent	USD	EUR	GBP	JPY	Sonstige Währungen
Aktiva					
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,61
Schatzwechsel	4,77	2,39	–	0,02	1,06
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	4,78	2,63	4,57	–	–
Terminguthaben und Kredite an Banken	4,75	2,51	4,59	–	4,25
Staats- und andere Wertpapiere	4,76	3,41	4,80	0,60	4,99
Passiva					
Währungseinlagen	4,23	2,55	4,32	–	4,85
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,28
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	4,63	–	4,27	–	–

38. Konzentrationsanalyse

A. Verbindlichkeiten insgesamt

31. März

Mio. SZR	2007	2006
Afrika	24 526,0	18 260,7
Asien-Pazifik-Raum	99 322,0	84 594,8
Europa	75 225,9	60 380,7
Nord- und Südamerika	51 769,1	41 394,6
Internationale Organisationen	7 918,6	3 914,3
Insgesamt	258 761,6	208 545,1

Die Währungs- und Goldeinlagen bei der Bank, hauptsächlich von Zentralbanken und internationalen Organisationen, bilden 90,8% (2006: 93,6%) ihrer gesamten Verbindlichkeiten. Am 31. März 2007 bestanden Währungs- und Goldeinlagen von 152 Kunden (2006: 154). Diese Einlagen weisen erhebliche Einzelkundenkonzentrationen auf: Auf Basis des Abwicklungsdatums entfallen auf vier Kunden je über 5% des Gesamtbetrags (2006: fünf Kunden). In Anmerkung 4 wird erläutert, wie die Bank das Klumpenrisiko in ihren Verbindlichkeiten handhabt.

B. Kreditzusagen

31. März

Mio. SZR	2007	2006
Afrika	13,0	–
Asien-Pazifik-Raum	6 817,8	7 166,4
Europa	315,0	304,0
Nord- und Südamerika	66,0	–
Insgesamt	7 211,8	7 470,4

Anmerkung 36 enthält nähere Angaben zu den Kreditzusagen der Bank.

C. Außerbilanzielle Positionen

31. März

Mio. SZR	2007	2006
Afrika	1 573,7	975,2
Asien-Pazifik-Raum	14 325,4	13 410,4
Europa	318,4	560,2
Nord- und Südamerika	731,1	2 700,6
Insgesamt	16 948,6	17 646,4

Anmerkung 35 enthält nähere Angaben zu den außerbilanziellen Geschäften der Bank.

D. Aktiva insgesamt

Die Bank legt ihre Mittel vorwiegend am Interbankmarkt (bei globalen Finanzinstituten mit Sitz in G10-Ländern) sowie in G10-Staatsanleihen an. Auf eine geografische Gliederung der Aktiva der Bank wird hier verzichtet, da die Geschäftsleitung überzeugt ist, dass diese keinen angemessenen Eindruck des wirtschaftlichen Effekts der Anlagen der Bank vermitteln würde.

39. Nahestehende Personen

Die Bank betrachtet als nahestehend:

- Die Mitglieder des Verwaltungsrats
- Die Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank
- Nahe Angehörige dieser Personen
- Unternehmen, die einen erheblichen Einfluss auf ein Mitglied des Verwaltungsrats oder der obersten Führungsebene ausüben könnten, sowie Unternehmen, auf die eine dieser Personen erheblichen Einfluss ausüben könnte
- Die Vorsorgeeinrichtungen der Bank
- Zentralbanken, deren Präsident Mitglied des Verwaltungsrats ist, und Institutionen, die mit diesen Zentralbanken verbunden sind

Eine Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene findet sich im *Jahresbericht* unter „Verwaltungsrat“ und „Oberste Führungsebene“. Angaben zu den Vorsorgeeinrichtungen der Bank finden sich in Anmerkung 22.

A. Nahestehende natürliche Personen

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Vergütungen für Mitglieder der obersten Führungsebene betragen insgesamt:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. CHF	2007	2006
Gehälter, Zulagen sowie Versicherungsdeckung Krankheit/Unfall	6,7	6,4
Vorsorgeleistungen	1,8	1,8
Vergütungen insgesamt in Mio. CHF	8,5	8,2
Gegenwert SZR	4,6	4,4

Anmerkung 28 enthält Einzelheiten zu den Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats.

Die Bank bietet allen Personalmitgliedern und Verwaltungsratsmitgliedern persönliche Einlagenkonten an. Darüber hinaus führt sie gesperrte Einlagenkonten für bestimmte Personalmitglieder, die früher dem Sparfonds der Bank angehörten; dieser wurde 2003 geschlossen. Gemäß den Bestimmungen dieser Sperrkonten können die Personalmitglieder keine weiteren Einzahlungen leisten; wenn sie aus der Bank ausscheiden, wird ihnen das Guthaben ausbezahlt. Den Zinssatz für die persönlichen Einlagenkonten

und die Sperrkonten bestimmt die Bank gestützt auf den Satz, den die Schweizerische Nationalbank für ähnliche Personalkonten anbietet. Auf den persönlichen Einlagenkonten und den Sperrkonten der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene der Bank waren folgende Bewegungen und Guthaben zu verzeichnen:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. CHF	2007	2006
Stand am Jahresanfang	13,3	18,7
Hereingenommene Einlagen einschl. Zinsgutschriften (nach Abzug der Quellensteuer)	3,5	6,6
Abhebungen	(1,2)	(12,0)
Stand am Jahresende in Mio. CHF	15,6	13,3
Gegenwert SZR	8,5	7,1
Zinsaufwand auf Einlagen in Mio. CHF	0,4	0,5
Gegenwert SZR	0,2	0,3

Die Guthaben von Personen, die während des Geschäftsjahres zu Mitgliedern des Verwaltungsrats oder der obersten Führungsebene der Bank ernannt wurden, sind in der obenstehenden Tabelle in den hereingenommenen Einlagen eingeschlossen. Die Guthaben von Personen, die während des Geschäftsjahres aus dem Verwaltungsrat oder der obersten Führungsebene der Bank ausgeschieden sind, sind in der obenstehenden Tabelle in den Abhebungen eingeschlossen.

B. Nahestehende Zentralbanken und verbundene Institutionen

Die BIZ erbringt Bankdienstleistungen für Zentralbanken, internationale Organisationen und sonstige öffentliche Institutionen. Dabei schließt sie im Rahmen des normalen Geschäftsgangs Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen ab. Zu diesen Geschäften gehören die Gewährung von Krediten sowie die Hereinnahme von Währungs- und Goldeinlagen.

Die Konditionen sind bei diesen Geschäften grundsätzlich die gleichen wie bei Geschäften mit nicht verbundenen Kunden.

Währungseinlagen von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. SZR	2007	2006
Stand am Jahresanfang	53 280,0	39 806,9
Hereingenommene Einlagen	184 721,8	175 323,0
Fälligkeiten, Tilgungen und Fair-Value-Änderungen	(182 058,0)	(156 074,1)
Nettoveränderung bei Kündigungskonten	(2 703,7)	(5 775,8)
Stand am Jahresende	53 240,1	53 280,0
Anteil an Währungseinlagen insgesamt am Jahresende	24,0%	28,6%

Goldeinlagen (Passiva) von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. SZR	2007	2006
Stand am Jahresanfang	6 267,3	4 808,6
Hereingenommene Einlagen	83,3	–
Nettoabzüge und Goldpreisveränderung	3 773,2	1 458,7
Stand am Jahresende	10 123,8	6 267,3
Anteil an Goldeinlagen insgesamt am Jahresende	77,1%	67,9%

Von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. SZR	2007	2006
Stand am Jahresanfang	3 198,5	4 917,3
Platzierte besicherte Einlagen	680 101,7	1 095 001,1
Fälligkeiten und Fair-Value-Änderungen	(682 830,0)	(1 096 719,9)
Stand am Jahresende	470,2	3 198,5
Anteil an mit Rückgabvereinbarung angekauften Wertpapieren insgesamt am Jahresende	0,8%	16,4%

Sonstige Positionen gegenüber nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die Bank hält Sichtkonten in Währungen bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen. Am 31. März 2007 betrug der Saldo dieser Konten insgesamt SZR 144,7 Mio. (2006: SZR 10,8 Mio.). Die Gold-Sichtkonten bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen beliefen sich am 31. März 2007 auf insgesamt SZR 11 837,7 Mio. (2006: SZR 7 132,0 Mio.).

Derivatgeschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die BIZ schließt mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen Derivatgeschäfte ab, darunter Devisenkontrakte und Zinsswaps. Der gesamte Nominalwert dieser Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen in dem am 31. März 2007 abgeschlossenen Geschäftsjahr betrug SZR 17 005,8 Mio. (2006: SZR 10 948,1 Mio.).

40. Eventualverbindlichkeiten

Die Bank ist indirekt in Gerichtsverfahren in Frankreich verwickelt, die in Zusammenhang mit der obligatorischen Rücknahme aller BIZ-Aktien in Händen von Privataktionären im Jahr 2001 angestrengt wurden.

Im September 2004 wurde beim Handelsgericht in Paris eine Schadenersatzklage von einer Gruppe von Klägern eingereicht, die geltend machten, sie hätten im Zeitraum zwischen der Ankündigung der Aktienrücknahme am 11. September 2000 und dem entsprechenden Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Januar 2001 ihre BIZ-Aktien am Markt verkauft. Die Klage wurde nicht gegen die BIZ eingereicht, sondern gegen JPMorgan

& Cie SA und Barbier Frinault, die die Bank bezüglich der angemessenen Entschädigung für die Aktienrücknahme beraten hatten. Die Bank könnte aber dennoch indirekt haften, nämlich aufgrund einer Schadloshaltungsklausel im Vertrag mit JPMorgan & Cie SA in Bezug auf etwaige Gerichtsverfahren und Kosten im Zusammenhang mit den erbrachten Beratungsdienstleistungen. Für diese Ansprüche ist keine Rückstellung gebildet worden.

In seinem Urteil vom 9. Oktober 2006 wies das Pariser Handelsgericht die Klage ab. Einige der Kläger haben das Urteil jedoch an das Pariser Appellationsgericht weitergezogen.

Die BIZ ist derzeit an keinem anderen nennenswerten Gerichtsverfahren beteiligt.

Bericht der Buchprüfer

Bericht der Buchprüfer
an den Verwaltungsrat und die Generalversammlung
der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel

Wir haben den beiliegenden Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (S. 218 bis 250) geprüft. Der Jahresabschluss setzt sich aus der Bilanz vom 31. März 2007 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2006/07 zusammen, wie dies in den Statuten der Bank bestimmt wird, sowie aus den dazugehörigen Anmerkungen. Der Jahresabschluss ist von der Geschäftsleitung der Bank in Übereinstimmung mit den Statuten und den in den Anmerkungen unter „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ wiedergegebenen Grundsätzen erstellt worden. Die Geschäftsleitung der Bank ist verantwortlich erstens für die Gestaltung, Umsetzung und Pflege des internen Kontrollsystems, das für die Erstellung und eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung des Jahresabschlusses erforderlich ist, der frei von wesentlichen Fehlaussagen aufgrund von Betrug oder Fehlern ist, zweitens für die Auswahl und Anwendung geeigneter Rechnungslegungsgrundsätze und drittens für die Ermittlung von Schätzwerten, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind. Gemäß den Statuten der Bank besteht unsere Aufgabe darin, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine unabhängige Beurteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung abzugeben und Ihnen darüber Bericht zu erstatten.

Wir haben unsere Prüfung nach den International Standards on Auditing durchgeführt. Danach müssen wir ethische Anforderungen einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir mit angemessener Gewissheit feststellen können, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen Fehlern ist. Eine Abschlussprüfung umfasst Verfahren, die Aufschluss über die Posten und Angaben in der Jahresrechnung geben. Die gewählten Verfahren hängen vom Ermessen der Buchprüfer ab, einschließlich der Einschätzung des Risikos von wesentlichen Fehlaussagen aufgrund von Betrug oder Fehlern in der Jahresrechnung. Bei dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Revisor die internen Kontrollen, die für die Erstellung und angemessene Darstellung des Jahresabschlusses von Bedeutung sind, um Prüfverfahren festzulegen, die den Umständen angemessen sind, jedoch nicht, um sich zur Wirksamkeit der internen Kontrollen zu äußern. Ferner umfasst die Revision die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der Vertretbarkeit der von der Geschäftsleitung ermittelten Schätzwerte sowie eine Bewertung der Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir haben alle erbetenen Auskünfte und Erklärungen erhalten, die wir benötigten, um festzustellen, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung frei von wesentlichen Fehlern sind, und wir sind überzeugt, dass die von uns durchgeführten Prüfungshandlungen eine angemessene Grundlage für die Abgabe unseres Prüfberichts bilden.

Gemäß unserer Beurteilung ist der Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, einschließlich der Anmerkungen dazu, ordnungsgemäß erstellt worden und vermittelt für das am 31. März 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechend den in den Anmerkungen zum Jahresabschluss dargelegten Rechnungslegungsgrundsätzen und den Statuten der Bank.

Deloitte AG

Dr. Philip Göth

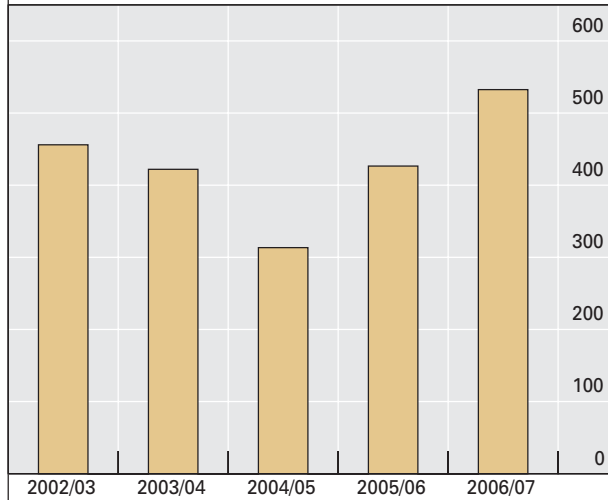
Pavel Nemecek

Zürich, 7. Mai 2007

5-Jahres-Überblick

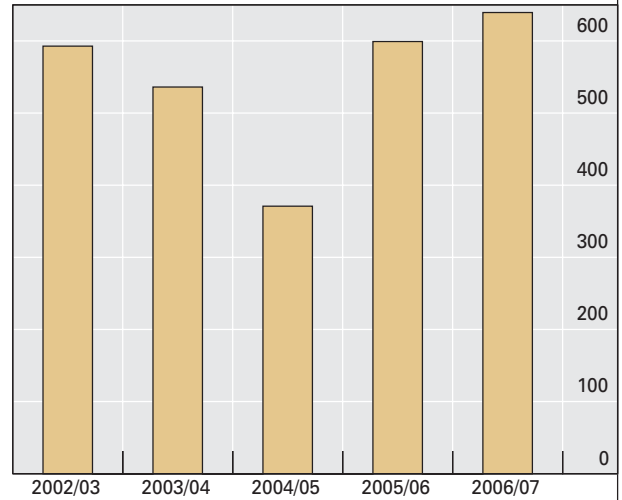
Operativer Gewinn

Mio. SZR



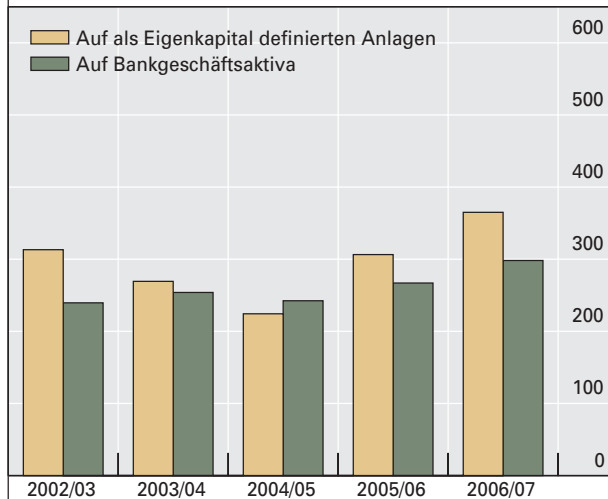
Reingewinn

Mio. SZR



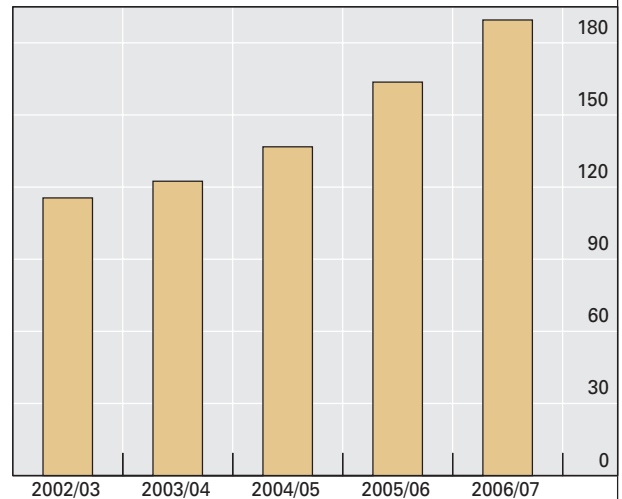
Nettozinsertrag auf Währungsanlagen

Mio. SZR



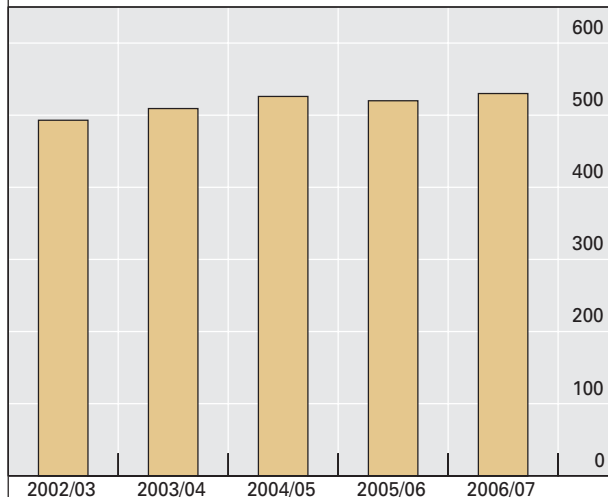
Durchschnittliche Währungseinlagen (Basis Valutadatum, periodengerecht abgegrenzt)

Mrd. SZR



Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte

In Vollzeitstellen umgerechnet



Geschäftsaufwand

Mio. CHF

